

# FORUM

34. Jahrgang  
3. Quartal · September 2018  
ISSN 1434-4696  
C 12948 · 5,50 Euro

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



## Offene Arbeit und die sozialräumliche Weiterentwicklung



ISSN 1434-4696  
C 12948  
34. Jahrgang  
3. Quartal, September 2018

**Herausgeber und Verlag**  
Verband Kinder- und Jugendarbeit  
Hamburg e.V.  
Budapester Straße 42  
20359 Hamburg  
fon 040 / 43 42 72  
fax 040 / 43 42 84  
E-Mail: info@vkjhh.de  
www.vkjhh.de

**Redaktion (V.i.S.d.P.)**  
Svenja Fischbach, Karen Polzin

**Ständige Mitarbeiter\*innen**  
Joachim Gerbing, Andrea Richter  
Beirat FORUM

**Layout**  
Renate Möller

**Druck**  
Drucktechnik Altona  
Große Rainstraße 87, 22765 Hamburg

**Jahresabo**  
4 Ausgaben inkl. Versand: 25,00 Euro

Einzelheft 5,50 Euro zzgl. Versand

**Auflage dieser Ausgabe**  
900

**Nachdruck**  
Nach Rücksprache, Angabe der Quelle  
und bei Zusendung eines Belegexemplars  
erwünscht

**Hinweis**  
Die Beiträge stellen keine vereinsoffiziellen  
Mitteilungen dar; namentlich gezeichnete  
Beiträge müssen nicht die Meinung der  
Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion  
behält sich vor, LeserInnenbriefe zu kürzen.  
(Einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage  
beigefügt.)

**Titelbildnachweis**  
Rasande Tyskar\_flickr

## HAMBURGER ANSÄTZE

*Werner Brayer*

**Sozialräumliche Entwicklungen  
in der Jugendhilfe in Hamburg**  
Ein kleiner Rückblick . . . . . 4

*Ein Gespräch mit Staatsrat Jan Pörksen*

**Zur Zukunft der Sozialräumlichen  
Angebote in Hamburg** . . . . . 6

*Martin Kloszowski und Ronald Claus*

**Gemeinsame  
Lösungsverantwortung vor Ort** . . . . 9

*Eine Diskussionsrunde  
des ASP Wegekamp e.V.*

**Fachliche Positionen der  
Offenen Arbeit müssen in die  
Diskussionen voll einfließen**  
Die Sozialräumliche Versorgung  
und die Rolle der Offenen Arbeit  
im Bezirk Eimsbüttel. . . . . 11

*Gundi Schuck und Lori Hacaturyan-Riehl*

**Der Prozess hin zur  
Sozialraumorientierung in der  
Jugendhilfe in Eimsbüttel**  
Welche Rolle kommt dabei  
der OKJA/FamFö zu? . . . . . 16

## OFFENE ARBEIT UND SHA

*Henriette Neubert*

**Offene Zugänge  
im Sozialraum gestalten**  
Das Schnittstellenprojekt  
in Schnelsen-Süd . . . . . 20

*Hans Berling*

**Offene Kinder- und Jugendarbeit  
versus Sozialräumliche Angebote  
der Jugend- und Familienhilfe.**  
**Kann und darf OKJA das?**  
Sozialräumliche Hilfen und Angebote  
in der Jenfelder Kaffeekanne . . . . . 23

*Moritz Frieztzsche*

**„Offen“ in Zeiten von SHA**  
Perspektiven von Fachkräften der OKJA  
auf die SHA – ein Forschungsbericht 28

*Ein Gespräch mit Johanna Hausberg  
und Evin Kandemir*

**„Das machen wir doch schon,  
aber kriegen das nicht bezahlt.“**  
Der Mädchentreff Lohbrügge  
und sein SHA-Projekt LUCIE . . . . . 34

## QUO VADIS, JUGENDHILFE?

*Begleitkreis zur Hamburger  
Enquete-Kommission*

**Stellungnahme des Begleitkreises an  
die Hamburger Enquete-Kommission  
„Kinderschutz und Kinderrechte  
weiter stärken“** . . . . . 37

*Anja Zeese und Sebastian Schiller*

**Kinderrechte und Partizipation**  
Sozialbehörde richtet Länderfonds mit  
dem Deutschen Kinderhilfswerk ein . 46

## DISCONNECTED YOUTH

*Burkhard Czarnitzki*

**So kann es weitergehen!** . . . . . 50

*Mónica Jacobs*

**Wenn „Straßenkinder“  
eine Stimme bekommen**  
Partizipation und Beteiligung von  
entkoppelten Jugendlichen . . . . . 51

*Ein Gespräch mit Hanna Adler und  
Verena Lüer vom MOMO-Büro Hamburg*

**„Es geht eigentlich um alle  
jungen Menschen, die sich  
abgehängt fühlen“** . . . . . 54

## PERSPEKTIVEN SOZIALER ARBEIT

*Prof. Dr. Tilman Lutz*

**Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen –  
leider keine Selbstverständlichkeit** 59

*Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg*

**Sanktionieren statt  
Jugendsozialarbeit?**  
Zur Kritik der Jugendberufsagenturen 66

*Caroline Inhoffen*

**Zum Zusammenhang von repressiver  
Pädagogik und reaktionären  
Geschlechterbildern** . . . . . 68



# E d i t o r i a l

## *Liebe Leser\*innen!*

Schon seit mehr als drei Jahrzehnten wird in Hamburg Sozialraumorientierung diskutiert, konzeptioniert und mittels verschiedener Programme in die Praxis verschiedener Arbeitsfelder neu implementiert, wie *Werner Brayer* in einem kleinen Rückblick veranschaulicht. Das Fachkonzept Sozialraumorientierung nach Wolfgang Hinte wird in Hamburger Ansätzen häufig herangezogen. Ein zentrales Prinzip bildet hierbei die Orientierung an den Interessen und am Willen der Menschen. „Ein Wille“ jedoch „ist potenziell subversiv“, konstatiert Hinte 2009 und weiter, „er ist nicht berechenbar, gelegentlich lästig und störrisch, nicht domestizierbar und folgt keinem pädagogischen Plan. Er ist Ausdruck eigensinniger Individualität und führt oft zu den psychischen Kraftquellen des Menschen, aus denen er Energie und Würde schöpft.“

Was heißt das für die Praxis? Zunächst betont dieses Prinzip den Subjektstatus und die zu achtende Würde der Adressat\*innen Sozialer Arbeit und wendet sich gegen eine Hilfe und sozialräumliche Planung, die aus Expert\*innensicht initiiert wird. Zudem wird verdeutlicht, dass Menschen nicht einem Reiz-Reaktionsschema folgen und in ihrem Willen nicht zu zähmen, nicht zu „domestizieren“ sind. Zugleich ist der erklärte Willen die Kraftquelle, die den Menschen aktiv werden lässt und ihn zu Veränderungen hin zu einem gelingenderen Leben motivieren kann. Kommunikativ gestaltete Aushandlungsprozesse sind hierbei unabdingbar. Dass das unbequem und anstrengend – gelegentlich lästig – in der praktischen Ausgestaltung sein kann, dem würden wohl Praktiker\*innen ohne Umschweife zustimmen. Zugleich geht es nicht ohne Raum – und auch Zeit – für Verständigungsprozesse.

Und wie kommt hier die Sozialraumorientierung ins Spiel? Nun, grundsätzlich gedacht: Menschen im Quartier im Sozialraum sind, ohne Wenn und Aber regelhaft zu beteiligen und anzuhören; dafür braucht es offene Räume, Treffpunkte, Gremien mit „Betroffenen“ und immer auch den Blick auf die materielle, die infrastrukturelle Ausstattung, anders formuliert: den Einbezug von Lebenswelt und Lebenslage.

Hamburger Ansätze der Sozialraumorientierung und ihre weitere Entwicklung erläuterten uns *Jan Pörksen* in seiner Funktion als Staatsrat, *Martin Kloszowski* und *Ronald Klaus* für den Bezirk Hamburg-Mitte sowie *Gudrun Schuck* und *Lori Hacaturyan-Riehl* für den Bezirk Eimsbüttel. Letztgenannte Autorinnen baten wir, insbesondere auf die Rolle der Offenen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien einzugehen. Die Sicht der OKJA – ihre fachlichen Positionen und daraus resultierende Bedenken, aber auch Chancen hinsichtlich der Sozialräumlichen Versorgung und der Sozialräumlichen Angebote der Jugend- und Familienhilfe (SAJF) fließen ebenfalls ein: *Svenja Fischbach* hat für Sie eine Diskussionsrunde des *Abenteuerspielplatzes Wegenkamp* aufbereitet und ein Gespräch mit *Johanna Hausberg* und *Evin Kandemir* vom Mädchentreff Lohbrügge geführt, während *Hans Berling* sich in seinem Beitrag fragt, ob die OKJA derart arbeiten kann und darf. Ergebnisse seiner qualitativ ausgerichteten Forschung zu Sozialräumlichen Hilfsangeboten aus Sicht von OKJA-Mitarbeiter\*innen hat *Moritz Frietzsche* für Sie zusammengefasst. *Henriette Neubert* verdeutlicht, wie sie sich in ihrer Gestaltung offener Zugänge im Sozialraum sichtbar und nahbar macht.

Die Stellungnahme des *Begleitkreises zur Enquetekommission zur Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg* und *Tilman Lutz' Plädoyer für eine Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen sind nur zwei der weiteren le-senswerten Beiträge in diesem Heft.*

Nachdem wir von verschiedener Seite zu unserem letzten Heft „Macht und ihre Wirkung in Sozialer Arbeit“ positive und nachdenkliche Resonanz erhielten, hoffen wir, dass es uns auch mit diesem Heft wieder gelingt.

*Svenja Fischbach, Karen Polzin  
und Joachim Gerbing*

\* Durch das Sternchen möchten wir Menschen ansprechen, die sich dem binären Geschlechtersystem nicht zuordnen können und an den gesellschaftlich konstruierten Charakter von Geschlecht erinnern.

# Sozialräumliche Entwicklungen in der Jugendhilfe in Hamburg

## Ein kleiner Rückblick

von Werner Brayer

Die Diskussion um die Sozialraumorientierung in Hamburg ist nicht neu. Erste Ansätze finden sich bereits in den konzeptionellen Überlegungen zu den *Kinder- und Familienhilfezentren* (KiFaZen), die Mitte der 1990er Jahre angestellt wurden. (1) In acht Stadtteilen, bzw. Sozialräumen in den Bezirken Hamburgs wurden in unterschiedlicher Trägerschaft Zentren aufgebaut, die bis heute zum einen alltagsorientierte und entlastende Angebote für Familien bereithalten, zum anderen Lebenswelten und sozialräumliche Kontexte mitgestalten und Angebote aus anderen Lebensbereichen, z.B. Gesundheit, einbinden.

Schon die Implementierung des Konzeptes der Kinder- und Familienhilfezentren stand auch unter dem Eindruck der Kostensteigerungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) und sollte einen Beitrag leisten, dass „sozial benachteiligten Kindern und Familien in ihren Lebenszusammenhängen so geholfen wird, dass Hilfen zur Erziehung außerhalb der Familie auf das notwendige Maß begrenzt werden können.“ (2)

Im Jahre 2004 wurden unter dem Titel „Erfolgreich sozialräumlich Handeln“ die Ergebnisse einer Evaluation aller acht Hamburger KiFaZen der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Diese kommt zu einer ausgesprochen positiven Bewertung der Praxis und betont insbesondere, dass sich hier eine „breite entspezialisierte Praxis entwickelt [hat], die eine der wenigen zu sein scheint, die sich nicht nur lebensweltorientiert nennt, sondern sich tatsächlich um die Lebenswelt der Menschen im Quartier kümmert und sich an ihr orientiert.“ (3) Trotz der sehr positiven Ergebnisse der Evaluation blieb es bis heute bei den acht bestehenden Kinder- und Familienhilfezentren. Ein weiterer – fachlich angezeigter – Ausbau fand nicht statt.

Schon deutlich fokussierter auf mögliche direkte Wirkungen auf die Entwicklung der Fallzahlen in den Hilfen zur Erziehung waren die sogenannten *Innovativen Modellprojekte der flexiblen, familiären Krisenintervention*, die Ende der 1990er Jahre entstanden. Waren die Kinder- und Familienhilfezentren fachlich deutlich breiter aufgestellt, zielten die Modellprojekte – wie der Name schon besagt – auf eine flexible und unbürokrati-

sche Krisenintervention, die frühzeitig ansetzen sollte und in ihrer Wirkung möglichst die Inanspruchnahme von HzE vermeiden sollte. Für alle Projekte – es waren insgesamt sechs in Hamburg – galt schon damals eine verpflichtende Kooperation mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), u.a. um diesem die „Einstuerung von Fällen“ zu ermöglichen. Ähnlich wie bei den Kinder- und Familienhilfezentren, kam auch bei den Modellprojekten eine Evaluation schon in der Aufbauphase zu dem Ergebnis, „... zunehmend die in der Ausschreibung gesetzten Ziele erreicht [zu haben]“. (4) Dennoch wurden die Modellprojekte ebenso wie die KiFaZe nicht in die Breite ausgebaut.



Eine eher grundlegende Veränderung – auch verbunden mit einem flächenmäßigen Ausbau – sollte schließlich die 2002 beschlossene *Weiterentwicklung der Jugendhilfe* bringen. Hiermit verbunden sein sollte ein Paradigmenwechsel „weg von hochschwelliger Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung (HzE), wie sie überwiegend zurzeit erfolgen, hin zu einer integrierten sozialräumlichen Jugendhilfe.“ (5)

Bereitgestellt bzw. umgeschichtet aus dem HzE-Haushalt wurden hier für das Programm *Sozialräumliche Angebotsentwicklung (SAE)* etwas mehr als vier Millionen Euro und damit schon deutlich mehr als bei den KiFaZen und den Modellprojekten.

Die Vorgaben für die fachliche Ausrichtung der Projekte waren dabei weitergehend formuliert und beinhalteten ausdrücklich auch ein Eingehen auf erzieherische Bedarfe, wie sie in den §§ 27 ff. SGB VIII formuliert sind. Insbesondere ging es um

- Räumlich und zeitlich gut erreichbare niedrigschwellige Angebote, die im Sozialraum abgestimmt sind;
- Arbeit in einem Kooperationsverbund mit mehreren Trägern;

Wie gelingt es, gemeinsam mit den Adressat\*innen und orientiert an ihren Lebenswelten und an ihren Lebenslagen, ...

... für bessere Bedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in ihrem Sozialraum oder Stadtteil zu sorgen?

- Verbindliche Kooperation mit dem ASD;
- Bessere Vernetzung und gemeinsame fachliche Ausrichtung von Hilfen zur Erziehung und infrastruktureller offener Angebote;
- Einzelfallbezogene Kooperationen sowie Unterstützungsleistungen für Kinder, Jugendliche und Familien mit hoher Einzelfallverbindlichkeit auch in Bezug auf erzieherische Hilfen.

Durch die Einbeziehung von Schulen und anderen Regeleinrichtungen sollte zudem die Durchlässigkeit der Jugendhilfe und die Vernetzung im Sozialraum erhöht werden.

Mehr noch als das Programm *Sozialräumliche Angebotsentwicklung (SAE)* orientiert sich das im Jahr 2009 folgende Programm *Ausbau der sozialräumlichen Angebotsentwicklung (SAE-Ausbau)* an Bedarfen, die überwiegend dem Fallaufkommen im Bereich der Hilfen zur Erziehung zugerechnet werden. Die Projekte sollten sich vorrangig auf Problemlagen konzentrieren, die überwiegend im Bereich von HZE anzutreffen sind und entsprechend Einzelhilfen vorhalten. Außerdem sollte die Kooperation mit Leistungsbereichen außerhalb der Jugendhilfe verstärkt werden.

Vermutlich auch aus Gründen der besseren „Steuerungsmöglichkeiten“ durch die Fachbehörde wurde erstmalig seit Beginn der Sozialraumorientierung Mitte der 1990er Jahre das Ausbauprogramm statt als Rahmenzuweisung als so genannte Zweckzuweisung aufgelegt. Nur zwei Jahre nach dem SAE-Ausbauprogramm wird 2011 – zunächst unter dem Namen *Neue Hilfen* – das Programm *Sozialräumliche Hilfen und Angebote (SHA)* aufgelegt. Mit anfangs zehn Millionen Euro ist es – finanziell gesehen – sicherlich das ambitionierteste Projekt im Bereich der Sozialraumentwicklung der Jugendhilfe in Hamburg. Aber auch in anderen Bereichen bringt es noch einmal deutliche Veränderungen. Zu nennen ist hier beispielsweise das zentral verwaltete Dokumentationswesen, welches sehr akribisch Umfang und Inhalt der Nutzung der Projekte erfasst.

Sowohl zwischen Fachbehörde und Bezirken als auch mit den einzelnen Projekten werden konkrete Zielzahlen verabredet. Unterschieden wird dabei nach so genannten „Nutzungen“ und so genannten „Verbindlichen Hilfen“. Gerade Letztere sollen auch dem ASD die Möglichkeit bieten – alternativ zu den Hil-

fen zur Erziehung – „Fälle“ direkt in die Projekte „einzusteuern“. Mit den Projekten sollten dabei auch konkrete Verabredungen über Rückmeldungen an den ASD über den jeweiligen „Fallverlauf“ getroffen werden. Gerade die enge Definition der „Verbindlichen Hilfen“, die strukturell und von ihren Zugängen her betrachtet zumindest in Teilen deutlich an eine HZE erinnert, führt schließlich dazu, dass ein Gericht in Hamburg diese Praxis in erster Instanz als rechtlich unzulässig erklärt.

In der Folge wurde daher in der neuen *Globalrichtlinie Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe (SAJF)*, die seit Mai 2017 in Kraft ist, die „Verbindliche Hilfe“ ersetzt durch die so genannte „Individuelle Sozialräumliche Unterstützung“, die dem ASD weiterhin erlaubt auf die sozialräumlichen Projekte zu verweisen, jedoch weniger reglementiert und mit einer deutlich stärkeren Orientierung am Willen der Nutzer\*innen. Insgesamt wird dieses weiterhin eine der zentralen Fragen in der weiteren Entwicklung der sozialräumlichen Ausrichtung der Jugendhilfe sein: Wie gelingt es, gemeinsam mit den Adressat\*innen und orientiert an ihren Lebenswelten und an ihren Lebenslagen, für bessere Bedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in ihrem Sozialraum oder Stadtteil zu sorgen?

#### Literatur:

- 1) Essberger, M./Gerbing, J./Lutz, T. (2013). Sozialräumliche Angebote in Hamburg – Stationen einer „Entwicklung“. In: Bittscheidt, D./Lindenberg, M. Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit: Jugendpolitische Versprechen und die Routinen der Organisationen. S. 37-55
- 2) Finke, D./Müller, K.-D. (1995). Rahmenkonzept Hamburger Kinder- und Jugendhilfezentren. Konzept des Amtes für Jugend. Hamburg. Zit. n. Langhanky et al. (2004). S. 61 f.
- 3) Langhanky, M./Friess, C./Hussmann, M./Kunstreich, T. (2004). Erfolgreich sozial-räumlich handeln. Die Evaluation der Hamburger Kinder- und Familienzentren. Bielefeld. S. 66
- 4) Neuffer, Manfred (o.J.). Abschlußbericht zur Evaluation der Modellprojekte zur flexiblen familiären Krisenintervention. Hamburg
- 5) Drs. 17/664 (2002). Haushalt 2002, Einzelplan 4, Weiterentwicklung der Jugendhilfe. S. 2



Foto: Michael Bruns\_flickr



Werner Brayer

ist Leiter des Kinder- und Familienzentrums Schnelsen, langjähriges Mitglied des Jugendhilfeausschusses Eimsbüttel und Koordinator für Projekte des VKJH.

# Zur Zukunft der Sozialräumlichen Angebote in Hamburg

*Ein Gespräch mit Staatsrat Jan Pörksen*

## **Welche konkreten Planungen bestehen derzeit bei der Fachbehörde die Zukunft der Sozialräumlichen Angebote betreffend?**

Zwei Punkte sind insgesamt wichtig: der erste Punkt betrifft die Relevanz, die das Thema Sozialraumorientierung mittlerweile in vielen Bereichen – auch über die Jugendhilfe hinaus – hat. Das betrifft die Eingliederungshilfe, die Alten- und Pflegehilfe, also ganz unterschiedliche Bereiche in dieser Stadt. Das, was in der Jugendhilfe begonnen hat, denken wir säulenübergreifend mittlerweile in vielen Bereichen. Ein aus unserer Sicht großer Erfolg und wir wollen konsequent daran weiterarbeiten und vorangehen. Das ist der eine Punkt.

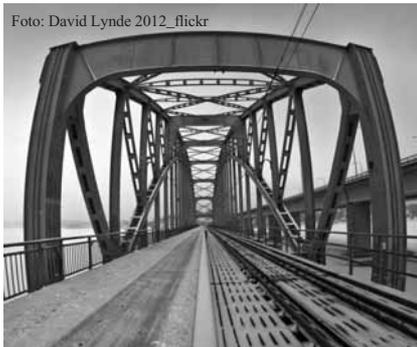
Mir geht es auch darum, dass wir in den Bezirken, in denen es ja zum Teil durchaus unterschiedliche Ansätze gibt, Freiräume schaffen, damit diese das, was aus ihrer Sicht notwendig ist, auch aufgreifen und machen können. Unser Wunsch ist, dass es überall eine integrierte Sozialraum- und Jugendhilfeplanung gibt. Dazu gehört vor allem auch die Zusammenarbeit der Offenen Arbeit mit den Regelinstitutionen wie Kita und Schule, die wir ja in den letzten Jahren massiv ausgebaut haben.

Was die Gestaltung angeht, sind wir grundsätzlich offen. Wichtig für uns ist, dass es eine gemeinschaftliche Planung und Weiterentwicklung gibt.

Finanziell haben wir eine Planungsgröße; wir haben uns ja aber immer auch da, wo es notwendig war, sei es in der Flüchtlingsarbeit oder grundsätzlich bei veränderten Bedarfen, flexibel gezeigt. Entscheidend ist die Qualität der Arbeit bzw. des jeweiligen Vorhabens oder Programms. Wichtig wäre uns, dass wir noch diverser werden in den Angeboten.

Mittlerweile fallen mir eine ganze Reihe von HzE-Trägern ein, die sich in den Sozialraum geöffnet haben oder auch offene Träger, die es geschafft haben, auch verbindlichere Angebote in ihre Arbeit zu integrieren, ohne ihre alten Prinzipien aufzugeben. Davon würden wir gerne noch mehr haben. Gleichzeitig geht es immer auch um die Frage, was hat sich bewährt, was hat sich vielleicht auch nicht bewährt? Da wollen wir uns als Fachbehörde aber nicht einmischen. Wir sagen den Bezirken nicht, wie sie es machen sollen, sondern wir wünschen uns, dass man voneinander lernt.

Foto: David Lynde 2012\_flickr



Es gibt aktuell sehr unterschiedliche Schwerpunkte, an denen aber auch Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung deutlich werden. Bei unseren Besuchen haben wir tolle Kooperationsprojekte, z.B. im Bereich Kita gesehen, gerade rund um das Thema Geflüchtete. Die Tatsache, dass wir viel mehr Kinder erreichen, hat auch – gerade im Bereich der Kitas – zu einer verbesserten Erreichbarkeit der Eltern geführt.

Im Schulbereich sind wir – gemeinsam mit der Schulbehörde und auf Basis der Kooperationsvereinbarung Schule-Ju-

gendhilfe dabei zu prüfen, wie wir auch hier – beispielsweise bezogen auf die Themen Ganztagschule oder Schulbegleitung – weiter vorankommen. Unsere Zielvorstellung wäre, dass alle sozusagen die gesamte Breite erproben.

Im Bezirk Mitte gibt es noch weitergehende Überlegungen bzw. Planungen. Dabei geht es auch darum, den bestehenden – und teilweise durchaus „notleidenden“ Gebäudebestand der verschiedenen Infrastrukturen mit in die Überlegungen einzubeziehen. Wir denken manchmal noch viel zu differenziert: Hier der Seniorentreff, dort das Mütterzentrum. In Einrichtungen wie z.B. dem „Haus der Familie“ oder der Elternschule in Horn realisiert sich das, was wir uns vorstellen. Da gibt es Angebote für Jugendliche, da treffen sich Mütter zum Sprachkurs, da treffen sich Väter etc.

## **Gibt es konkrete Überlegungen zum Haushalt 2019/2020, was die Finanzentwicklung im sozialräumlichen Bereich angeht?**

Unsere Kosten in den Hilfen zur Erziehung steigen ja weiter. Das heißt, im Gesamtsystem insgesamt steht mehr Geld zur Verfügung. Ausgangspunkt sollte also sein, im Gesamtsystem zu denken. Je mehr es uns gelingt, im Gesamtsystem mit dem Geld viel Vernünftiges zu erreichen, umso besser.

**Aus einer Statistik, die sie im Rahmen ihres Vortrages auf dem deutschen Fürsorgetag in Stuttgart vorgestellt haben, geht hervor, dass zwar die Fallzahlen in den HzE sinken, dies**

Unser Wunsch ist, dass es überall eine integrierte Sozialraum- und Jugendhilfeplanung gibt.

### **aber nicht auch auf die Kosten zu- trifft. Wie erklärt sich das?**

Bei der Kostenentwicklung – zumal in den letzten Jahren – muss man sehr genau hinschauen. Man muss z.B. immer die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge herausrechnen, was in den meisten Statistiken nicht passiert. Bei einem Blick auf die Statistiken kann man sagen, dass wir deutliche Veränderungen haben bei den Hilfen nach §31 SGB VIII. Wir haben ja nie – und insofern haben wir auch Wort gehalten – von einem Kostensenkungsprogramm gesprochen, sondern maximal von einem „Ausgabenexplosionsbegrenzungsprogramm“.

### **Sie haben gesagt, dass sie ein großes Interesse haben an diverserer Planung und Ausbau. Ist das so zu verstehen, dass damit die ganze Breite der Angebote der Jugendhilfe erfasst werden soll oder was ist damit gemeint?**

Nicht nur. Es betrifft die Breite der Angebote in der Jugendhilfe, aber auch zu Kooperationsbereichen, z.B. zu Schule. Wichtig ist aus meiner Sicht das die Angebote helfen, die Situation der Betroffenen zu verbessern und in diese Richtung zu denken.

### **Ich bleibe mal bei ihrer Aussage, wonach es sich um kein Kostensenkungsprogramm handelt. In ihrem schon erwähnten Vortrag auf dem Fürsorgetag findet sich die Formulierung „Fallzahlen und Ausgaben bei den HzE“ senken“.**

Hier gilt es, zunächst einmal genau zu gucken. Es gilt der Grundsatz des SGB VIII: Jeder bekommt die Hilfe, die er oder sie braucht und deshalb ist die sozialräumliche Entwicklung auch kein Programm gegen die Hilfen zur Erziehung; ganz ausdrücklich nicht. Das Programm ist ein Beitrag dazu, das SGB VIII so mit Leben zu erfüllen, dass jeder und jede seine oder ihre maßgeschnei-



derte Hilfe bekommt. Unsere Erfahrung ist ja, dass in einer ganzen Reihe von Fällen eine sozialraumbezogene Hilfe oft sehr viel eher das Mittel der Wahl sein kann. Wir kommen aus einer Zeit in der – und das wird auch mal kritisch gesehen – die Gefahr bestand, dass wir zu sehr in Fachleistungsstunden für bestimmte Hilfeformen gedacht haben und zu wenig darin, was brauchen wir für eine Hilfe. Deswegen ist es mir immer wichtig zu betonen, dass wir nicht in Formen des Gegeneinanders denken, sondern im Rahmen eines gesamten Hilfesystems. Da gibt es Situationen, wo man eine Hilfe nach §31 braucht und es gibt Situationen, wo man eine Hilfe nach § 34 braucht. Es gibt aber auch Situationen, wo man Hilfen braucht, die gar nicht irgendwie bezeichnet sind. Unsere Zielsetzung in der gesamten Reformdiskussion war ja, das SGB VIII beim Wort zu nehmen und zu sagen, wir wollen maßgeschneiderte Hilfen und wir wollen erlauben – ein ganz wichtiger Punkt auch in der bundesweiten Reformdebatte –, dass auch Hilfen, die nicht förmlich sind, aus dem Topf der gesetzlichen Leistungen, der Hilfen zur Erziehung, bezahlt werden können. Damit wir aus dem bestehenden Dualismus ausbrechen können – auf der einen Seite die privilegierten gesetzlichen Leistungen, auf der anderen die, die gerne „freiwillige Leistungen“ genannt werden.

### **Wie sind ihre Aussagen auf dem Fürsorgetag aufgenommen worden?**

Ehrlich gesagt, so positiv wie noch nie. 5 Jahre nach Beginn der aufgeregten Debatte haben doch viele gemerkt, auch

gerade durch Besuche in Hamburg, dass das, was wir machen, sehr vernünftig ist. Insofern gab es viel Zuspruch. Nicht zu beurteilen ist aus meiner Sicht, ob die Kritiker\*innen an der Veranstaltung schlichtweg nicht teilgenommen haben.

### **Warum ist aus ihrer Sicht die Offene Arbeit bei den sozialräumlichen Angeboten so unterrepräsentiert?**

Das hat aus meiner Sicht verschiedene Gründe. Grundsätzlich finde ich diese Situation sehr schade, es würde mich freuen, wenn die Offene Arbeit stärker beteiligt wäre, weil die Einrichtungen sehr viele gute Zugänge bzw. Zugangsmöglichkeiten haben.

Ich glaube, der Hauptgrund ist praktischer Art. Es fällt gerade den kleineren Trägern, denjenigen, die auch mit nicht so viel Personal arbeiten, schwerer, die Bürokratie zu bewältigen. Das bleibt eine Aufgabe für uns alle, gerade auch in den Gesprächen mit den Bezirken zu überlegen, ob und wie wir es schaffen können, auch für diese Einrichtungen die Nutzung zu erleichtern. Vielleicht sind hier ja auch Kooperationen und eine gemeinsame Nutzung denkbar. Es gibt aber auch immer noch Einrichtungen, die sagen, das machen wir aus grundsätzlichen Erwägungen nicht. Da würde ich immer gerne ermutigen und sagen: Erkundigt euch bei den anderen, da braucht ihr euch keine Sorgen zu machen. Niemand muss die Prinzipien der Offenen Arbeit verraten, im Gegenteil ist es eher etwas, was zu der Arbeit passt. Aber um noch einmal auf den schon von mir erwähnten Aspekt der

Es würde mich freuen, wenn die Offene Arbeit stärker beteiligt wäre.

Foto: M. Essberger



Bürokratie zurückzukommen: Grundsätzlich versuchen wir, die Bezirke immer zur Vereinfachung zu ermutigen. Wir haben ja auch auf den letzten Fachtagen diesen Aspekt immer wieder thematisiert. Letztendlich wollen wir uns nicht mit Bürokratie und Controlling nerven, sondern wir wollen gute Arbeit machen.

**Gibt es vielleicht schon konkretere Überlegungen, wie eine solche Vereinfachung aussehen könnte bzw. in welcher Form eine Unterstützung der Einrichtungen aussehen könnte?**

Nein, ganz konkret kann ich noch nichts sagen. Wir hatten uns im letzten Herbst mit einer Gruppe aus der BASFI und dem Bezirk Mitte in Graz angeschaut, wie die das machen. Das ist auch nicht uninteressant. Für alle, die sich für bestimmte Aufgaben in den Stadtteilen einem Verbund angeschlossen haben, zahlt die Stadt die Personalkosten und dann wird besprochen, wo und wie werdet ihr eingesetzt, wo erklärt ihr euch verbindlich bereit, die notwendigen Angebote zu schaffen. Das ist für uns eine sehr ferne Zukunftsmusik. Wie wir aber davon wegkommen, dass einzelne Träger – jetzt nur als Beispiel – mit siebzehn verschiedenen Zuwendungstöpfen hantieren müssen, das ist eine Herausforderung, der wir uns – gerne auch gemeinsam – stellen wollen.

**Die Erfahrungen der Diskussion des letzten Jahres um eine Reform des SGB VIII – an dieser Stelle bezogen auf die Implementierung sozialräumlicher Aspekte – waren ja eher ernüchternd. Es gab Widerstände von unterschiedlichster Seite, u.a. auch von einigen Bundesländern aufgrund befürchteter hoher Folgekosten. Zu erwarten, bzw. auch schon begonnen**

**ist ein neuer Anlauf. Welche Erwartungen verbinden sie mit einem neuen Versuch, was ist aus ihrer Sicht das Beste, was passieren könnte?**

Es liegt ganz wesentlich an Hamburg und an unserer Senatorin, dass das Thema weiter auf der Tagesordnung ist und auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wieder Eingang gefunden hat. Es hat im Ergebnis doch sehr geholfen, dass wir auf der Ebene des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge im letzten Jahr eine Diskussion geführt haben vor dem Hintergrund der sogenannten „Großen Lösung“ oder „inkluisiven Lösung“ zwischen Behinderten-Verbänden und Jugendhilfe-Verbänden. Es ist gelungen, eine gemeinsame Sprache zu finden. Auch hierzu gab es Veranstaltungen auf dem Fürsorgetag, die aus meiner Sicht sehr ermutigend waren.

Das Bundesministerium hat sich vorgenommen, und so steht es ja auch im Koalitionsvertrag, diesen Prozess fortzusetzen und es gibt eine gemeinsame Grundverabredung, nicht wieder bei Null anzufangen, sondern dass man anknüpft an schon gefundene Grundkonsense. Insofern hoffe ich sehr, dass dieser Prozess vorangeht. Ich habe da große Hoffnungen, weil man merkt, dass die neue Bundesministerin „aus dem wahren Leben“ kommt. Wer mit Jugendhilfe in Neukölln zu tun hatte, weiß, wo die echten Probleme liegen.

Klar ist, dass jetzt zunächst einmal die großen gesetzgeberischen Vorhaben auf den Weg gebracht werden müssen, beispielsweise im Kita-Bereich, weil die Legislaturperiode ja nicht so lang ist. Das hat zeitlich erst einmal Priorität, aber das Andere soll kommen und

ich gehe davon aus, es wird auch kommen.

**Gibt es schon einen konkreten Zeitplan?**

Soweit ich weiß, soll im Herbst dieses Jahres der Diskussionsprozess wieder aufgenommen werden. Wichtig ist, dass man dem auch eine gewisse Zeit lässt. Mein Appell an die Jugendhilfe wäre, diesen Zeitraum auch einzuräumen, den Diskussionsprozess mit einer gewissen Gelassenheit zu begleiten und mögliche Irritationen im direkten Gespräch auszuräumen.

**Möchten Sie unseren Leser\*innen noch etwas mitgeben zum Thema?**

Ich würde gerne mitgeben, dass wir nach mittlerweile 5-6 Jahren eine sehr breite und auch kreative und dem SGB VIII in seiner Ausrichtung der Schaffung passgenauer Hilfen entsprechende Entwicklung hinbekommen haben.

Wir haben viele gute Angebote, die ganze Diskussion ist sehr viel sachorientierter geworden, es gibt viel weniger Hemmschwellen in der Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen, da sind wir auch bundesweit sehr gut aufgestellt. Auch dass auf dem Fürsorgetag sowohl ein Vertreter der Offenen Arbeit und jemand aus dem Jugendamt und der Staatsrat auf einem Podium sitzen und ziemlich mit einer Stimme sprechen, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen, ist auch ein Erfolg.

**Herr Pörksen, wir danken Ihnen für das Interview.**

Das Interview führten Joachim Gerbing und Karen Polzin.



Jan Pörksen

(Jahrgang 1964) ist Jurist und seit März 2011 Staatsrat der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

# Gemeinsame Lösungsverantwortung vor Ort

von Martin Kloszowski und Ronald Claus

Das ist der Titel eines Projektes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte. Innerhalb dieses Projektes will der Bezirk, gemeinsam mit den kommunalen Einrichtungen und freien Trägern, ab Herbst 2018 über drei Jahre Ideen, Konzepte und konkrete Maßnahmen entwickeln, um in der gemeinsamen Jugendhilfeplanung neue Maßstäbe zu setzen. In der öffentlichen Diskussion wird dieses Projekt oft verkürzt als ein Projekt dargestellt, mit dem erneut der Versuch unternommen werden soll, Sozialraumbudgets einzuführen und/oder Geld einzusparen.



Foto: kennedyrox\_flickr

Im Mittelpunkt steht jedoch eine fachliche Diskussion und die Weiterentwicklung bereits bestehender sozialräumlicher Angebote und sozialraumorientierter Arbeitsweisen, mit dem Ziel, das Fachkonzept Sozialraumorientierung nach Wolfgang Hinte konsequent im Bezirk Hamburg-Mitte umzusetzen. Im Projekttitel „Gemeinsame Lösungsverantwortung vor Ort“ (LöVO) werden drei Begriffe genannt, die jeder für sich betrachtet werden müssen:

## Gemeinsam

In den Sozialräumen sind Regeleinrichtungen wie Schule und Kita, sowie Angebote der kommunalen und freien Träger im Bereich Offener Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und Frühen Hilfen etablierte Einrichtungen und damit wesentliche Akteure der Sozialraumorientierung. Die Träger der Hilfen zur Erziehung ergänzen dieses Angebot und sind örtlich verankert, agieren aber auch bezirks- oder hamburgweit. Diese Anbieter kooperieren zum Teil, konkurrieren aber auch um gleiche oder ähnliche Nutzer\*innen mit vergleichbaren Angeboten. Wenn auch alle dem Ziel des Kinderschutzes und der Stärkung von Kinderrechten verpflichtet sind, so fehlt es noch an einer stringenten, gemeinsamen Ausrichtung und Steuerung. Diese soll in diesem Projekt gemeinsam ent-

wickelt und umgesetzt werden. In HH-Mitte werden Jugendhilfeaufgaben von drei Fachämtern wahrgenommen. Die Aktivitäten erfolgen zum Teil in Kooperation, viel zu oft aber isoliert voneinander. Veränderungen und wichtige Entwicklungen sind dem jeweils anderen oft nicht bekannt. Es fehlt ein einheitliches gemeinsames Verständnis von Sozialraumorientierung, insbesondere hinsichtlich eines Leitbildes und dessen Inhalten, welche entwickelt werden müssen.

In der öffentlichen Diskussion über das Thema Kinderschutz wird die Verantwortung, abgeleitet durch das staatliche Wächteramt (Art 6 GG und § 1 Abs. 2 SGB VIII), oftmals auf die Zuständigkeit des ASD reduziert. Aber nicht nur das die Gesetzgebung ausdrücklich darauf hinweist, dass alle Beteiligten ihre Verantwortung haben, geht es in diesem Projekt vielmehr darum, auch im Kinderschutz Fachkompetenzen unterschiedlicher Berufsfelder für die fachliche Einschätzung zusammen zu tragen, um geeignete Unterstützungs-, sowie Hilfe- und Schutzkonzepte für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Das Ziel: Gemeinsame Verantwortung für den Kinderschutz im Sozialraum.

## Lösungsverantwortung

Diesen Begriff haben die Initiatoren des Projektes vom Besuch des stationären, sozialräumlichen Jugendhilfeangebotes „ARGE 4-Raum“ in der Stadt Graz im Herbst 2017 mitgebracht. (1)

Die MitarbeiterInnen stellen dort ganz selbstverständlich dar, dass sie in diesem Projekt eine „Lösungsverantwortung“ für jedes Kind und jede Familie haben, für die sie einen Auftrag erhalten. Sie sehen sich in der Verantwortung, gemeinsam mit den Hilfe- und Ratsuchenden jeweils individuelle, am Willen der um Unterstützung suchenden Menschen orientierte (stationäre) Maßnahmen zu entwickeln. Diese Sichtweise, nicht in Leistungspflichten sondern in Lösungsverantwortung zu denken, lässt sich auf alle Aktivitäten der Jugendhilfe übertragen und ist Leitgedanke des Projektes!

Von diesem Ansatz sind wir in der Hamburger Jugendhilfe - vielleicht mit einigen Ausnahmen - noch weit entfernt. Immer wieder ist der ASD damit konfrontiert, keinen geeigneten Platz für ein Kind oder einen Jugendlichen innerhalb des Bezirkes oder dem Bundesland Hamburg zu finden. Kinder aus Hamburg werden in der gesamten Bundesrepublik unterge-

Nicht in Leistungspflichten, sondern in Lösungsverantwortung denken.

bracht. Und das viel zu oft mit der Begründung: Es gibt kein geeignetes Helpsetting für diesen „Systemsprenger“. Aktuell hat der ASD Hamburg-Mitte 372 Kinder außerhalb von Hamburg untergebracht.

## Vor Ort

Dieser Teil des Projekttitels ist scheinbar der einfachste. Hier gibt es vermutlich die meisten gemeinsamen Ideen. Begriffe wie Lebenswelt- oder Sozialraumorientierung sind in den Fachdiskussionen allgegenwärtig. Aber was bedeutet das allein für die öffentliche Verwaltung? Wie können wir als Bezirksamt zukünftig eine Rolle rückwärts drehen und mit einer moderneren und agilen Organisation die Leistungen gerade auch der Jugendhilfe wohnortnah, niedrigschwellig und barrierefrei anbieten? Wie kann der öffentliche Träger (wieder) ein selbstverständlicher Teil der Sozialräume werden? Kann es gelingen, dass der öffentliche Träger auch in Sozialräumen/Lebenswelten seine Dienstleistungen anbietet, in denen er bisher nicht mit eigenen Angeboten vertreten ist? Stichwort: Soziale Medien.

Eine wesentliche Motivation zur Durchführung dieses Projektes ist, dass sich die fachliche Ausrichtung der Jugendhilfe im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) an der Lebenswelt der Menschen orientieren soll, wie es auch in der ASD-Fachanweisung von 2016 und der GR zu SAJF von 2017 vorgegeben ist.

Dabei soll die Ausrichtung am Willen, den Interessen und Bedürfnissen der Nutzer\*innen erfolgen und die damit verbundene Ressourcenorientierung einen hohen Stellenwert einnehmen. Ein notwendiger Bestandteil für gelingende Unterstützungs- oder Hilfeverläufe wird die Beteiligung der Nutzer\*innen und das Erleben von Selbstwirksamkeit aller Beteiligten sein. Bei dieser Motivation schwingt eine selbstkritische Haltung der öffentlichen Jugendhilfe mit. Dies wird aber nur gelingen, wenn alle Akteure im Sozialraum einbezogen werden, sie den Sozialraum kennen und mit ihren Aktivitäten wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Alle Beteiligten müssen in diesem Prozess die Bereitschaft und Fähigkeit mitbringen, Bestehendes zu hinterfragen und eigenes Handeln zu überprüfen und ggf. Haltungen zu überdenken und zu verändern. Gute Projekte und Kompetenzen sollen bewahrt werden. Es gilt der Grundsatz „Stärken stärken und Schwächen schwächen“. Zusammen mit den öffentlichen und freien Trägern in HH-Mitte sollen darum in diesem Projekt passgenaue Lösungen für die Nutzer\*innen entwickelt und angeboten, eine gemeinsame Ausrichtung und Steuerung etabliert, sowie – bei Bedarf – eine neue Finanzierung entwickelt und eingeführt werden.“

Wie kann der öffentliche Träger (wieder) ein selbstverständlicher Teil der Sozialräume werden?

## Finanzierungssysteme:

Wenn zu allen oben genannten Themen und Fragestellungen Ideen, Antworten oder Maßnahmen gefunden werden, muss man selbstverständlich auch die Frage nach der passenden Finanzierung stellen: Wenn zukünftig durch veränderte oder neue Formen der Zusammenarbeit passgenauere Jugendhilfearrangements ermöglicht werden können, müssen dann nicht auch die ebenso versäulten Finanzierungssysteme überprüft und angepasst bzw. verändert werden? Was wird gebraucht? Was ist rechtlich möglich? Ein wesentlicher Baustein des bisherigen Finanzierungssystems der Hilfen zur Erziehung ist die auf die Leistungsempfänger bezogene defizitorientierte Finanzierung: Eine Familie erhält so lange Unterstützung – und der Träger einen Auftrag und damit Geld – so lange vereinbarte Ziele nicht erreicht sind.



Das bisherige Hilfesystem ist geprägt durch die Kräfte des freien Marktes: Die Träger kannibalisieren sich untereinander; jährlich entstehen in Hamburg dutzende neue Träger, die ein Stück vom großen Kuchen haben möchten. Der Bezirk Hamburg-Mitte arbeitet inzwischen mit über 220 freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Jugendhilfeplanung findet kaum noch statt. Stattdessen finden Planung und Steuerung nahezu ausschließlich auf der Ebene ASD-FFK/HzE-Träger, bzw. in Jugendhilfeausschüssen und deren finanziell nahezu gestaltungsbefreiter Atmosphäre statt. Außerdem sind die bisherigen Finanzierungssysteme teilweise unübersichtlich und bieten wenig Spielraum für flexible und kurzfristige Lösungen. Sie binden durch ihren jeweils eigenen Verwaltungsaufwand erhebliche Personalressourcen bei allen Beteiligten auf unterschiedlichen Ebenen. All das ist der Fachwelt bekannt. Ein „weiter so“ ist möglich, würde aber auch weiterhin nicht primär den steuerzahlenden und leistungsberechtigten Menschen zu Gute kommen, sondern würde vor allem dem Zweck der Selbsterhaltung des bestehenden Hilfesystems dienen.

Das hier beschriebene Projekt wird auf breiter Ebene getragen. Entscheidend ist, dass alle Agierenden auf ihrer Ebene die Möglichkeiten und Ressourcen nutzen, um für die Menschen, für die wir tagtäglich bestmögliche Arbeit tun, noch besser zu

werden. Das beginnt bei guter Kooperation im Einzelfall mit dem Ziel, dass ein Kind, ein Jugendlicher, eine Familie Selbstwirksamkeit erlebt, geht mit neugierigem Blick über den sozialräumlichen Tellerrand hinaus, um von best-practice-Modellen zu lernen, über fachpolitische Entscheidungsträger, die, wie in diesem Projekt, BASFI und Bezirksamtsleitung Spiel-

räume ermöglichen, bis hin zur Bundesgesetzgebung, in der in transparenten Beteiligungsverfahren die zu unterstützenden Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Anmerkung:

- 1) <https://www.sos-kinderdorf.at/so-hilft-sos/wo-wir-helfen/europa/oesterreich/4raum-graz>. [16.07.2018]



Ronald Claus

ist Diplom-Sozialpädagoge. Nach verschiedenen Tätigkeiten ist er seit 7 Jahren bezirklicher Netzwerker im Jugendamt des Bezirkes Hamburg-Mitte.

Martin Kloszowski

ist seit über 20 Jahren in der öffentlichen und freien Jugendhilfe tätig und seit dem 01.05.2018 Jugendamtsleiter im Bezirk Hamburg-Mitte.



*Im Juni 2018 fand eine vereinsinterne Diskussionsrunde auf dem ASP Wegenkamp e.V. zum aktuellen Stand der „Sozialräumlichen Versorgung“ (SRV) im Bezirk Eimsbüttel statt. Dabei ging es vor allem um Erwartungen und Befürchtungen aus Sicht der Offenen Arbeit bezüglich der bezirklichen Planungen zur sozialräumlichen Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Es diskutierten Vereinsmitglieder – viele von ihnen haben einen direkten Bezug zur Arbeit des Trägers, teilweise haben sie früher dort selber gearbeitet – und Mitarbeiter\*innen des Vereins aus den Bereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), der Sozialräumlichen Angebote der Jugend- und Familienhilfe (SAJF) und der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS). Die Diskussion wurde aufgezeichnet und erscheint nun hier als gekürzte Version.*

## Fachliche Positionen der Offenen Arbeit müssen in die Diskussionen voll einfließen

Die Sozialräumliche Versorgung und die Rolle der Offenen Arbeit im Bezirk Eimsbüttel

*Eine Diskussionsrunde des ASP Wegenkamp e.V.*

**Mitarbeiter\*in (MA) 1:** Also, die sogenannte Sozialräumliche Versorgung bezieht sich erstmal auf die Region Eimsbüttel und dabei geht es um die Idee, die Versorgung von Kindern und Jugendlichen sozialräumlich zu organisieren, d.h., über die verschiedenen Arbeitsfelder der Jugendhilfe hinaus die Akteure miteinander anders in Zusammenarbeit zu bringen, auf den sozialen Raum bezogen und auf einer inhaltlichen und organisatorischen Ebene. Und es geht darum, Diskussionsräume zu schaffen, zwischen den Bereichen HzE (1), FamFö (2), OKJA, JSA (3), Straso (4) – und natürlich dem Jugendamt.

**MA 2:** Es geht um eine sozialräumliche Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Das bedeutet erstens: die sogenannte Versäulung, also die strenge Trennung der unterschiedlichen Arbeitsbereiche, aufzulösen und zweitens: die Idee, sich am Willen der Menschen zu orientieren. Das ist die positive

Grundlage. Und es gibt eine bezirkliche Ebene, das heißt dann SRV, wo es eine ganze Menge unterschiedlicher Gremien gibt, neue Strukturen, die geschaffen werden, um das umzusetzen. Es geht bei dieser Gremienstruktur dann immer auch um die Frage wer entscheidet was und wer entscheidet mit.

**MA 1:** Nun will man das Vorgehen in allen Regionen des Bezirks vereinheitlichen. Das ist der Versuch, irgendwie ein gemeinsames Dach zu schaffen und diese Idee zu transportieren, in die anderen Bereiche.

**MA 2:** Es gibt unterschiedliche Entwicklungen in den verschiedenen Quartieren und Regionen. Nun will man Strukturen haben, die vergleichbar sind und zusammenpassen. Und bei dem Versuch, das passend zu machen – das ist ein sehr kompliziertes Verfahren – werden natürlich auch Fehler ge-

Wenn an „schwierigen Fällen“ wieder nur der ASD und HZE-Träger zusammensitzen, kann da nicht viel Neues und Vernünftiges rauskommen.

macht. Und eine zentrale Frage lautet: Was passiert eigentlich mit den alten Strukturen, wenn man versucht denen neue Strukturen überzustülpen?

**MA 3:** Dafür gab es Fachtagungen zur Vorbereitung. Es war Thema in vielen Gremien und dann gibt es in unserer Region noch die Quartier-Teams (QTs).

**MA 2:** Alle Einrichtungen plus ASD (5) – also alle Jugendhilfeeinrichtungen aus einem Quartier (ein Bereich noch kleiner als die Region) – sollen in den QTs zusammensitzen, teilweise haben sie auch die Schule dabei und Kitas, aber zumindest die offenen Einrichtungen. Die sitzen immerhin vierzehntägig zusammen, um gemeinsam zu diskutieren, wie die Lage ist, wie Bedarfe im Quartier gesehen werden, wie Entwicklungen im Quartier sind und wie die Arbeit gestaltet werden kann. Und dazu gehört dann auch der Versuch, gemeinsame Lösungen im Einzelfall zu finden.

**Vereinsmitglied (VM) 1:** Also wird da auch über Einzelfälle geredet?

**MA 2:** Das ist ein Konfliktpunkt. Einige sind dafür, andere dagegen. Bei uns im QT wird über Einzelfälle beraten und das wird von den Beteiligten positiv gesehen. Die sagen: ‚Davon profitieren alle und auch die Jugendlichen.‘ Da haben wir z.B. mal einen Fall gehabt, bei dem die Kolleg\*innen in der Wohngruppe nicht so richtig weiterwussten und gesagt haben: ‚Bevor wir die jetzt rausschmeißen, fragen wir nochmal andere und auch die Offene Arbeit, wie man mit einer bestimmten Situation vielleicht anders umgehen kann.‘ Das ist natürlich ein sinnvolles Verfahren. Das ist jetzt ein bisschen gebremst worden, auch von der Verwaltung, weil man dort sagt: ‚Der ASD hat seine eigenen Orte, wo er so etwas diskutiert.‘ Wenn die Sachen plötzlich überall diskutiert werden, stellt sich die Frage, wo die sich ihre Entscheidungen abholen, also die Frage ist: Wer darf da mitreden, wo wird entschieden?

**MA 4:** Und es ging auch um die Begrifflichkeit. Man darf solche Diskussionen auch nicht mehr „Kollegiale Beratung“ nennen, weil das dem ASD sozusagen vorbehalten sei. Aber wir könnten das z.B. „kollegialen Austausch“ nennen und dann hat man das so ein bisschen umschifft.

**MA 5:** Obwohl die „Kollegiale Beratung“ keine exklusive Methode des ASD ist, das muss man auch sagen. Ich meine, das ist eigentlich eine Frechheit, wenn man die Beratung im QT so nicht nennen darf.

**MA 1:** Das ist ein großer Streitpunkt. Insbesondere aus der Offenen Arbeit gibt es viel Kritik an diesem „fallbezogenen“ Austausch. Es gibt oft Widerstände oder Vorbehalte, vor allem aus Datenschutzgründen, auch aus Angst vor einer möglicherweise zu engen Zusammenarbeit mit dem ASD.

Ein Argument für die „Fallberatung“ im QT wäre, dass wir es richtig und notwendig finden, gerade auch schwierige Situationen in einem erweiterten Rahmen zu diskutieren, denn sonst sitzen zum „schwierigen Fall“ nur wieder ASD und HZE-Träger zusammen. Da kann nicht viel Neues und Vernünftiges rauskommen und am Ende landen sie – die so genannten „schwierigen Fälle“ – dann vielleicht wieder in so was wie der Haasenburg (6).



Foto: T. Schulenburg

Das ganze Verfahren ist in einem Prozess. Es hat viele Workshops dazu gegeben. Man hat versucht, alle zu beteiligen. Es gibt die AG-78 (8) außerdem existiert eine Pilotgruppe, die plant und strukturiert.

**MA 2:** Es entsteht ein, zumindest im Moment noch, etwas schwerfälliges System mit Delegationsprinzip. Wenn aus dem QT heraus versucht wird, z.B. die Jugendamtsleitung, die ja viel bei der Strukturentwicklung zu melden hat, über diese Gremien zu erreichen, bedeutet das einen sehr viel längeren Kommunikationsweg. Auf diesem Weg müsste ein Thema des QTs, das ja die Akteursbasis ganz „unten“ ist, über vier oder fünf verschiedene Gremien nach ganz „oben“ transportiert werden. Dabei sind die Zuständigkeiten in diesen Gremien bisher teilweise noch immer nicht ganz klar. Es droht also im schlechtesten Fall ein kompliziertes System zu werden, in dem kein Mensch mehr mit dem anderen direkt spricht, sondern alle irgendwas irgendwohin delegieren. Also eine direkte Aktion, Interaktion, Entscheidungsfindung oder Erörterung von Fragen ist eigentlich gar nicht vorgesehen. Das ist ein großes Problem, das noch gelöst werden muss.

**VM 2:** Und die Struktur ist schon so gegeben?

**MA 1:** Nee, die Struktur wird noch entwickelt, in den verschiedenen Leitungsgremien.

**VM 1:** Ich empfinde das spontan ... also was ist passiert in den letzten 15 Jahren? Eigentlich gab es ja schon das Sozialraum-Projekt hier. Für mich ist das ein riesengroßes – eine

Wahnsinnsbürokratie! Wie soll damit eine Entsäulung und Zusammenarbeit stattfinden? Das ist doch für die großen Träger, die sich in den Bürokratien super zurechtfinden, wo irgendwelche Chefs dann in die Fachgruppen gehen und die Oberchefs gehen dann in die Pilotgruppe.... Kleine Träger würden, wenn sie da mitmachen, gar nicht mehr zum Arbeiten kommen. Und die großen Träger verschleudern Geld damit, indem sie – auf jeden Fall sehe ich da wenig Flexibilität und wenig Raum für Austausch auf Augenhöhe, der notwendig ist. Wenn ich das hier höre, kann man das Jugendamt jetzt nicht mehr direkt ansprechen? Das war etwas, was ich immer sehr geschätzt habe, dass der direkte Austausch immer möglich war und damit eine lebendige fachliche Weiterentwicklung. Da stellen sich mir die Nackenhaare auf!

**MA 6:** Man könnte da bestimmt auch intervenieren, wenn man ganz viel Zeit damit verbringen würde überall mitzuarbeiten, aber die Zeit haben wir nicht.

**VM 3:** Was ich, während wir jetzt gesprochen haben, nochmal gedacht habe: das Gute an der SRV-Entwicklung aus Sicht der Offenen Arbeit ist, dass die Offene Arbeit von der Politik oder Verwaltung gewollt ist. Wenn es früher immer nur um HzE-Träger und ASD ging, scheint mir die Offene Arbeit als Teil der sozialräumlichen Versorgung erwünschter.

**VM 1:** Ja, als Alibi oder ist das wirklich inhaltlich gewollt? Ist das wirklich eine Entwicklung im Sozialraum, bei welcher die Offene Arbeit gleichberechtigt neben den HzE-Trägern steht?

**MA 2:** Ich würde sagen: das wird zumindest proklamiert. Auf der einen Seite ist Zusammenarbeit ganz wichtig und die wird also hoch gewertet. Aber im Konkreten kommen die Offenen in den Planungen bisher nicht so richtig vor, sondern stehen eher am Rand.

Eine sehr positive Sache: dass die SRV-Architekten vorhaben, in Eimsbüttel möglichst keine auswärtigen Unterbringungen mehr zu veranlassen. An sich sollen alle [Kinder und Jugendlichen, Anm. d. Red.] – wenn nötig – sozialräumlich untergebracht werden, also wohnortnah. Das ist auf jeden Fall ein gutes Vorhaben. Nun ist die Idee dazu, ein Gremium einzurichten, wo alle „Fälle“, bei denen das erst einmal nicht gelingt, nochmal extra eingegeben werden müssen. Also kann dann niemand mehr einfach unauffällig z.B. in die Haasenburg geschickt werden. Alles, was nicht im umfassenden Sinne [des Fachkonzepts Sozialraumorientierung, Anm. d. Red.] sozialräumlich gelöst werden kann, das muss nochmal ins

Gremium. Wenn allerdings ASD und HzE in diesen Gremien dann aber unter sich beißen würden, könnte das aus unserer Sicht dazu führen, dass gute Ideen, die oft außerhalb der typischen Maßnahmen liegen, verloren gehen. Die Gefahr ist ja immer, dass die komplizierten Fälle, mit denen man nichts anzufangen weiß, aus Hamburg verschwinden. Es ist deshalb wichtig, dass man da als offene Sozialraumeinrichtung mitredet, damit es Kontrollmechanismen gibt. Dass



man sich also nicht vornehm raushält und sagt: ‚Wenn die nicht gerade selber in unserer Einrichtung sind, dann haben die auch nichts mit uns zu tun.‘

Dass die Offenen sich also auch für Kinder und Jugendliche aus der Region, die man vielleicht nicht als eigene Besucher\*innen kennt, trotzdem verantwortlich fühlen. Und es wäre gut, Strukturen dafür zu finden, dass auch diese Mädchen und Jungen geschützt sind, damit dann nicht nur eine

ASD-Mitarbeiter\*in und vielleicht ein möglicherweise schlechter Vormund für den Jugendlichen alleine zuständig sind und dann – zack ist die Person weg. Es gibt viele in der Verwaltung, die das Problem auch sehen; die Devise in Eimsbüttel ist jetzt jedenfalls, dass man da hohe und wirksame Hürden gegen das Abschieben in die „schlechte Jugendhilfe“ haben möchte.

**MA 1:** Wichtig finde ich, dass die Haltungen und fachlichen Positionen der Offenen vollständig in die Diskussionen einfließen, auch im Einzelfall. Aber es gibt eben auch Leute in der Offenen Arbeit, die eine Beteiligung an solchen Sachen eher ablehnen oder mehr Distanz zum Jugendamt haben möchten – und das ist nicht nur eine Frage der Ressourcen. Das ist eine Diskussion, die nicht einfach zu führen ist, denn da gibt es eine Konfliktlinie, die sich seit Jahren durchzieht und es wurden in der Vergangenheit sehr unterschiedliche Entscheidungen gefällt. In den 78er-AGs müsste das weiter diskutiert werden. Und natürlich hat eine Offene Arbeit nicht überall die Ressourcen, sich daran zu beteiligen wie andere, da müsste man aufstocken ...

... und wenn es darum geht, die Kinder und Jugendlichen vor Ort zu unterstützen mit einer vernünftigen Jugendhilfeausstattung, dann sollten diese QTs es vielleicht irgendwann auch nochmal hinkriegen, eine gute Infrastruktur zu entwickeln und auszubauen. Dafür gibt es im QT eben den Ef-

Die Offene Arbeit erhält eine Wertschätzung, aber im Konkreten kommen die Offenen dann in den Planungen bisher nicht so richtig vor.

Die Gefahr ist ja immer, dass die komplizierten Fälle, mit denen man nichts anzufangen weiß, aus Hamburg verschwinden.

fekt, dass da Leute sitzen, die mitkriegen, was in den Stadtteilen passiert. Es heißt: ‚Wir sehen, da hinten sitzen immer irgendwelche Jugendlichen auf dem Bänkchen und da gibt’s gar nichts, vielleicht kann man da mal jemanden hinschicken perspektivisch?!‘ Und dann sollen die QTs auch noch Gelder haben, um darauf reagieren zu können! Die SRV-Planung versucht also schon, von unten den Sozialraum in den Blick zu nehmen und auf Entwicklungen, die nur vor Ort gesehen werden können – die die Leute in den Beamtenstuben ja gar nicht mitkriegen oder erst, wenn jemand hinrennt und sich beschwert – zu reagieren. Und die Sozialarbeitenden vor Ort sollen dann Antworten darauf entwickeln können.

**VM 1:** Ich find bestimmte Sachen gruselig. Also wenn ich höre, dieses Gremium soll dazu da sein, einen Überblick im Sozialraum zu kriegen: Da kann die Offene Arbeit ja nur rausgehen, wenn das dann noch an Einzelfälle oder Gruppierungen gebunden ist. Als Offene Arbeit würde ich nicht irgendwelchen Bürokraten ein Protokoll liefern wollen, ‚da sind Jugendliche, an die kommen wir nicht ran, die Gruppe ist öfter hier‘, weil ich nicht weiß, was daraus gedreht wird. Und dieses Gremium klingt so, als ob die Interesse haben viel zu delegieren, so nach dem Motto: ‚Ja, dann kümmert ihr euch doch mal, übernehmt ihr die Verantwortung, ihr seid Schuld, wenn sie rausmüssen aus Hamburg oder ihr übernehmt die Verantwortung für eine bestimmte Gruppe, dann müsst ihr uns aber irgendwas aufschreiben.‘ Das kann so eine Dynamik kriegen. Ich finde die AG-78 total wichtig, um das zu diskutieren. Wie kann parteilich und anonym in die Gremien reingegangen werden? Und die Freiwilligkeit deutlich zu machen: ‚Wir arbeiten gerne mit euch zusammen, aber nicht am Fall. Sondern wir brauchen euer Vertrauen.‘ Wir brauchen ein Signal aus Sicht der HzE und des ASD, dass wir gute Arbeit leisten mit den Jugendlichen. Dass der HzE-Träger weiß, was gibt es in der Region an strukturellen Angeboten und was nicht. Und nicht nur im Einzelfall sieht ‚oh, da ist ein maßgeschneidertes Projekt für meinen Fall‘ und dann will man auch noch einen Bericht haben, sondern dass die Offenen in diesen Strukturen auch Vertrauen gewinnen, selbstbewusst aufzutreten, da immer wieder reinzugehen und zu sagen: Wir sind hier Anlaufstelle und wir bieten Hilfen an! Aber diese Fallgeschichten oder -berichte über den Sozialraum, das geht gar nicht.



Foto: TeroLaakso\_flickr

**MA 3:** Ja, das ist ein Problem. Aus manchen QTs, vor allem in relativ geschlossenen Quartieren, wo jeder jeden kennt, haben die Leute aus ihrer Praxiserfahrung berichtet, dass da ab und zu mal jemand den anonymisierten Versuch macht und dann aber zu hören bekommt: ‚Meinst du die und die Familie? Ah ja, dann können wir ja auch gleich den Namen nennen, den kennen wir ja eh alle!‘

**VM 2:** Ich könnte mir höchstens vorstellen, einen Fall anonymisiert reinzunehmen. Als Beispiel für ein strukturelles Problem. Das sind ja ganz viele Strukturen, die hinter einem Einzelfall stehen. Man müsste dran gehen, die übergeordneten Themen in die QTs reinzutragen.

**MA 1:** Wir haben das ja schon immer so verstanden: nicht Bericht geben, sondern dass man [als Offene Arbeit, Anm. d. Red.] eher Sachen mitkriegen kann, und wir haben die Möglichkeit, verhältnismäßig schnell auf diese Sachen zu reagieren. Man soll das nicht nach oben melden, sondern Antworten finden, auch strukturelle. Das heißt so schön ‚Bedarfe erkennen‘. Das machen wir ja alle immer in der Sozialen Arbeit: Hier gibt es ein Problem und wir haben eine Idee, wie man es lösen kann, genau so werden gute neue Projekte entwickelt (lacht).

**VM 1:** So, wie du es sagst, geh‘ ich da komplett mit. Aber vorher waren diese kompletten Protokolle Thema, diese komischen Gremien, die da alle sind und da wirkt es dann so, dass in irgendwelchen Berichten erscheint: ‚Das HDJ XY hat ein Problem mit einer großen Gruppe von russischen Migranten ...‘, auf so eine schräge Art und Weise, also nicht lösungsorientiert, sondern ...

**VM 3:** Das ist ja auch möglich, würde ich sagen.

**MA 1:** Das ist ‘ne Gefahr, die besteht, aber die hat immer bestanden.

**VM 1:** Aber bis es dann bearbeitet wird durch die Gremiumsstruktur ...

**MA 5:** ... sind sie schon wieder weg – die russischen Migranten. (alle lachen)

**VM 4:** Was ist der Unterschied zu den Sozialraumteams (SRT), die ich aus Ottensen oder Bahrenfeld kenne? Was können die QTs hier entscheiden? Was ist der Gedanke?

**MA 1:** Ich kenne die SRTs in Altona nicht so gut, ich glaube die Idee ist ähnlich: dass die auf den sozialen Raum gucken sollen und Angebote steuern oder begleiten. Und ich glaube, die haben in Altona relativ viel Macht. Das ist hier bisher

Wenn ich so höre, dieses Gremium soll dazu da sein, einen Überblick im Sozialraum zu kriegen, da kann die Offene Arbeit da ja nur rausgehen.

nicht so. Und ich weiß auch nicht wer da drinsitzt. Es ist jedenfalls nicht vorgesehen, dass dort Einzelfallbesprechungen gemacht werden.

**MA 2:** Wir wissen über andere Bezirke nicht viel. Also schwer zu sagen, in anderen Bezirken kann das ganz anders geregelt sein.

**VM 4:** Aber die Idee ist schon, dass ihr ein Budget habt, also ihr könntet auch was stricken?

**MA 5:** Wenn wir jetzt sagen würden: wir sehen da was und haben dazu eine Idee, dann ist da was möglich.

**VM 4:** Also ich kenne das aus dem SRT in Altona und da gibt es gute Sachen, die entwickelt werden. Dadurch, dass dort auch viele verschiedene Angebote oder Träger zusammenkommen, hat man nochmal eine andere Stimme. Also bei uns waren auch noch die Mitarbeiter aus den Flüchtlingsunterkünften bei den SRTs dabei, und die haben gerade einen Brandbrief erstellt über die Situation der Familien in den Camps.

**MA 5:** In den QTs ist die offene Arbeit unterrepräsentiert. Es gibt einfach immer weniger originäre Offene Arbeit oder Bauplätze sind kommunal oder an einen großen HzE Träger angeschlossen. Es gibt viel mehr Mitarbeiter\*innen bei



HzE-Trägern oder in der Kita als in der Offenen Arbeit. Sich da mit seinen Anliegen durchzusetzen, ist nicht ganz einfach.

**MA 1:** Am Ende hängt das mit dem Durchsetzen immer stark an Leuten; du musst die richtigen Leute finden und dann kann was funktionieren.

**VM 4:** Es klingt etwas strukturlos, aber ist das nicht auch eine Chance, das Steuer in die Hand zu nehmen und vorzupreschen? Zu sagen ‚ok, wir wollen gerne diese oder jene noch dabei haben, wollen gerne das Thema bearbeiten und die Referent\*in einladen‘, und so einfach loszulegen?

**VM 3:** Aber wenn man da schon alle zwei Wochen sitzt, zum Beispiel dieser Brandbrief, das ist ja was Strukturelles, was erkannt und dann skandalisiert wurde auf einer höheren Ebene. Wenn man so etwas als Ergebnis produziert, dann hat man was Cooles gemacht. Bei so einem Thema ist es dann auch egal, ob die Leute aus dem HzE-Bereich kommen, aus der Offenen Arbeit oder aus der Schule. Wenn die das alle skandalisieren wollen und können, weil sie eine Haltung dazu haben, dann ist es egal. Das ist was Übergreifendes. Da bleibt nur noch die Frage, ob das Verwaltung und Politik wirklich so möchten.

**MA 1:** Na, die machen da ja vielleicht auch selber mit – in dem QT sitzt ja auch der ASD, die Kolleg\*innen würden sich da bei bestimmten Punkten sicher auch beteiligen.

Aufgezeichnet von Svenja Fischbach

*Anmerkungen:*

- 1) HzE = Hilfen zur Erziehung
- 2) FamFö = Familienförderung
- 3) JSA = Jugendsozialarbeit
- 4) Straso = Straßensozialarbeit
- 5) ASD = Allgemeiner Sozialer Dienst
- 6) Die Haasenburg GmbH betrieb in Brandenburg Einrichtungen für die geschlossene Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen. Nachdem die repressiven und autoritären Zustände in der Haasenburg öffentlich bekannt geworden waren, wurde die Einrichtung geschlossen. Die Staatsanwaltschaft Cottbus ermittelte im Dezember 2013 wegen Misshandlungsvorwürfen in etwa 70 Fällen gegen Erzieher\*innen und Betreiber\*innen.
- 7) Die Pilotgruppe ist ein übergreifendes Gremium in der SRV-Struktur, welches sich aus der Leitungsebene der Arbeitsbereiche HzE, FamFö, OKJA und dem Jugendamt zusammensetzt und den Gesamtprozess begleitet und steuert.

- 8) In der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII soll die Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe gefördert werden.

Der ASP Wegenkamp e.V.

ist sozialräumlicher Anbieter eines breiten Spektrums verschiedener Jugendhilfeleistungen aus den Bereichen der



Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der GBS-Betreuung und der Familienförderung. An seinen Abenteuerspielplatz in Stellingen ist auch ein/e Gästewohnung/Jugendhilfestandort angeschlossen.

# Der Prozess hin zur Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe in Eimsbüttel

Welche Rolle kommt dabei der OKJA/FamFö zu?

von Gundi Schuck und Lori Hacaturyan-Riehl

## Die Projektentwicklung in Eimsbüttel

Im Bezirksamt Eimsbüttel wird die Offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit (KJ) und die Familienförderung (FamFö) im Fachamt für Jugend- und Familienhilfe organisiert. Es gibt im Bezirk drei Jugendhilfe-Regionen mit insgesamt elf kommunalen Einrichtungen der Jugendhilfe und 16 Einrichtungen bei freien Trägern. In Bereich der Familienförderung verzeichnet der Bezirk sechs kommunale Einrichtungen und drei bei freien Trägern. Über Mittel für Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe (SAJF) werden 29 Projekte gefördert.

Das Fachamt für Jugend- und Familienhilfe in Eimsbüttel hat sich 2016 auf den Weg gemacht, die Jugendhilfe im gesamten Bezirk in Anlehnung an das Fachkonzept der Sozialraumorientierung weiter zu entwickeln. Das Verständnis von Sozialraumorientierung, das dem Prozess in Eimsbüttel zu Grunde liegt, folgt dem Fachkonzept von Wolfgang Hinte. (1) Es beschreibt eine professionelle Haltung mit fünf zentralen Prinzipien:

|  |   |   |
|--|---|---|
| Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe                    |   | Konzentration auf Ressourcen (der Menschen/des Sozialraums) |
|  | Orientierung am Willen, den Interessen der Menschen |   |
| Kooperation über Trägergrenzen und leistungsrechtliche Felder hinweg |   | Zielgruppen- und bereichsübergreifende Sichtweise           |

Darstellung in Anlehnung an Stefan Bestmann (2017), Input-Vortrag: Der Sozialraum aus Bewohnendenperspektive – mit Blick auf Inklusion insgesamt

Auch in den Vorgaben der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) wird auf das Konzept Bezug genommen, z.B. in der Fachanweisung ASD (gültig ab 1.1.2016, Abschnitt 2.1. Sozialraumorientierung) und in der Globalrichtlinie SAJF (gültig ab 1.5.2017, Abschnitt 6 Arbeitsprinzipien und konzeptionelle Merkmale).

In der Jugendhilfe im Bezirk Eimsbüttel gibt es bereits seit Ende der 1990er Jahre zahlreiche praktische Erfahrungen mit dem Ansatz der Sozialraumorientierung. Diese Erfahrungen

liegen in der Kooperation von Trägerverbänden zur gemeinsamen Gestaltung der Arbeit in einzelnen Quartieren oder Stadtteilen, in Projekten der Fallunabhängigen Arbeit, in Konzepten zur sozialräumlichen Ausrichtung von Hilfen zur Erziehung (HzE), in vielen Fachtagen und Workshops zur sozialräumlichen Gestaltung der Arbeit. Die Ausprägung war in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlich und folgte keinem Gesamtkonzept, war und ist aber in vielen Arbeitszusammenhängen erfolgreich. Die Umsetzung der Arbeitsprinzipien der Sozialraumorientierung erfordert es, alle Arbeitsbereiche der Jugendhilfe im Bezirk einzubeziehen. Wie sonst sollen Lösungen über leistungsrechtliche Grenzen hinweg gefunden werden, oder eine Zielgruppen- und bereichsübergreifende Sichtweise eingenommen werden?

Stefan Bestmann drückt es so aus:

- ◆ Um das Fachkonzept umsetzen zu können, werden „mehrdimensionale Öffnungen und Übergänge, sowohl organisatorisch als auch fachlich
- ◆ von stationär zu ambulant
- ◆ von professionell-isoliert zu lebenswelt- bzw. alltagsbezogen
- ◆ vom Gegen- bzw. Nebeneinander zum Miteinander
- ◆ von der Institution zum Sozialraum“ benötigt. (2)

In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, Familienförderung und SAJF sind Kernkompetenzen vorhanden, die für die Sozialraumorientierung grundlegend sind. In den Einrichtungen und Projekten ist viel Wissen über die Lebenssituation der Familien und Jugendlichen vorhanden. Die Mitarbeiter\*innen in den Einrichtungen kennen die Bedürfnisse, Probleme, Fähigkeiten, Interessen ihrer Besucher\*innen aus einer ganz anderen Perspektive als z.B. der ASD und die HzE-Mitarbeiter\*innen. Der Zugang ist unbelasteter, direkter und nicht auf die Probleme fokussiert. Und sie kennen häufig auch die Lebenswelt, die Quartiere, die Szenen, in denen sich die Menschen bewegen und wissen, welche Ressourcen dort vorhanden sind. Mitarbeiter\*innen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, Familienförderung, SAJF sind selbst eine Ressource des Quartiers/Stadtteils. Mit den niedrigschwelligen Zugängen bieten sie einen anderen Weg zu den Menschen, der in der Sozialraumorientierung den Weg zu einer anderen Jugendhilfe unterstützen und ebnen kann.

Foto: M. Essberger



Letztendlich gehören zu einer sozialraumorientierten Arbeit noch wesentlich mehr Akteure und Disziplinen als die bisher primär Angesprochenen. Schulen und Kitas sind beispielsweise Teile der Lebenswelt der Kinder und sollen Partner\*innen der Eltern in der Erziehung sein. Das ReBBZ ist ein wichtiges Bindeglied zu den Schulen. In einigen Netzwerken sind Vertreter\*innen von Schulen, Kitas, ReBBZ und andere bereits vertreten, leisten wichtige Beiträge und sind an dem Prozess zur Gestaltung einer sozialraumorientierten Jugendhilfe beteiligt. Zunächst war es jedoch wesentlich, alle Jugendhilfebereiche, die im Kompetenzbereich des Fachamtes liegen, mit in den Prozess einzubinden. Die Einbindung anderer Akteure und Leistungsbereiche soll im weiteren Verlauf entwickelt werden.

## Der Zielfindungsprozess

Zu Beginn des Projekts stand ein Zielfindungsprozess, in dem mit den Mitarbeiter\*innen aus den Bereichen Jugendamt, Träger der Hilfen zur Erziehung, Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und SAJF Zielfindungsworkshops durchgeführt wurden. Die Zielfindungsworkshops für die Bereiche Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung fanden getrennt statt. Für die SAJF-Projekte gab es keine eigene Veranstaltung, da wir sie nicht zu einer eigenen „Säule“ machen wollten. Sie wurden zu den anderen Workshops, je nach thematischer Ausrichtung mit dem Ziel, dass sie ihre Expertise und Sichtweise dort einbringen, eingeladen. So kam es zu neuen Formaten und Arbeitszusammenhängen und es entstand eine lebendige Auseinandersetzung.

Zunächst hatten wir festgestellt, dass zwar alle von „Sozialraumorientierung“ sprachen, aber sehr unterschiedliche Vorstellungen diesem Begriff zugrunde lagen (z.B. war nur der Raumbezug oder die Ressourcenorientierung gemeint, nicht aber die konsequente Orientierung am Willen oder die leistungsbereichsübergreifende Kooperation). Daher galt es zunächst noch einmal das Fachkonzept, auf das wir uns beziehen (s.o.) vorzustellen und ein gemeinsames Verständnis herzustellen.

Die Fragestellungen für die Zielfindungsworkshops lauteten:

- ◆ Was können wir in den Prozess einbringen?
- ◆ Welche möglichen Stolpersteine sehen wir?
- ◆ Das brauchen wir, damit es gut wird
- ◆ Das machen wir schon, darauf sind wir stolz
- ◆ Sozialräumliche Versorgung (SRV) – das ist uns wichtig, das sind unsere Ziele
- ◆ Das darf auf keinen Fall passieren
- ◆ Das Projekt ist erfolgreich, wenn ...

Bereits bei den Zielfindungsworkshops zeigte sich, dass gerade die Offene Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und die Familienförderung mit ihren Arbeitsprinzipien (3)

- ◆ Offenheit
- ◆ Freiwilligkeit
- ◆ Niedrigschwelligkeit
- ◆ Lebenswelt- und Alltagsorientierung
- ◆ Aufgreifen sozialer Vielfalt
- ◆ Ganzheitlichkeit
- ◆ Wertschätzung
- ◆ Partizipation
- ◆ Vertrauensschutz

dem Fachkonzept Sozialraumorientierung teilweise entsprechen.

Das Prinzip Partizipation korrespondiert mit dem Prinzip der Orientierung am Willen der Menschen. Hier liegt die Haltung zugrunde, dass es unerlässlich ist, die Menschen an ihren Angelegenheiten zu beteiligen, da ihnen sonst die Maßnahmen übergestülpt werden. Die Prinzipien Lebenswelt- und Alltagsorientierung und Aufgreifen sozialer Vielfalt kann sich in der Sozialraumorientierung im Aufgreifen der Ressourcen des Sozialraums abbilden, indem diese wahrgenommen, erkundet und einbezogen werden. Das Prinzip der Ganzheitlichkeit weist auf die Überwindung von Träger- und Leistungsgrenzen hin. Hier liegt die Chance der Einbeziehung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung, denn dort sind Arbeits- und Sichtweisen bereits vorhanden und erprobt, die grundlegend für die Sozialraumorientierung sind, z.B. die konsequente Umsetzung partizipatorischer Prinzipien in der alltäglichen Praxis. Im weiteren Prozess der praktischen Umsetzung gilt es den Blick dafür zu schärfen, welche Arbeitsprinzipien den Prinzipien des Fachkonzeptes Sozialraumorientierung wie entsprechen bzw. wo sie sich unterscheiden und was die Unterscheidungen bedeuten.

Im Verlauf des Zielfindungsprozesses kamen Fragen dazu auf, ob die Jugendhilfe insgesamt dem Diktat des Kinderschutzes und der Kontrolle unterworfen werden soll. Aus Sicht des Jugendamtes gilt: Die Grundprinzipien, Arbeitsweisen, Rollen, Stärken der jeweiligen unterschiedlichen Arbeitsbereichen bleiben erhalten. Eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendhilfebereiche beinhaltet auch in Kinderschutzfragen die Chance, die Sicht der Betroffenen ganzheitlich zu berücksichtigen und sich gegenseitig daran zu erinnern, vor allem die Perspektive der Kinder einzunehmen. Gerade dieser Aspekt verändert die Qualität von Maßnahmen, die zum Schutz von Kindern notwendig sind.



Foto: M. Essberger

Aus den Arbeitsbereichen Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und SAJF erfolgten wichtige Hinweise und Impulse für die Ausgestaltung der Ziele und der weiteren Arbeit in unserem Prozess, die schon oben erwähnt wurden.

Bei einem gemeinsamen Workshop, bei dem Vertreter\*innen aus allen Bereichen, FamFö, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, HzE, SAJF und Jugendamt beteiligt waren, wurde ein Zielbild mit folgenden Überschriften gefunden:

*Zusammenarbeit und Kommunikation  
Gute Infrastruktur für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen  
Partizipation und Planung  
Gute Hilfe und Unterstützung  
Geld und Strukturen*

Diese relativ abstrakten Ziele galt und gilt es, im weiteren Prozess zu konkretisieren und umzusetzen. Dazu wurde auf mehreren Ebenen weitergearbeitet:

### Die Sozialräumlichen Gremien

In den zehn Planungsgebieten im Bezirk Eimsbüttel, wird je ein Sozialraumgremium arbeiten, in dem mindestens alle Jugendhilfebereiche vertreten sind. Selbstverständlich gab es bisher bereits Gremien, wie z.B. die Stadtteilkonferenzen oder Quartiertreffen und viele andere mehr, die bereits seit Jahren konstruktiv zusammenarbeiten. Teilweise waren hier jedoch nicht alle Jugendhilfebereiche vertreten und bestimmte Fragestellungen waren noch nicht aufgegriffen. Durch Auftaktveranstaltungen, teilweise mit Unterstützung durch externe Moderation, sollen neue Akteure hinzukommen und der Blick auf die oben beschriebenen Ziele gelenkt werden. Es können Grenzen und Möglichkeiten der einzelnen Bereiche explizit aufgezeigt werden, um so eine neue Basis für die weiteren Kooperationen zu erhalten.

Die sozialräumlichen Gremien arbeiten an folgenden Themen:

- ◆ fallspezifische (anonymisierte) und fallunspezifische Fragestellungen

- ◆ Die Gremien entwickeln Positionen zur regionalen Jugendhilfeplanung, die vom Jugendamt berücksichtigt werden
- ◆ Die Teilnehmer\*innen der Gremien übernehmen Verantwortung für Fragestellungen aus „ihrem Planungsgebiet“ und wirken an der Entwicklung und Umsetzung von Lösungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit.

In einigen Planungsgebieten haben sich bereits bestehende Gremien dieser Fragestellungen angenommen, in anderen wurden neue Gremien geschaffen. In den meisten dieser Gremien bilden die Einrichtungen und Projekte der KJ und FamFö die stabile Basis der Teilnehmer\*innenschaft. Sie bringen ihr an der Lebenswelt der Bewohner\*innen der Planungsgebiete orientiertes Wissen und ihre Erfahrungen ein und zeigen Probleme und Bedarfe auf.

Ein Format der regionalen Jugendhilfeplanung muss noch entwickelt werden, dies soll in den Gesamtplanungskreislauf im Jugendamt einbezogen werden. Bereits jetzt werden die Gremien zu Entscheidungen im Jugendamt zu Rate gezogen. Hier müssen die Wege noch geübt werden und es soll eine Grundlage entwickelt werden, welche Planungsdaten für regionale Jugendhilfeplanung zu Verfügung gestellt werden können. Über die Offene Kinder- und Jugendarbeit und die Familienförderung, aber auch über die Vertreter\*innen von Schulen und Kitas können andere Beteiligungsmöglichkeiten für die Betroffenen geschaffen werden. Alle kommunalen Mitarbeiter\*innen sind einem Gremium zugehörig.

Das Jugendamt geht davon aus, dass alle an dem Prozess der sozialräumlichen Jugendhilfeentwicklung beteiligten Akteure in den sozialräumlichen Gremien mitwirken und lädt hierzu ein bzw. richtet die Leistungsvereinbarungen danach aus.

### Gemeinsame Fortbildungen

In gemeinsamen Fortbildungen der Mitarbeiter\*innen der jeweiligen Regionen mit allen Jugendhilfebereichen wird das Fachkonzept Sozialraumorientierung vermittelt und auf die jeweilige Praxis übertragen. Mit dem Fortbildungsträger wurde vorab geklärt, was Inhalt der Fortbildung sein soll und dass sie sich z.B. nicht nur auf Einzelfallarbeit zwischen ASD und HzE-Träger beziehen soll, sondern auch auf Kooperation über Leistungsgrenzen hinweg. Wir erhoffen uns von diesen Fortbildungen, dass neben einem gemeinsamen Fachverständnis auch die Vernetzung und Kooperationsstrukturen gestärkt werden und bereits hier neue Formen der Entwicklung von Lösungen, die dem Willen der Menschen entsprechen und die Ressourcen des Sozialraumes einbeziehen, entwickelt werden.

### Die erweiterte Kollegiale Beratung

Ein nächster Schritt in dem Prozess zur sozialraumorientierten Jugendhilfe soll die Einführung der erweiterten Kollegialen Beratung sein. Die Kollegiale Beratung gehört im ASD zu

Ob die Jugendhilfe insgesamt dem Diktat des Kinderschutzes und der Kontrolle unterworfen werden soll, kam als Frage auf.

den fachlichen Standards der Hilfeplanung und ist vor bestimmten Entscheidungen zwingend durchzuführen. Mit der erweiterten Kollegialen Beratung für alle Fallkonstellationen, die eventuell Hilfe zur Erziehung werden könnten, soll der Blick geöffnet werden weg von bestimmten Formen der Hilfen zur Erziehung und bestimmten Trägerkonstellationen zunächst zu einem verstärkten Blick auf den Willen der Menschen und darauf wie eine Veränderung in ihrem Sinne aussehen könnte, ohne gleich in „Jugendhilfeschubladen“ und Paragraphen zu denken.

Neben dem ASD sollen an der erweiterten Kollegialen Beratung auch Vertreter\*innen der HzE-Träger und „der Sozialräume“ teilnehmen. Die Vertreter\*innen „der Sozialräume“ werden in den meisten Fällen Vertreter\*innen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und FamFö sein. Sie sollen neben ihren Einrichtungen den gesamten Sozialraum gut kennen. Mit ihrer Expertise und fachlichen Prinzipien können die Vertreter\*innen „der Sozialräume“ wichtige Aspekte zur Entwicklung von passgenauen Hilfen beitragen. Durch ihre Alltagsorientierung können die Vertreter\*innen wichtige Hinweise auf Stolpersteine und Chancen in der Entwicklung der Hilfeziele geben.

Es können Konstruktionen im Zusammenwirken mehrerer Arbeitsbereiche gefunden werden, die ermöglichen, dass Kinder und Jugendliche weiter in ihrem Sozialraum leben können und positive soziale Bezüge erhalten bleiben. Wir erhoffen uns durch interdisziplinäre Lösungen der Jugendhilfe in einem Quartier, dass Bindungsabbrüche zwischen Eltern und Kindern verhindert werden können und Probleme gemeinsam bearbeitet werden können. Es könnte ein weiterer positiver Effekt eintreten, weil in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der FamFö die Personalfluktuation nicht so hoch ist wie im ASD, dass die Mitarbeiter\*innen ihr häufig über eine längere Zeit erworbenes fundiertes Wissen über „ihren Sozialraum“ anderen zur Verfügung stellen und so Wissensverluste vermeiden helfen. Ziel der Kollegialen Beratung wird sein, Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die dann im Hilfeplangespräch mit den

Betroffenen erörtert werden können, dort fällt die Entscheidung über die Form und Art der Hilfe.

## Ausblick

Wir befinden uns immer noch im Ausbau der sozialraumorientierten Jugendhilfe: Verschiedene Prozesse haben bereits stattgefunden, die Umsetzung der nächsten Schritte steht jetzt an, dies wird die Umsetzung in die Praxis der erweiterten Kollegialen Beratung sein, die Beteiligung der HzE-Träger an dem Gesamtprozess sowie ein Planungskreislauf für die gesamte Jugendhilfeplanung.

Was kann der Prozess des Aufbaus einer sozialraumorientierten Jugendhilfe für die Offene Kinder- und Jugendarbeit und die FamFö bedeuten:

Sie können daran mitwirken, Formate zu schaffen, bei denen Kinder und Jugendliche und Familien an der Planung sowohl einer Hilfe im Einzelfall als auch an Entscheidungen für ihren Stadtteil stärker beteiligt werden. Sie wirken an der Gestaltung der Sozialräume und an Planungsprozessen mit.

Die Lösungen, die z.B. mit ASD, HzE und sozialräumlicher Infrastruktur gemeinsam gestaltet werden, sind häufig tragfähig, nachvollziehbar und nachhaltig. Das Risiko, das jede auswärtige Unterbringung für Kinder und Jugendliche hat, nämlich aus dem Blick zu geraten, wird hier deutlich kleiner. Die Bedeutung von guten Infrastrukturangeboten nimmt in diesem Kontext noch einmal zu. Sie sind die Grundlage niedrigschwelliger Anlaufstationen in den Quartieren und Stadtteilen. Damit wird ihr Stellenwert auch in Bezug auf sozialraumnahe Unterstützungsleistungen im Zusammenspiel mit den anderen Bereichen der Jugendhilfe hervorgehoben.

### Literatur:

- 1) Hinte, Wolfgang/Treeß, Helga (2007), Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe, Weinheim: Beltz Juventa
- 2) Bestmann, Stefan (2017), Input-Vortrag: Der Sozialraum aus Bewohnendenperspektive – mit Blick auf Inklusion insgesamt, Quelle: [https://jugendhilfe-inklusive.de/sites/default/files/01\\_bestmann.pdf](https://jugendhilfe-inklusive.de/sites/default/files/01_bestmann.pdf) [3.8.2018]
- 3) Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Amt für Familie, GR J 1/16 vom 23.02.2016, Globalrichtlinie Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in den Bezirken



Lori Hacaturyan-Riehl

ist Dipl.-Sozialpädagogin. Seit 2016 ist sie Regionalleiterin im Jugendamt Hamburg Eimsbüttel und zuständig für Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und die Jugendberufsagentur.



Gundi Schuck

ist Dipl.-Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin. Seit 2008 ist sie Regionalleiterin im Jugendamt Hamburg Eimsbüttel und zuständig für Koordinierung, Steuerung, Netzwerkmanagement und SAJF.

# Offene Zugänge im Sozialraum gestalten

## Das Schnittstellenprojekt in Schnelsen-Süd

von *Henriette Neubert*

Das Schnittstellenprojekt ist seit 2001 im Quartier Schnelsen-Süd in Trägerschaft des Verbands für Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. verankert. Es realisiert sozialräumliche Angebote im Stadtteil, wird aus SAJF Mitteln finanziert und ist eng mit dem Kinder- und Familienzentrum Schnelsen des Verbandes (KiFaZ) verbunden. Die Angebote des Schnittstellenprojekts zeichnen sich durch Freiwilligkeit, Offenheit, Subjektorientierung und Parteilichkeit aus. In der folgenden Reflexion meiner Arbeit geht es vor allem um die Relevanz von offenen, niedrigschwelligen Angeboten im Kontext sozialräumlicher Arbeit. Ich stelle zunächst meine Arbeit im Schnittstellenprojekt vor, beleuchte drei Aspekte von Offenheit und Niedrigschwelligkeit, um diese dann anhand von Beispielen aus meinem Arbeitsalltag zu reflektieren.

Das Schnittstellenprojekt fungiert im wahrsten Sinne des Wortes als Schnittstelle im Stadtteil. Im Projekt 38 teile ich mir die Arbeitsräume mit der Jugendberatung und Erziehungsberatung Schnelsen vom Bezirk Eimsbüttel, Fachamt Jugend- und Familienhilfe, dem Projekt Kinderzeit vom Jugendclub Schnelsen vom Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V., dem Stadtteilbüro der Lawaetz-Stiftung und der Übergangswohnung vom Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.

Eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Kolleg\*innen aus dem Stadtteil und dem Bezirk findet in den niedrigschwellig konzipierten Angeboten statt. Ein offener Frühstückstreff für Eltern mit Kleinkindern findet in Kooperation mit der Familienkinderkrankenschwester vom Kinderschutzbund und der Erziehungsberaterin statt; offene Beratung rund um die Themen Job, Ausbildung und Bewerbung mit dem Kollegen der Mobilen Jugendberatung, Bezirk Eimsbüttel, Fachamt Jugend- und Familienhilfe.

Mit dem KiFaZ Schnelsen bilde ich nicht nur ein Team, sondern biete auch wöchentlich Ohrakupunktur nach dem NADA Protokoll, einen jährlichen Ausflug in den Hansa Park uvm. an. Seit einem Jahr wandert in Kooperation – mit der Mobilen Jugendberatung, dem Jugendclub, dem Stadtteilbüro

und dem KiFaZ – die Fahrradwerkstatt einmal wöchentlich samt kompetentem Fahrradmonteur durch die Einrichtungen und damit durchs Viertel.

### Wie gestalte ich offene niedrigschwellige Zugänge zu den Angeboten?

Unter Offenheit subsummiere ich drei Aspekte, die die Zugänglichkeit zu den Angeboten beleuchten.

Der erste Punkt ist meine Offenheit als Professionelle für die Lebenswelt der Nutzer\*innen. Ich gestalte Zugänge offen, indem ich die Lebensweisen, Herangehensweisen, Werte und Normen der Nutzer\*innen anerkenne, sie akzeptiere und sie als Subjekt in den gesellschaftlichen Verhältnissen wahrnehme. Dafür muss ich meine eigenen Vorstellungen und Realitäten über Lebensweisen immer wieder hinterfragen und kritisch reflektieren. Auf meine eigenen Grenzen und ein ausgewogenes Verhältnis von Nähe und Distanz zu achten, gehören dabei genauso zu einer regelmäßigen Reflexion. Als Raum dafür nutze ich die Besprechung im Team und mit Kolleg\*innen, aber auch selbstorganisierte Arbeitskreisstrukturen, die nicht Fallbesprechungen, sondern das eigene Handeln und Arbeiten als Sozialarbeiterin thematisieren. Durch diese Haltung ist es mir möglich mit Menschen im Stadtteil ins Gespräch zu kommen, sie einzuladen Angebote zu besuchen und ihnen Unterstützung anzubieten.

Der zweite Aspekt ist die niedrigschwellige Gestaltung der Angebote. Unter offen verstehe ich hier vor allem eine barrierearme Gestaltung. Die Angebote finden regelmäßig und verlässlich statt. Das heißt in Bezug auf das Eltern-Kind-Frühstück, das Jobcafé, die NADA-Ohrakupunktur und die Fahrradwerkstatt einmal pro Woche. Auch in den Ferien und zwischen den Feiertagen finden die Angebote ver-



Foto: KiFaZ Schnelsen

Indem ich mich im Sozialraum der Nutzer\*innen aufhalte, mache ich mich sichtbar und nahbar.

Gemeinsam Raum aneignen und erfahren, gemeinsame Zeit im Alltag verbringen, sich austauschen, den Alltag gemeinsam bewältigen.

lässlich statt. Dies ist mir und uns durch die vielfältigen Kooperationen im Stadtteil möglich. Zusammen mit meinen Kolleg\*innen kann ich sicherstellen, dass z. B. Urlaub oder Krankheit in der Regel nicht zu einem Ausfall des Angebots führen und Nutzer\*innen dann vor verschlossener Tür stehen. Offen bedeutet auch, dass die Angebote kostenfrei sind, keine Termine vereinbart werden müssen und es keine Erwartung oder Zwang zur regelmäßigen Teilnahme gibt.

Die Angebote basieren allesamt auf Freiwilligkeit. Da es sich um eine Einrichtung der Jugendhilfe handelt, ist hier mitzudenken, dass die Freiwilligkeit das Angebot aufzusuchen, den individuellen Leidensdruck der Nutzer\*innen beschreibt. Die Hilfe wird unbedingt benötigt und deshalb genutzt oder es geht um die Vermeidung eines offiziellen Hilfebedarfs. In diesem Fall wird die Hilfe antizipiert und deshalb angefordert.

Ein nicht zu unterschätzender dritter Aspekt offener, niedrigschwelliger Angebote ist der materiell ausgestattete Zugang, wie beispielsweise die räumliche Ausgestaltung des Angebots. Wie erfahren Nutzer\*innen von Angeboten? Wie ist das Angebot personell ausgestattet? Wie finden Nutzer\*innen den Ort, an dem die Angebote stattfinden? Sind die Türen offen, oder muss geklingelt werden, um Zugang zu erhalten? Wie sind die Räume der Angebote gestaltet?

Das Haus, in dem ich meine Arbeit anbiete, ist nunmehr seit über 10 Jahren unter dem Namen Projekt 38 im Stadtteil integriert. Die Angebotsformen in diesem Haus sind sehr heterogen. So kann nicht jedes Angebot von jeder\*m genutzt werden, für manche braucht es Termine und keine\*r von uns Kolleg\*innen ist Vollzeit im Projekt 38 anzutreffen. Auch ich habe nur eine Teilzeitstelle, die ich auf vier Tage verteile, um so Kontinuität und Verlässlichkeit für die Nutzer\*innen herzustellen. Gemeinsam verhandeln wir im Team des Projekt 38 wie sich das Haus in den Stadtteil hinein präsentiert. Die Frage nach der offenen Tür wird grundsätzlich bejaht – kann aber vor allem in der offenen und niedrigschwelligen Arbeit gewährleistet werden. Denn es bedeutet auch, dass sich alle Nutzer\*innen willkommen fühlen – unter Umständen auch ein Sack voll Flöhe getarnt als kleine Jungs, die mal eben das Spielzimmer auf den Kopf stellen, während ich diesen Artikel schreibe.



Foto: U. Kutter

## Alltagskompatible, niedrigschwellige Zugänge

Gemeinsam Raum aneignen und erfahren, gemeinsame Zeit im Alltag verbringen, sich austauschen, den Alltag gemeinsam bewältigen, sich zeigen und gehört werden, soziale Beziehungen aufbauen, in Interaktion treten, Konflikte aushandeln und Beziehungen stärken – das alles verstehe ich unter offener niedrigschwelliger Arbeit. Dabei geht es immer um ein unterschiedlich machtvolleres Beziehungsgewebe zwischen den Nutzer\*innen untereinander, zwischen Nutzer\*innen und Professionellen sowie um das Stadtteilgefüge und innerhalb des Teams von Professionellen. Sozialräumliche Arbeit funktioniert wiederum durch die Alltäglichkeit der Zugänge. Es geht um Frühstück, es geht um Fahrräder, es geht um Lohnarbeit und um Gesundheit.

Wie diese Alltäglichkeit mir ermöglicht Bedürfnisse von Nutzer\*innen zu erkennen und neue Angebote zu entwickeln und wie Angebote auch Zugänglichkeit und somit Abbau von Schwellen bieten, beschreibe ich anhand von drei Beispielen meiner Arbeit.

Frühstücken in der Sozialen Arbeit ist ein geläufiges Beispiel für einen offenen Zugang – das gängige Klischee über kaffeetrinkende Sozialarbeiter\*innen ist allseits bekannt. Das Frühstücksangebot für (werdende) Eltern mit Kleinkindern findet seit vielen Jahren im Projekt 38 statt.

Durch die Kooperation von verschiedenen Fachkräften können die Themen Gesundheit, Erziehung und Alltagsberatung abgedeckt werden. Die alltäglichen Gespräche über die Marmelade auf dem Frühstückstisch, die morgendliche Routine die Kinder in die Kita zu bringen oder das Austauschen von Tipps zu Kinderärzt\*innen bilden die Grundlage für dieses Angebot.

Es darf einfach nur gefrühstückt werden, es darf sich in und von der Gruppe Rat geholt werden, aber auch ein Einzelgespräch ist spontan und ohne Termin möglich. Durch die wöchentliche Regelmäßigkeit entsteht bei vielen Nutzer\*innen ein Vertrauen innerhalb der Gruppe und zu uns Professionellen, so dass sich aus der Alltäglichkeit des Angebots ein Eingehen auf Bedürfnisse und auch die Entwicklung neuer Angebote ergibt. Mit Themen, die immer wieder oder von verschiedenen Eltern angesprochen werden, wie z. B. der Umgang unter Geschwistern oder die Sorgen von Alleinerziehenden, können wir gemeinsam

Durch das Angebot Fahrradwerkstatt, das nicht in festen Räumen stattfindet, entstehen viele Kontakte und Gespräche.

Die Niedrigschwelligkeit der Angebote weiterhin reflektieren, sie nicht durch Routine und Bequemlichkeit vor Veränderungen verschließen.

weiterbearbeiten und gegebenenfalls auch neue Angebote schaffen. Im Gegensatz z.B. zur Fahrradwerkstatt entstehen hier in der Regel Kontakte für einen längeren Zeitraum. Außerdem bedarf es mehr Ansprache der Zielgruppe, denn die Türschwelle in die Räumlichkeiten muss erst einmal überschritten werden.

Aber was haben Fahrräder mit Sozialer Arbeit zu tun? Die Fahrradwerkstatt ist so konzipiert, dass sie wöchentlich nachmittags vor einer der vier beteiligten Einrichtungen stattfindet. Mit einem Banner und kleinem Werkstattwagen ausgestattet, zieht der Fahrradmonteur (ein Bewohner des Stadtteils) durch die Nachbarschaft, jeweils von einer\*em Sozialarbeiter\*in begleitet. Sowohl Kinder als auch Jugendliche und Erwachsene haben die Möglichkeit ihre Fahrräder kostenfrei reparieren zu lassen. Dieses Angebot wird von den Menschen sehr gut an- und in Anspruch genommen. Denn Fahrräder fördern nicht nur die Mobilität, die Unabhängigkeit und die Möglichkeit ohne Busticket die Quartiersgrenzen zu erkunden, sondern bringen auch den ganzen Körper in Bewegung. Durch die Sichtbarkeit des Angebots, dass nicht in festen Räumen stattfindet, entstehen während der zwei Stunden viele Kontakte und Gespräche auch unabhängig von der Fahrradreparatur. Nachbar\*innen bleiben stehen und kommen mit mir oder meinen Kolleg\*innen ins Gespräch. Da geht es zum Beispiel um die Sorge einer Mutter, dass ihr Sohn keinen Ausbildungsplatz findet oder die Frage, wann es mal wieder eine Tanzparty für Frauen\* gibt.

Die Nutzer\*innen haben außerdem die Möglichkeit ihre eigenen Fähigkeiten, ein Fahrrad zu reparieren, auszubauen. Für mich bieten diese alltäglichen Gespräche, wie sie sich aus der hier beschriebenen Fahrradwerkstatt als mobiles sozialräumliches Kooperationsprojekt ergeben, die Chance eines gegenseitigen Kennenlernens. Ohne die Barriere einer Türschwelle überschreiten zu müssen, können Bedürfnisse geäußert werden, ich kann Interessierte in meine Angebote oder die meiner Kolleg\*innen einladen und bin als Person im Stadtteil präsent. Wie schon oben beschrieben, ist die Niedrigschwelligkeit eines Angebots von der fachlichen Ausgestaltung abhängig. Indem ich mich als Fachkraft im Sozialraum der Nutzer\*innen zugewandt aufhalte, mache ich mich und mein fachliches Angebot zu einer weitergehenden Hilfe sichtbar und nahbar.

In den Sommermonaten Mai bis September findet das monatliche Angebot Offener Garten im Projekt 38 statt. Es handelt sich hier um einen Nachmittag für alle Kinder, Jugendliche und Familien des Stadtteils, gestaltet als Gemeinschaftsaktion von den Kolleg\*innen im Projekt 38. Mit verschiedenen Mitmachaktionen öffnen wir die Haus- und Gartentüren des Projekts. Ziel ist es, einen Ort für geselliges Beisammensein zu schaffen. Da auch dies im Raum Jugendhilfe stattfindet und diverse Pädagog\*innen anwesend sind, ist damit natürlich auch verbunden, die Angebote und ihre Mitarbeiter\*innen bekannt zu machen, den Bewohner\*innen des Stadtteils zuzuhören und ihre Geschichten und Bedürfnisse kennenzulernen.



Die Öffnung des Gartens bietet für meine Arbeit eine Möglichkeit, die unterschiedlichen Nutzer\*innen meiner Angebote zusammenzubringen, ihnen auch weiterführende Angebote vorstellen zu können und vor allem fernab von der Jobsuche oder der Elternrolle ins Gespräch zu kommen. Die niedrigschwellige Betretbarkeit unseres Gartens wirkt sich auch auf die Wahrnehmung und Inanspruchnahme der Angebote im Haus aus und wird von Monat zu Monat besser besucht – was im August zugegebenermaßen auch an dem Faktor Grillfest gelegen haben könnte ...

In allen drei Beispielen kommen die verschiedenen Aspekte von Offenheit und Niedrigschwelligkeit zum Tragen. Um den Bedürfnissen der Nutzer\*innen weiterhin gerecht zu werden, bleibt es meine Aufgabe die Niedrigschwelligkeit der Angebote weiterhin zu reflektieren und Angebote, die sich durch Routine und Bequemlichkeit vor Veränderungen verschließen, immer wieder zu öffnen.

### Henriette Neubert



hat ihren Master an der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie in Hamburg absolviert und arbeitet seit zwei Jahren für den Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. im Schnittstellenprojekt Schnelsen-Süd ([www.ki-faz-schnelsen.de](http://www.ki-faz-schnelsen.de)).

# Offene Kinder- und Jugendarbeit versus Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe. Kann und darf OKJA das?

Sozialräumliche Hilfen und Angebote in der Jenfelder Kaffeekanne

von Hans Berling

Nicht zuletzt nach den unsäglichen Kürzungen in den Rahmenzuweisungen, der Einführung von GBS und der Implementierung sozialräumlich orientierter Angebote (SAJF) steht die offene Arbeit unter einem enormen Legitimationsdruck. Sie geriet zwischen die Mühlsteine unterschiedlicher Finanzierungslogiken und drohte streckenweise zermahlen zu werden.



Nun aber, Totgeglaubte leben länger. Die Gründung der hamburgweiten Interessengemeinschaft der offenen Arbeit und die in Wandsbek angeschobene Selbstverständnisdiskussion der OKJA lassen hoffen. Zu dieser Selbstverständnisdiskussion gehört auch die Auseinandersetzung mit SAJF. Für manche Einrichtungen brachte die SAJF Einführung eine unfreiwillige Veränderung ihrer Arbeit; wurden doch eine Reihe von offenen Einrichtungen mit SAJF „zwangsbeglückt“ um eine Schließung zu vermeiden.

Kann aber nicht eine Verknüpfung von OKJA und SAJF eine Chance für die Ausgestaltung (nicht: Ersatz) der OKJA sein? Unsere, sicherlich einrichtungssubjektiv geprägte, Sichtweise bestätigt dies. Unser ganzheitliches Verständnis von Sozialer Arbeit ließ uns in der Jenfelder Kaffeekanne Projekte entwickeln, die über das originäre Angebot einer OKJA Einrichtung hinausgehen. Entscheidend war dabei für uns die Deckung von Bedarfslagen unserer Besucher und nicht neu angebotene Finanzierungsformen.

## Wer sind wir nun, und welche SAJF Projekte gibt es in unserer Einrichtung?

Die Jenfelder Kaffeekanne ist eine aus einem Nachbarschaftstreff hervorgegangene Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir sind ein gemeinnütziger Verein, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt und seit 1989 in Jenfeld tätig.

Wir bieten an:

- Schülerfrühstück vor Schulbeginn
- Mittagessen für nicht in der GBS betreute Kinder
- Offene Kinder- und Jugendarbeit mit all seinen Angebotsfacetten
- Mütterfrühstückstreff mit Kinderbetreuung, sowie
- die SAJF Projekte „Schulkinderprojekt“ und „Eltern aufsuchen und unterstützen“

Alle unsere miteinander verzahnten Angebotsbereiche ergänzen und verstärken sich gegenseitig und bilden für unsere Besucher und die Ratsuchenden ein positiv besetztes Gesamtbild. Für unsere SAJF Projekte bedeutet es eine Einbindung in ein offenes Haus, das seit Generationen zu einem Teil der Lebenswelt der Menschen im Stadtteil geworden ist – die Kaffeekanne ist ein Ort, der gerne besucht wird und in dem viele Besucher groß geworden sind.

## SAJF Projekt Schulkinderprojekt

Zielgruppe des Projektes sind Kinder im Grundschulalter und ihre Familien aus Jenfeld. Der Anteil an Kindern aus problembelasteten Familien war und ist unter unserer Besucherschaft deutlich signifikant. Dissoziales Verhalten, motorische Unruhe bis hin zur Hyperaktivität und Kindern mit ADHS Syndrom oder Verhaltensstörungen machen ein intensiveres Eingehen auf diese Kinder und die Entwicklung

Für manche Einrichtung brachte die SAJF Einführung eine unfreiwillige Veränderung ihrer Arbeit.

individueller pädagogischer Unterstützungs- und Hilfsangebote notwendig, als dies im Rahmen unserer offenen Angebote oder Interessengruppen geleistet werden kann.

Das Konzept haben wir im Jahr 2001 gemeinsam mit dem HzE Träger Hamburger Kinder und Jugendhilfe e.V. und dem ASD Jenfeld entwickelt. Das Zusammengehen eines OKJA Trägers mit einem HzE Träger war damals, zumindest in Wandsbek, ein Novum. Finanziert wurde das Projekt ab 2003 ursprünglich aus den Rahmenezuweisungsmitteln Weiterentwicklung der Jugendhilfe, welche dann in SAE umgewandelt wurden und, mit den Kürzungen der OKJA, wurde das Projekt dann vom Bezirk Wandsbek in die Zweckzuweisung SAJF umgesteuert. Das Projekt ist mit zwei vollen Sozialpädagogen-Stellen ausgestattet und wird von uns gemeinsam mit dem Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V. durchgeführt, wobei wir als geschäftsführender Träger firmieren.

Selbstverständlich steht mit dem Projekt die Ressourcenorientierung im Vordergrund.

Selbstverständlich steht mit dem Projekt die Ressourcenorientierung im Vordergrund. Bei den Gesprächen mit den Kindern, die regelhaft vor einer Aufnahme stattfinden, gilt es herauszufinden, wo das Kind seine Stärken sieht und welche Wünsche und Ideen es für sich selber hat. Der OKJA Geist der selbstbestimmen und -verantworteten Gestaltung schlägt sich so selbstverständlich auch in diesem Projekt nieder. Kommt das Kind nach dem Aufnahmegespräch zu dem Schluss, dass es nicht in die Gruppe möchte, kommt es auch nicht zu einer Aufnahme. Gegen den Willen des Kindes wird grundsätzlich nichts entschieden.

Wir haben allerdings die Erfahrung gemacht, dass es für Kinder durchaus attraktiv ist, Teilnehmer der Gruppe zu sein. Die „Schukigruppe“, wie sie bei uns im Haus heißt, genießt bei den Kindern ein großes Ansehen, an der Gruppe teilnehmen zu dürfen, ist fast so etwas wie ein Privileg. Das Projekt steht nicht als Solitär, sondern ist eng in unsere offenen Kinderangebote eingebunden. Die Kinder der Schulkindergruppe nutzen auch den offenen Kinderbereich, essen gemeinsam mit den anderen Kindern zu Mittag, es finden gemeinsame Ferienprogramme und Reisen statt. Die betreuenden Pädagogen sind punktuell auch im offenen Bereich tätig.

Mit dem Schulkinderprojekt gelang uns der Einstieg als OKJA Träger in die intensive, verbindliche Einzelunterstützung. Im Vordergrund des Projektes steht die Stärkung und Verbesserung der sozialen, emotionalen und psychosozialen Lebenssituation des Kindes und seiner Familie. Dies geschieht im Rahmen von Sozialer Gruppenarbeit, der Einzelbetreuung der Kinder, einer intensiven Elternberatung sowie Kinder- und Eltern-Kind-Reisen. Die Teilnahme der Kinder und ihrer Eltern ist grundsätzlich frei-

willig. Im Rahmen des Case Managements arbeiten wir mit allen, das Kind und die Familie betreffenden, Akteuren zusammen, so auch sehr intensiv mit den drei Grundschulen im Stadtteil. Bei der Zusammenarbeit mit den Schulen geht es uns ausschließlich darum, für das Kind Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Verbesserung seiner psychosozialen Situation ermöglichen. Schulische Lernerfolge und schulische Leistungen stehen dabei für uns nicht im Vordergrund, sind aber natürlich ein Teilaspekt des pädagogischen Settings.

Die Zugänge in das Projekt finden über unsere offenen Angebote sowie aus der Zusammenarbeit mit dem ASD, den Schulen und anderen Institutionen statt. Im Durchschnitt beträgt die Teilnahmedauer der Kinder am Projekt 1,5 Jahre. Die Ziele des sozialpädagogischen Handelns werden von uns mit allen Beteiligten, vor allem mit den Kindern und ihren Eltern festgelegt.

### SAJF Projekt Eltern aufsuchen und unterstützen

Die Zielgruppe sind Eltern aus Jenfeld mit Kindern vorrangig bis ins Grundschulalter, die nicht von bestehenden Beratungsangeboten erreicht, bzw. angesprochen werden. Das Konzept „Eltern aufsuchen und unterstützen“ entwickelten wir 2006 aus der Einsicht heraus, dass unsere pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, insbesondere für die aus Risikofamilien, nicht ausreicht, wenn nicht auch die Eltern erreicht und eingebunden werden. Die Fortschreibung des Konzeptes, sowie die Projektdurchführung liegen, im Gegensatz zum Schulkinderprojekt, in unserer alleinigen Verantwortung. Ab 2010 gelang uns, neben Spendengeldern, die Finanzierung aus Mitteln von SAE-Ausbau mit 1,5 Stellen, während der Implementierungsphase des Projektes trat dann SAJF auf den Plan. Das Projekt ist heute mit zwei vollen Sozialpädagogen-Stellen ausgestattet.

Das Elternprojekt stärkt mit einem niedrigschwelligen und ressourcenorientierten Ansatz die Erziehungskompetenz der Eltern. Diese Unterstützung umfasst dabei alle Berei-



Foto: K. Gärtner

che des Lebens: Beratung in Erziehungsfragen, Sozialberatung, Hilfe bei der Wohnungssuche, psychosoziale Unterstützung, Gesundheitsvorsorge für Babys und Kinder, etc. etc. Ein wöchentlicher, offener Frühstückstreff und Ferienausflüge (zum Teil zusammen mit unserem offenen Kinderbereich) runden das Projekt ab. Die Freiwilligkeit und die Partizipation der Ratsuchenden ist bei der Ausgestaltung des Unterstützungsprozesses der leitende Grundsatz des Projektes. Die Klienten bleiben immer „Herr des Verfahrens“ und der gesamte Unterstützungsprozess ist transparent gestaltet.

Im Gegensatz zu bestehenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen mit einer Kommstruktur verfolgen wir mit dem Ansatz der aufsuchenden Sozialarbeit eine zielgruppengerechtere Ansprache.

Im Umfang von gut einem Drittel ihrer Arbeitszeit sind unsere Mitarbeiterinnen im Rahmen von Streetwork im Stadtteil, im Jenfelder Einkaufszentrum und auf Spielplätzen un-

Das Credo der Offenen Arbeit: Jeder kann kommen und wieder gehen.

terwegs, nehmen dort Kontakt zu Eltern auf oder intensivieren eben dort die bestehenden Kontakte. Die Beratung findet ebenfalls nicht nur bei uns in der Kaffeekanne oder in den Wohnungen der Ratsuchenden statt, sondern kann durchaus auch im Einkaufszentrum oder auf einem Spielplatz stattfinden. Hierzu gehört auch eine verlässliche Beratungszeit von einmal wöchentlich, die in einem Café im Einkaufszentrum angeboten wird.

Die Zugänge in das Projekt finden über das Streetwork, Selbstmelder, dem ASD und anderen Beratungseinrichtungen aus dem Stadtteil statt und basieren grundsätzlich auf Freiwilligkeit. Für beide zuvor skizzierte Projekte gilt, dass wir bei einer Vermittlung in die Projekte durch andere Institutionen nicht in einer Auftragnehmerrolle fungieren. Auch die Vermittlung des ASDs hat für uns, besonders aber auch für die Klienten, einen empfehlenden Charakter. Gleiches gilt auch für die Ausgestaltung der Hilfe- und Unterstützungsprozesse.

### OKJA versus SAJF und umgekehrt

Die Fragen, die nun immer wieder im Raum stehen, sind die, ob sich die Ansätze der OKJA und die im Rahmen von individueller Hilfe notwendige Verbindlichkeit nicht gegenseitig ausschließen und ob die OKJA Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe „darf“. Um die Antworten vorweg zu nehmen: Nein, sie schließen sich nicht aus und ja, sie darf.



Foto: Jenfelder Kaffeekanne

Die OKJA Prinzipien der Partizipation, Freiwilligkeit, Lebenswelt- und Sozialraumorientierung sowie der Offenheit sind doch nicht nur als ein Instrument in der Ausgestaltung der offenen Arbeit zu verstehen, sondern als ein handlungsleitendes Menschenbild im Rahmen der Sozialen Arbeit. Nimmt die OKJA also ihre Prinzipien ernst und sieht SAJF als Synonym für eine besucherzentrierte Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeit, darf die OKJA angebotserweiternd selbstverständlich SAJF. Auch stehen, nun aus SAJF-Sicht, die Prinzipien der Offenheit und Freiwilligkeit nicht im Widerspruch zu einer, insbesondere in Hilfeprozessen, notwendigen Verbindlichkeit.

Das Credo der offenen Arbeit „Jeder kann kommen und wieder gehen, ohne Anmeldung, ohne Leistungsdruck“ bedeutet nicht Unverbindlichkeit sondern Niedrigschwelligkeit. Die mit den SAJF Projekten einhergehende notwendige Verbindlichkeit im Rahmen von Hilfeprozessen ist für die OKJA nicht wirklich neu. In der OKJA geht es dabei aber nicht um „Zwangsbeglückung“, sondern um partizipativ gestaltete Angebote. Die Kompetenz der OKJA ist, ihre Angebote nicht durch ein „mitmachen müssen“, sondern durch ein „mitmachen wollen“ auszugestalten. Diese Haltung kennzeichnet so auch die Hilfe- und Unterstützungsangebote im Rahmen von SAJF. Die dort notwendige Verbindlichkeit wird auch hier durch ein „Wollen“ und nicht durch ein „Müssen“ erreicht.

Die in den SAJF Rahmenbedingungen vorgesehene und beschworene Sozialraumorientierung bedeutet für die OKJA kein Paradigmenwechsel. Sozialraumorientierung ist für die OKJA seit jeher Prinzip und gelebte Praxis. Unsere Einrichtung mit ihrem niedrigschwelligen, partizipatorischen und sozialraumorientierten Konzept ist fest im Quartier verortet und hat über Besuchergenerationen hinweg einen vertrauensvollen Platz in der Lebenswelt der Quartiersbewohner erlangt. Unser „Offen sein“ für vom Mainstream abweichende Lebensentwürfe, das akzeptierende, lebenswelt- und ressourcenorientierte Verständnis von Sozialarbeit, das „Raum geben“ für eigene Ideen und Vorstellungen führt dazu, dass unsere Angebote von den Menschen im Quartier angenommen werden.

## Für uns und unsere Besucher stellen nun die SAJF Projekte eine Bereicherung dar

Schon immer waren wir aus der offenen Arbeit heraus bestrebt, Kinder und Familien intensiver zu beraten bzw. eine intensivere Unterstützung anzuschließen. Bei uns erfahren sie Unterstützung und Hilfestellung bei Problemlagen, denn zusätzlich zu den freizeitpädagogischen- und jugendkulturellen OKJA Angeboten nimmt bei uns die sozialpädagogische Beratung unserer jungen Besucher und deren Familien, auch außerhalb von SAJF, einen großen Stellenwert ein. Eine intensivere Hilfe und Unterstützung gelang in der Vergangenheit in der Regel jedoch nur über den ASD, einer



HZE Beantragung und einem HZE Träger, der mit der Durchführung der Hilfe betraut wurde. Hier kam es nicht selten zu „Übergangsverlusten“, da, insbesondere auch aufgrund unserer geringen Ressourcen, Übergänge in das Hilfesystem von uns zwar angestoßen, aber nicht begleitet werden konnten. Mit SAJF haben wir nun die Chance, unseren Besuchern entsprechende Hilfen aus einer Hand anbieten zu können. Für die Klienten bedeutet dies die Möglichkeit, Hilfe in Anspruch zu nehmen, ohne Anträge stellen zu müssen und diese, dies ist das Wesentliche, in vertrauter Umgebung und von vertrauten Personen zu bekommen. Das bestehende Vertrauensverhältnis zwischen uns und den Besuchern ist dabei die Basis.

Mit unseren offenen Strukturen und Zugängen erreichen wir insbesondere die, die andere Vorstellungen von Terminwahrnehmung, bzw. Termineinhaltung haben als getaktete Beratungssettings es vorsehen und damit oftmals durch das Raster von Beratungsstellen fallen. Die Hilfe- und Unterstützungsprozesse werden von uns bedarfsgerecht und gemeinsam mit den Klienten flexibel gestaltet und ggf. erweitert. Dies geschieht ohne Anträge oder Hilfeplangespräche, wie es bei HZE Maßnahmen der Fall ist. Sollte sich z.B. im Hilfeprozess eine Erweiterung des Hilfeplanes ergeben, die für uns mit einer Erhöhung der Arbeitsintensität einhergeht, ist dies problemlos möglich, ohne dass eine Erhöhung von Fachleistungsstunden mit dem ASD nachverhandelt werden

muss. Gerade Letzteres ist nicht nur Ausfluss der SAJF Programmatik: die Flexibilität und der situative Handlungsansatz sind vielmehr eine unsere Kernkompetenzen als offene Einrichtung und prägen so auch die Qualität der Hilfen und Unterstützungen in unseren SAJF Projekten.

Die Lebensweltorientierung und unser Bestreben, mit unserer Einrichtung und unseren Angeboten ein Teil der Lebenswelt unserer Besucher zu sein, beeinflusst unsere Gestaltung von Hilfeprozessen. Die OKJA setzt in ihrer Arbeit auf Beziehungskontinuität und nicht auf eine Fallfokussierung. So können Beratungs- und Unterstützungssettings auch längerfristig angelegt sein. Die zumeist Multiproblemlagen unserer Klienten schließen eine eindimensionale Problemfokussierung oder gar ein Setting unter den Gesichtspunkten von Prozessoptimierungen, respektive Kostenfokussierung, grundsätzlich aus. In den Fällen, in denen sich während unserer Arbeit mit den Familien in Bezug auf den § 8a Handlungszwänge ergeben, ermöglicht unser Vertrauensverhältnis zu den Familien ein unmittelbares Einwirken auf die familiäre Situation. In der Regel reichen unsere Hilfsangebote zur Sicherung des Kindeswohls aus. Andernfalls bietet unser Vertrauensverhältnis zu den Klienten die Möglichkeit, zwischen den Familien und dem ASD Brücken zu bauen. Ein vorurteilsfreies Annehmen der dortigen Hilfen wird so eher ermöglicht.

Der Wahrung und Sicherung des Kindeswohls gilt von jeher unser besonderes Augenmerk. Dabei ist unser Verständnis des Schutzauftrages, grundsätzlich dafür Sorge zu tragen, dass Kinder in unserem Quartier chancengleich und gedeihlich aufwachsen können und durch unsere Angebote ihnen und ihren Familien die dafür notwendigen Hilfen anzubieten. Unser Eingebundensein in die Lebenswelt des Stadtteils ist auch als ein Seismograph in Hinblick auf mögliche Kindeswohlgefährdungen zusehen: Wir registrieren sehr früh Problemkonstellationen in den Familien und können daher, risikovermindernd und präventiv, eine entsprechende Beratung und Unterstützung anbieten.

Unsere Erfahrung mit den SAJF Projekten in unserer Einrichtung zeigt, das Rat- oder Hilfesuchende sich nicht an Finanzierungslogiken und damit „Zuständigkeiten“ orientieren, sondern sich an Menschen wenden, denen sie vertrauen und die niedrigschwellig erreichbar sind. Wer sie finanziert bzw. aus welchem Topf sie finanziert werden, ist den Ratsuchenden, flapsig gesagt, relativ wurscht.

Aber: bei aller Sinnhaftigkeit des Zusammengehens von offener Arbeit und SAJF muss die OKJA selbstverständlich als eigenständiges Arbeitsfeld erhalten bleiben. Für die OKJA kann, muss aber nicht, SAJF eine Möglichkeit bieten,

In der OKJA geht es nicht um „Zwangsbeglückung“, sondern um partizipativ gestaltete Angebote.

ihr Angebotsspektrum besucherzentriert und somit bedarfsgerecht zu erweitern. Die offene Kinder- und Jugendarbeit kann nicht durch SAJF ersetzt werden, sondern vielmehr braucht SAJF die OKJA als Basis für sozialraumorientierte Projekte. Neben den inhaltlichen Positionsbestimmungen stellt sich die Frage nach den Strukturen und Ressourcen, die eine Aufgabenerweiterung der OKJA in Hinblick auf SAJF Projekte erfordern:

## Strukturen und Ressourcen OKJA und SAJF

Unser Selbstverständnis der OKJA gegenüber dem bezirklichen Fachamt ist auf der inhaltlichen Ebene stark durch ein partnerschaftliches Verhältnis geprägt. Der, in anderen Zusammenhängen allzu sehr verbrauchte, Begriff der Augenhöhe kommt hier durchaus zum Tragen. Ohne die Steuerungsverantwortung der öffentlichen Jugendhilfe in



Abrede zu stellen, sehen wir uns, genau wie im Bereich OKJA, auch bei SAJF als Partner und nicht als Auftragnehmer eben dieser. Bei der Implementierung des Eltern- und des Schulkinderprojektes in die SAJF Rahmenbedingung galt es, in kontrovers, aber durchaus auch konstruktiv, geführten Diskussionen mit dem ASD unsere Rolle und unser Selbstverständnis als OKJA Träger zu verdeutlichen und zu erhalten. In den Kooperationsvereinbarungen mit dem ASD haben wir für unsere SAJF Projekte insbesondere die Prinzipien der Freiwilligkeit, Partizipation, Offenheit und Niedrigschwelligkeit als grundsätzliches Merkmal festgelegt.

Will man aber nun, gemäß der SAJF Programmatik, Orte mit verlässlicher Begegnung und niedrigschwelligem Zugängen als Basis für SAJF Projekte, müssen diese Orte in ihrer Gesamtheit verlässlich ausfinanziert sein und als eigenständige Arbeits- bzw. Angebotsfelder bestehen. Es darf nicht sein, dass die OKJA auf der einen Seite als wichtiger Part bei den SAJF Projekten von der Fachbehörde hervorgehoben wird, sie aber andererseits Kürzungen hinnehmen muss.

Das Problem der Unterfinanzierung weitet sich, so ist zu befürchten, mittlerweile auch auf die SAJF Projekte aus.

Es darf nicht sein, dass die OKJA Einrichtungen Jahr für Jahr um ihre Existenz bangen müssen und sie sich gleichzeitig in sozialräumlichen SAJF Netzwerken engagieren sollen.

Es braucht bei den in der Regel kleinen Trägern der OKJA Einrichtungen Ressourcen für einen Overhead, der entsprechende Konzepte entwickeln und die notwendige Netzwerkarbeit leisten kann.

Das Problem der Unterfinanzierung der OKJA weitet sich, so ist zu befürchten, mittlerweile auch auf die SAJF Projekte aus. Die letztendliche Deckelung der (Projekt-)Haushalte führt, insbesondere durch die gestiegenen und nicht ausreichend aufgefangenen Personalkosten, zu einer Absenkung der Sach- und Honorarmittel in den jeweiligen Projektzuwendungen und schränkt so den Handlungsspielraum der Projekte zunehmend ein. Genauso gehören die sich ergebenden zusätzlichen Bedarfe eines Projektes regelhaft in den Haushalt gestellt und nicht, wie derzeit, aus Restmitteln und einem damit verbundenen Finanzierungsvorbehalt, bewilligt.

Es braucht für die Projekte im Rahmen der Bedarfssteuerung offene Gestaltungsmöglichkeiten und nicht „tagesaktuelle“ Zielgruppenveränderungen, die lediglich die Spitze und nicht die breite Masse von Problemkonstellationen abdecken. Fraglich ist, ob nicht auch auf der Metaebene „SAJF Steuerung“ der partizipatorische und emanzipatorische Geist der OKJA die Umsetzung der SAJF Steuerung stärker durchdringen sollte. Auch verhindert die Struktur der Zweckzuweisung bei SAJF letztendlich eine stärkere „legislative“ Beteiligung der bezirklichen Gremien, insbesondere die der Jugendhilfeausschüsse.

Ob SAJF nun mit der fachbehördlichen Steuerungsintensität und dem damit für die Träger verbundenen administrativen Aufwand durchgeführt werden muss, die Antwort auf diese Frage sei mal dahin gestellt ...



Hans Berling

ist Diplom-Sozialpädagoge/  
Diplom-Sozialarbeiter und  
Geschäftsführer der Jenfelder  
Kaffeekanne.

# „Offen“ in Zeiten von SHA

## Perspektiven von Fachkräften der OKJA auf die SHA – ein Forschungsbericht

von Moritz Fritzsche

Dieser Artikel widmet sich den Herausforderungen, vor die sich Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in Hamburg durch die Einführung der Sozialräumlichen Hilfen (SHA) und Angebote gestellt sehen. Präsentiert werden Ergebnisse einer qualitativen Forschung, welche im Rahmen einer Masterthesis dieses Jahr an der Evangelischen Hochschule Hamburg eingereicht wird, erhoben wurden. Der Artikel wird sich fokussieren auf relevante Aspekte für die Darstellung der Resultate dieser Forschung. Die hier präsentierten Ergebnisse sind Zusammenfassungen, weswegen auf eine ausführliche Darstellung des empirischen Materials verzichtet wird. Bei Interesse stellt der Autor gerne die ausführliche Analyse zur Verfügung, sobald diese in Gänze fertig gestellt ist.



Riez, 2011). Sie sehen in ihnen eine Möglichkeit der Modernisierung und Erweiterung der Kinder- und Jugendhilfe durch den Einbezug des Sozialraums als eigenständige Hilfeform. So könne – dank der Diversifizierung der Hilfeformen – adäquater Hilfe geleistet werden.

Aus wissenschaftlicher Perspektive werden an den SHA verschiedene Fragen moderner Sozialstaatlichkeit diskutiert. Insbesondere in Bezug auf die Hilfen zur Erziehung (HzE) wird kritisch die These diskutiert, dass durch die SHA eine neue Form der Kostenersparnis durch das Ersetzen alter Hilfeformen durch neue in die Welt gekommen sei (Hammer, 2016; Hinte, 2014; Weber, 2012). Hier werden die SHA gedeutet als

Teil der Ökonomisierung des Sozialstaates. Die These bettet sich somit ein in den Diskurs im Anschluss an die Einführung der Neuen Steuerungsmodelle. Außerdem widmen sich die Autor\_innen der kritischen Perspektive auf die SHA der Frage nach dem sozialpädagogischen Gehalt von SHA in Bezug auf HzE (Düssler, Hagen, & Weber, 2016; Weber, 2012). Die SHA werden hier analysiert im Hinblick auf die in ihnen umgesetzten sozialpädagogischen Konzepte. Hier wird hervorgehoben, dass die in der Globalrichtlinie der Stadt festgelegten Grundsätze der SHA in vielen Punkten den theoretischen Prämissen und praktischen Prinzipien der herkömmlichen, bewährten HzE widersprechen. (1)

Durch die 2016 geleakte Arbeitsfassung einer Reform des Kinder- und Jugendhilferechts (SGB VIII) bekamen die SHA darüber hinaus bundesweite Bedeutung, da sie als praktisches Beispiel für die in der SGB-VIII-Reform angestrebten Veränderungen stehen (Gerlach & Hinrichs, 2016). Die SHA stehen somit im Fokus der Fachöffentlichkeit in Deutschland. Sie sind als ein neuer Versuch der Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg und als mögliches Beispiel für Jugendhilfe in Deutschland nach einer SGB-VIII-Reform von Interesse für die Kolleg\_innen in der Praxis wie in der Wissenschaft.

### Die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote im Fachdiskurs

Mit der Einführung der Sozialräumlichen Hilfen und Angebote in Hamburg soll nicht weniger als die „Schaffung einer sozialräumlich ausgerichteten Jugendhilfelandchaft, die das bestehende Hilfespektrum offensiv erweitert“ (BASFI, 2012, S. 1) umgesetzt werden. Nach mittlerweile acht Jahren SHA in Hamburg stellt sich die fachliche Debatte über sie als eine Kontroverse dar.

Die zuständige Behörde bilanziert die Einführung der SHA als positiv (BASFI, 2016) und auch weitere Beiträge der Fachöffentlichkeit beziehen sich positiv bis konstruktiv-kritisch auf die SHA (exemplarisch: Essberger, 2016; Exner, 2011;

Bewährte Strukturprinzipien der Offenen Arbeit werden für einen anderen Zweck genutzt: nämlich der Hilfe zur Erziehung.

## SHA und OKJA

Bisher entbehrt jedoch die Fachdebatte wissenschaftlich fundierter Forschungen und Analysen zum Verhältnis von Offener Kinder- und Jugendarbeit und SHA. Insbesondere unabhängige Arbeiten gibt es zu diesem Arbeitsfeld nicht. Die OKJA selbst ist immer schon ein sozialräumliches Angebot gewesen. Sie hat ihre Wurzeln in einer explizit politisch ausgerichteten Gemeinwesenarbeit und versteht sich, wie sonst kaum ein sozialpädagogisches Arbeitsfeld, als radikal parteilich, sozialraumorientiert und demokratisch. Die Kürzungen der Vergangenheit, wie die Ausweitung des Schultages, haben in Hamburg die OKJA bereits vor existenzielle Fragen in Bezug auf ihre besondere Fachlichkeit gestellt (Scherr & Sturzenhecker, 2014).

In der Studie zu den SHA von Düssler et al. (2016) werden gerade die Strukturmerkmale von SHA positiv hervorgehoben, welche originär der OKJA zugehörig sind.

Die Autor\_innen nennen hier Niedrigschwelligkeit, Partizipation und Freiwilligkeit als entscheidende Qualität der SHA (Düssler et al, 2016, S. 406 f.). Das wirft die Frage auf, inwiefern dann die SHA überhaupt eine nötige Hilfe sind.

Im Anschluss an Weber (2012, S. 200) lässt sich festhalten, dass es eben um eine andere Form der Organisierung der HzE geht, zum Zweck der Kostenersparnis. So werden bewährte Strukturprinzipien der Offenen Arbeit, die auch für andere Soziale Arbeit im Sozialraum wie Gemeinwesenarbeit, ihre Bedeutung haben, für einen anderen Zweck als den der gelebten Demokratie der Offenen Arbeit genutzt, nämlich der Hilfe zur Erziehung: „Auch wenn Kitas und Offene Kinder- und Jugendarbeit aufgrund der sozialpädagogischen Grundqualifikationen eine größere Nähe zum System der Erziehungshilfen haben, so unterliegen sie doch tendenziell ebenfalls anderen Zwecksetzungen und Systemlogiken und weisen differente Professionalitäten und Konzepte auf“ (Weber, 2012, S. 207). Weber weist so auf die inhaltliche Differenz von OKJA und HzE hin, welche ein prinzipielles Spannungsfeld eröffnet.

Hier drängt sich die engere Forschungsfrage auf. Scherr und Sturzenhecker konstatieren in Bezug auf die Einführung des Ganztages und der Kooperation der OKJA mit Schule, dass die Strukturprinzipien der OKJA durch die Fachkräfte selbst abgeschafft werden. So ließen Fachkräfte dies zu, indem sie die Verteidigung bewährter Strukturprinzipien selbst abwehrten. Dies sortieren Scherr und Sturzenhecker in vier spezifi-

Die SHA werden formal als Notwendigkeit und darin als gutes Mittel strukturelle Mängel auszugleichen, verstanden.

sche Abwehrhaltungen (Festlegung auf bestimmte Angebotsformate, Kooperation mit auf Pflicht basierenden Institutionen, paternalistische Orientierung an Normen sowie Aneignung des Sozialraums durch bereits festgelegte Kooperationen, vgl. Scherr & Sturzenhecker, 2014, S. 370 ff.). Gemeinsam sei diesen Haltungen, dass sie von einer nicht gefestigten Professionalität von OKJA-Fachkräften zeugen, die die Attraktivität jener neuen Hilfeformen und -kooperationen für die Fachkräfte ausmache. In den vier Haltungen wird an verschiedenen Aspekten deutlich, wie diese unklare Professionalität zur Revision der eigenen Ansprüche an die Arbeit führt.



Während die klassischen HzE mit dem Problem konfrontiert sind, seitens der Sozialpolitik zusammengespart zu werden, jedoch gleichzeitig eine durchaus positive Bilanz der SHA ziehen können und die Kolleg\_innen in SHA-Projekten damit zu tun haben diese neue Hilfeform zu schaffen, stellt sich die Einführung der SHA für die OKJA etwas anders dar. Sie wird eingemeindet in ein Projekt, dessen Zwecksetzung nicht die ihre ist. Dabei wird die OKJA überführt in eine neue Hilfeform zwischen HzE und (alter) OKJA. Dies gilt für die Einrichtungen der OKJA, die SHA leisten.

## Gegenstand der Forschung

So widmet sich diese Forschungsarbeit empirisch der Frage, wie sich eigentlich Fachkräfte der OKJA auf die Einführung der SHA beziehen, vor dem Hintergrund der von Scherr und Sturzenhecker genannten Selbstabschaffung. Die Forschung zielt somit auf die aus der professionellen Reflexion der Fachkräfte herrührenden Konsequenzen für ihre Deutung der jüngsten Reformen. Hier bilden zunächst vier Felder die grundlegenden Analysekategorien, in Anlehnung an Scherrs und Sturzenheckers Kategorisierung von Abwehrhaltungen seitens der OKJA-Mitarbeiter\_innen:

- Angebotsformate,
- Kooperationen im Sozialraum,
- Politik im Sozialraum,
- und die normative Begründung der Professionalität.

Einmischung in den politischen Diskurs des Sozialraums wird aus der Perspektive einer Offenen Arbeit als nötig erachtet.

Anhand der Auswertung des Materials haben sich zudem die Felder

- Arbeitsbedingungen, in welchen die Fachkräfte nun handeln müssen
- und die Beziehungsgestaltung zwischen Fachkräften und Adressat\_innen

als wichtige Momente der Wahrnehmung des (neuen) Arbeitsalltages ergeben.

Zu erforschen ist, wie sich die Fachkräfte auf diese nunmehr sechs Felder beziehen, wie sie sie eigentlich erleben und deuten, welche Auswirkungen die Einführung der SHA auf diese Aspekte ihrer Praxis haben. Daran wird sich auch zeigen, was für Haltungen die Fachkräfte zur SHA-Reform grundsätzlich einnehmen. Das empirische Material wurde im Rahmen von Expert\_inneninterviews erhoben.

Hierfür wurden vier Fachkräfte aus drei Einrichtungen der OKJA in Hamburg befragt. Bei den Einrichtungen handelt es sich um ein Haus der Jugend sowie zwei Abenteuerspielplätze. Die Auswertung erfolgte nach den Prinzipien der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015). Im Folgenden werden wesentliche Ergebnisse in den sechs entwickelten Kategorien skizziert.



Foto: ASP Am Brunnenhof

## Angebotsformate

Grundsätzlich befürworten alle Interviews die Angebote der Offenen Arbeit. Diese wird aus dem Bedarf begründet, den die Adressat\_innen aufgrund ihrer Lebenswelt und Lebenslage äußern. Im Nachdenken über diese Arbeit zeigen sich jedoch Differenzierungen hinsichtlich des Charakters „Offen“ sowie Überlegungen und Praxen bezüglich einer Reform der Offenen Arbeit. Zu unterscheiden ist hier zwischen der formalen und der konzeptionellen Ebene.

Formal zeigt sich die Offene Arbeit als wichtiger Pfeiler für die Fachkräfte. Sie wird geschätzt wegen ihrer Vielfalt und Fehlertoleranz, wegen ihrer Unabhängigkeit und Parteilichkeit. Gleichzeitig wird genau hieran Kritik geäußert. Die Offene Arbeit sei zu flexibel, wodurch es keine klaren Angebote gebe. Die Offene Arbeit sei in ihrer formalen Autonomie nicht kompromissbereit genug, nötige gesellschaftliche Veränderung mitzutragen.

Konzeptionell zeigt sich, dass die Fachkräfte die Offene Arbeit wegen ihrer klaren Positionierung als Raum für die Adressat\_innen schätzen. Sie wollen mit und für die Adressat\_innen ihre Einrichtungen ausgestalten. Dabei jedoch beschreiben sie verschiedene Mängel. Einer bestehe darin, dass die formale Unverbindlichkeit der Angebote ihre konzeptionelle Entsprechung in einer Bespaßung der Adressat\_innen habe, bei der es nicht wichtig sei, was genau passiert. Außerdem wird beschrieben, dass die Offene Arbeit ständig den Bedarf nach einer intensiveren Hilfe offenbare, der dann nicht mehr von der OKJA geleistet werden könne. Dies wird beschrieben als etwas, was man auch in der OKJA leisten können müsse, wenn bedarfsgerecht gearbeitet werden soll.

Die SHA werden, zusammenfassend, formal als Notwendigkeit und darin als gutes Mittel strukturelle Mängel auszugleichen, verstanden. Konzeptionell werden die SHA als wichtige inhaltliche Ergänzung der Arbeit verstanden, um die Offene Arbeit um ein Angebot zu erweitern, was sie bisher nicht geleistet hat bzw. nicht leisten konnte.

Interviewee A: „Und ähm wir haben schon, ich weiß nicht, vor SHA überhaupt irgendwie geboren wurde, haben wir schon gesagt, dass es an bestimmten Punkten wichtig ist //klopft dabei auf den Tisch// so arbeiten zu können [...] Das bedarf schon eines Plans und und auch einer Zielsetzung.“ (Interview I, Z. 191 ff.)

Vorher schildert A jedoch Schwierigkeiten verbindlicher Hilfen für den offenen Charakter der Einrichtung: „und plötzlich ist das so ein Ungleichgewicht. So. Und sie fühlen sich mir oder der Einrichtung gegenüber verpflichtet. So. Und dann, dann wirds halt schwierig.“ (ebd., Z. 95 ff.)

Interessant ist hier, dass sich ein Muster zeigt, was ebenfalls in anderen Interviews zum Tragen kommt. Die Fachkräfte reflektieren sehr wohl über Nachteile für ihr Angebot, begreifen jedoch aufgrund der von ihnen ausgemachten Mängel der Offenen Arbeit die SHA als Erweiterung statt als Veränderung der Arbeit. So argumentieren sie für die SHA als ein gutes und richtiges Angebot.

Eine verpflichtendere Beziehungsgrundlage funktioniert nur auf Grundlage einer grundsätzlich guten Bindung der Adressat\_innen an die Einrichtung.

## Kooperationen im Sozialraum

In Sachen Kooperation mit anderen Institutionen zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Eine klare grundsätzliche Opposition gegenüber auf Pflicht basierenden Institutionen, welche als Gegenpol Offener Einrichtungen verstanden werden können, ist nicht zu erkennen. Jedoch sind die Ambivalenzen in dieser Frage vielfältig. Eine grundsätzliche Infragestellung geltender gesellschaftlicher Machtstrukturen, von denen solche Institutionen (hier vor allem Schule und Jugendamt) zeugen, wird nicht geäußert. Die Interviewees opponieren an einzelnen Punkten, in denen sie ihre Arbeit fachlich oder formal eingeschränkt sehen, jedoch hauptsächlich mit einer kompromissbereiten Haltung. Diese zeugt von der existierenden Machtverteilung und ihrer Anerkennung.

Interviewee C: *„Also wir sind in dem Rahmen sind wir gekürzt worden und zwar nicht zu knapp und mit dem Argument, dass ja weniger Arbeit auf uns zu kommt und so so ganz stimmig war der Gedanke dann aber nicht“* (Interview III, Z. 82 ff.). Hier wird deutlich, dass manche Kooperationspartner\_innen Entscheider\_innen sind und ihre Argumentation vor allem der Legitimation ihrer Interessen dient und weniger sachlich stimmig ausgerichtet ist. C weiß um diesen Zusammenhang und versucht in diesem Rahmen für seine Einrichtung gut zu verhandeln und zu kooperieren: *„aber das birgt ja auch Chancen. Also letztendlich rücken dadurch ja auch Einrichtungen näher zusammen und lernen sich kennen“* (ebd., Z. 250-256).

In „auch Chance“ ist die Unterordnung unter fremde Maßstäbe angelegt, weil ja gerade die andere Seite darin bestätigt wird, entscheidende Institution zu sein, trotz der Unstimmigkeit der Argumente, welchen man sich fügen muss. Das macht die Kompromissbereitschaft aus. Geschätzt werden konkret eine Erweiterung des Adressat\_innenkreises sowie eine bessere Vernetzung im Sozialraum. Die laufenden Kooperationen werden beschrieben als gelingend, wobei durchaus Differenzen in den Gremien sowie zwischen den Institutionen benannt werden. Diese seien jedoch durch weitere Kompromisse lösbar.



## Politik im Sozialraum

Die Einmischung der Einrichtungen in den politischen Diskurs des Sozialraums wird von den Fachkräften aus der Perspektive einer Offenen Arbeit als nötig erachtet. So wird z.B. die Stigmatisierung der Jugendlichen hervorgehoben, um sie

dann aufzulösen in die Forderung nach Rückzugsorten, an denen Jugendliche getrennt von dem kontrollierenden, disziplinierenden und normierenden Blick der Gesellschaft ihren spezifischen Habitus pflegen sowie ihren Routinen nachgehen können. Diese Stärkung der Jugendlichen wird benannt als eine durchaus politische Aufgabe. Die Ausgestaltung dieser Aufgabe sei ein Auftrag der und zugleich an die Fachkräfte und sei sowohl ein Bestandteil ihrer Gremienarbeit als auch ihrer aktiven Gestaltung des Sozialraums. Darüber hinaus wird aber auch normierend auf die Jugendlichen geblickt, was sich geltend macht in der Verwendung von Floskeln wie „Reinholen“ oder „Erreichen“, womit ausgesprochen ist, dass es durchaus Seiten der Ausgestaltung eines Sozialraumes gibt, bei denen der Bedarf der Jugendlichen durch die Pädagog\_innen definiert ist.

## Beziehungsgestaltung zwischen Adressat\_innen und Fachkräften

Diese Überlegungen reflektieren die Fachkräfte auch auf ihre Bedeutung hinsichtlich der Beziehungsgestaltung zwischen Adressat\_innen und Fachkräften. Dabei wird deutlich, dass die Rolle der Verpflichtung auf die Beziehung, also eines Zugangs zur Einrichtung, der auf der Basis verpflichtender Vereinbarungen oder Verfügungen stattfindet, immer als eine Doppelte benannt wird. Zum einen könne sie eine Verhinderung von Hilfe bedeuten, sei jedoch zum anderen aufgrund der Klarheit der Rollen durchaus eine gute Hilfestellung. Dabei wird betont, dass eine verpflichtende Beziehungsgrundlage nur auf Grundlage einer grundsätzlich guten Bindung der Adressat\_innen an die Einrichtung funktioniert, was durch die Offene Arbeit sowie die Personalunion von Fachkraft in dem Offenen Bereich wie dem SHA-Projekt geleistet werde. So entstehe Authentizität und Klarheit und darauf aufsetzend die Verpflichtung als quasi vertragliche Übereinstimmung von Fachkraft und Adressat\_in. Beispiele sind hier Zugänge zu SHA-Projekten, welche sich im Offenen Bereich von Einrichtungen entwickeln und dann in eine verbindlichere Hilfe

Von außen verfügbarer Aufenthalt in der Einrichtung wird kritisch gesehen, da hier die Bindung nicht von den Adressat\_innen selbst ausgeht.

im Rahmen des jeweiligen SHA-Projekts transformiert werden. Anders sei dies bei reinen Verfügungen zum Aufenthalt in der Einrichtung von außen, die kritisch gesehen werden, da hier die Bindung durch und an die Offene Arbeit nicht von den Adressat\_innen selbst ausgehe.

## Arbeitsbedingungen

Die SHA haben auch einige Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen. Insgesamt sagen alle Interviewees, dass ihre Arbeit mehr geworden ist. Dies machen sie an dem formalen Aufwand fest, weniger an der Tätigkeit selber. Die neuen Tätigkeiten werden hingegen oft begrüßt, da sie ja gerade einen pädagogischen Mangel kompensieren. In einigen Einrichtungen sichern die SHA zudem die Finanzierung ab, wodurch sie eine positive Auswirkung auf die Ressourcen der Arbeit haben und somit die Bedingungen der Arbeit verbessern.

Die zusätzlichen Ansprüche, insbesondere das Dokumentationsverfahren, bedeuten einen Mehraufwand und werden als eine verstärkte, nicht gewünschte Kontrolle der Autonomie der Fachkräfte gedeutet. So werde durch Formalisierung und klare Vorgaben, die Freiheit der Gestaltung der Arbeit, die vorher durch Informalität und Autonomie geprägt war, eingeschränkt.



## Normative Begründung der Professionalität

Das professionelle Selbstverständnis, das die Interviewees in der Kategorie „normative Begründung“ äußern, ist indifferent. Die Fachkräfte begründen ihre Haltung alle klar von der Position aus, dass der\_die Adressat\_in mit seinem\_ihrem Bedarf Ausgangs- und Mittelpunkt der OKJA ist. Ein Beispiel für diese Haltung ist der Fall einer Mutter, welche sich über die Einrichtung Hilfe organisiert, um am Wochenende ausgehen („richtig einen drauf machen“) zu können: „Also wird geguckt, wie kann man da zum Beispiel nachbarschaftlich so unterstützen, dass sie das halt machen kann und dann dass das nicht zu Problemen führt“ (Interview I, Z. 25 f.). So wird dann, wie in diesem Interview, das Ausgehen der Mutter unterstützt als einen wichtigen Bedarf dieser Frau in ihrem Alltag. Ob so eine Ermöglichung in einer klassischen HzE möglich ist bzw. überhaupt in Betracht kommt, ist fraglich.

Gleichzeitig jedoch kennen die Fachkräfte darüber hinausgehend eine Begründung ihrer Fachlichkeit, die mindestens neben ihrer offenen Positionierung steht. Dies zeigt sich in Pas-

sagen, in denen die Interviewees am Verhalten der Adressat\_innen (inklusive der Familie) Momente entdecken, in denen sie einen Handlungsbedarf von außen definieren. Also einen interventionistischen oder präventivistischen Blick auf die Lebenswelt und Lebenslage werfen. So auf die Adressat\_innen geblickt, bekommt ihre Professionalität als Teil der OKJA auch eine Neudefinition. „dann kommt man eben auch an die Jugendlichen ran und kann, ich sag mal, bei bestimmten Verdachtsmomenten oder [...] wenn man was raus hört nachhaken und eben genau dann Hilfestellung geben. Was früher nicht der Fall war. Und das finde ich einen enormen Zugewinn für die Offene Kinder- und Jugendarbeit“ (Interview III, Z. 204 ff.). OKJA ist die Grundlage, um dann durch die neuen Hilfen pädagogisch besser oder effektiver tätig zu werden. Die Offene Arbeit wird, wie es bereits in den anderen Kategorien anklang, gedeutet als Mittel der Sozialpädagogik eine eigentliche „echte“ Hilfe zu leisten, zu der die „alte“ OKJA nicht fähig sei.

## Bedeutung der SHA für die OKJA

Genauer muss man nun ergänzen: Hilfe, zu der die OKJA nicht fähig war. Denn die Ergänzung oder Erweiterung der OKJA durch die SHA sorgt für eine Erweiterung der pädagogischen Mittel für die Fachkräfte. So wird die OKJA gleichzeitig auch verteidigt. Keine\_r der Interviewees verwirft die OKJA. Sie sind überzeugte Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dabei jedoch subsumieren sie die OKJA unter die Hilfeleistung anderer Arbeitsfelder, um jene als gutes Mittel für die Offene Arbeit zu schätzen, wobei sie das Verhältnis, in dem sie zu den Ansprüchen der SHA stehen, verdrehen.

Dazu ist zweierlei zu bemerken. Zum einen macht sich die OKJA klein, etwas wovon die Interviewees selbst warnen. Denn damit akzeptiert sie sich als Grundlage, wenn auch sehr wichtige, für andere Hilfen, die „echt“ helfen. Zum anderen revidiert sie damit selbst gefasste Erkenntnisse und Prinzipien, wie die von Interviewee D, der die Offene Arbeit gerade dafür lobt, dass sie Kinder stark macht, indem sie sie nicht erzieht. Die Revision liegt darin, die eigene Arbeit nicht als ein für sich gehaltvolles Angebot für die Bedarfe der Adressat\_innen zu sehen, sondern sie immer als etwas zu denken, dass noch nicht ganz

Die Fachkräfte begründen ihre Haltung alle damit, dass der\_die Adressat\_in Ausgangs- und Mittelpunkt der OKJA ist.

hilft. „Offen“ bekommt so den Charakter eines mangelhaften Mittels, anstatt einer eigenen pädagogischen Logik.

Dieses Spannungsfeld zwischen einerseits Offenen und andererseits pädagogischer Zwecksetzung findet seine institutionelle Entsprechung in einer Aufspaltung, einer Parallelität von OKJA und SHA, so dass, folgt man den Schilderungen der Fachkräfte, beides nebeneinander praktiziert wird. Hier zeigt sich ebenfalls eine Unentschiedenheit innerhalb der Fachwelt,



was von den SHA zu halten ist. Weiter liegt das selbstverständlich auch an den immer wieder überarbeiteten Globalrichtlinien und dem Projektcharakter der Hilfen. Die Zukunft der SHA und auch der OKJA scheinen also noch nicht entschieden.

*Anmerkung:*

1) Bezogen wird sich hier auf die Globalrichtlinie GR J 1/12. Die neue Globalrichtlinie GR J 1/17 findet keine nähere Betrachtung, da sie keine für den Rahmen dieser Forschung wesentlichen Punkten reformiert.

Zum einen macht sich die OKJA klein, zum anderen revidiert sie damit selbst gefasste Erkenntnisse und Prinzipien.

*Literatur:*

- BASFI, (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration). (2012). Globalrichtlinie GR J 1/12 Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe vom 1. Februar 2012.
- BASFI, (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration). (2014). Und wo ist der Nutzen? Auswertungskonferenz zum Berichtswesen sozialräumliche Angebote. 25.06.2014.
- BASFI, (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) (Hrsg.). (2016). Sozialräumliche Angebote in Hamburg. Grundlagen, Praxisbeispiele und eine erste Bilanz.
- BASFI, (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration). (2018). Fachtagung „OKJA – zukunftsfähig!“ Berichtswesen der Hamburger OKJA. Präsentation der BASFI am 23.02.2018.
- Düssler, U., Hagen, J. & Weber, J. (2016). Sozialräumliche Hilfen und Angebote (SHA) in Hamburg auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer qualitativen Studie. neue praxis, (4), 394-409.
- Essberger, M. (2016). Vier Jahre Offene Arbeit und Sozialraumangebote in Hamburg. Rückblick auf eine Diskussionsveranstaltung des Arbeitskreises SHA-Praxis des VKJH. FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, (2), 18-22.
- Exner, C. (2011). Zwischen Niedrigschwelligkeit und Verbindlichkeit. Anforderungen an Kooperation im Kontext Sozialräumlicher Hilfe. FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, (2), 18-19.
- Gerlach, F., & Hinrichs, K. (2016). Eine erste Analyse des Entwurfs eines Reformgesetzes zum SGB VIII, Stand: 22.04.2016 (mit einem Nachtrag zum Stand vom 06.07.2016), oder: Wie man mit schönen Worten den Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung zurecht stützt. Abgerufen von <http://knuthinrichs.de/wp-content/uploads/2016/11/Gerlach-Hinrichs-E-SGB-VIII-22.04.2016-Wie-man-mit-schönen-Worten-den-Rechtsanspruch-auf-Hilfe-zur-Erziehung-zurecht-stutzt-mit-Nachtrag.pdf> [12.08.2018]

- Hammer, W. (2016). Soziale Reformen in der Sackgasse einer Besitzstandswahrenden und technokratischen Finanzpolitik. Fallstricke und Irrwege am Beispiel der geplanten Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, (3), 15-23.
- Hinte, W. (2014). Sozialräumliche Hilfen zwischen Sozialarbeit, Recht und Ökonomie. Ein Kommentar zur aktuellen Debatte um ihre Finanzierung. FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, (4), 33-40.
- Mayring, P. (2015). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. (12., überarbeitete Auflage). Weinheim und Basel.
- Riez, U. (2011). Die Lage erfordert einen Paradigmenwechsel in der Jugendhilfe. FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, (2), 9-11.
- Scherr, A. & Sturzenhecker, B. (2014). Jugendarbeit verkehrt. Thesen gegen die Abwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch ihre Fachkräfte. deutsche jugend, (9), 369-376.
- Weber, J. (2012). Umsteuerung der Jugendhilfe in Hamburg: Ein bundesweites Modell? Zur Vereinbarkeit der Hamburger Jugendhilfe reform mit sozialpädagogischen Strukturprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe. neue praxis, (2), 190-213.

Moritz Frieztsche



ist Sozialarbeiter, lebt und arbeitet in Hamburg.  
Kontakt: [moritz@frieztsche.de](mailto:moritz@frieztsche.de)

Um einen praxisnahen Eindruck vom Verhältnis von Offener Kinder- und Jugendarbeit und dem Hamburger Programm der Sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) zu bekommen, haben wir uns als FORUM-Redaktion mit Evin Kandemir und Johanna Hausberg, beide Mitarbeiterinnen beim Mädchentreff Lohbrügge, unterhalten. Der Mädchentreff Dolle Deerns e.V. ist ein offener Treff für Mädchen\* und junge Frauen\* von 9 bis 21 Jahren. Er versteht sich als Freizeitraum und Schutzraum, wo die Nutzerinnen\* Bezugspersonen finden, die ihnen bei ihren Themen weiterhelfen können. Der Mädchentreff hat seit einigen Jahren eine wöchentlich stattfindende feste Mädchengruppe mit den Namen LUCIE, die ein SHA-Projekt ist. Es gibt acht Plätze für Mädchen\* von 11 bis 13 Jahre. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Haus Warwisch von jeweils 2 Mitarbeiterinnen durchgeführt. In der Gruppe geht es unter anderem um Themen wie Stärkung von Selbstwert und Selbstbewusstsein oder Entschleunigung.

## „Das machen wir doch schon, aber kriegen das nicht bezahlt.“

### Der Mädchentreff Lohbrügge und sein SHA-Projekt LUCIE

Ein Gespräch mit Johanna Hausberg und Evin Kandemir

#### Was war eure Motivation bei dem SHA-Programm einzusteigen?

**Evin Kandemir:** Wir haben nur anderthalb Stellen im Mädchentreff. Wir hatten mal zwei volle, wurden aber damals unter Schill und CDU vor 15 Jahren gekürzt. Hier in der Siedlung wohnen viele sozial benachteiligte Familien in beengtem Wohnraum. Wir haben dann gemerkt, dass wir den Mädchen\* teilweise gar nicht gerecht werden konnten. Manche kommen, spielen einfach und haben ihren Spaß, aber manche brauchen eigentlich noch ein bisschen mehr. Wir haben daher schon immer Beratung angeboten und Mädchen\* begleitet, wenn es notwendig war oder wenn die Mädchen\* das wollten und mit Eltern gesprochen oder mit dem ASD. Aber eigentlich haben wir die Ressourcen für diese Einzelbegleitung nicht und als das

SHA-Programm aufkam, habe ich gedacht: ‚Aha, das machen wir doch schon, kriegen das aber nicht bezahlt.‘ Deswegen habe ich ein Konzept geschrieben, um dafür die Ressourcen zu bekommen. Das Jugendamt wollte dann lieber eine Gruppe und dann haben wir uns eben eine Gruppe ausgedacht. Und da wir nicht aus der Gruppenarbeit kommen und das ja ein eigenes pädagogisches Konzept ist, haben wir Kontakt mit dem Haus Warwisch aufgenommen.

#### Ihr habt also gesagt, ihr seht den Bedarf nach Einzelberatung und die wollten eine Gruppe?

**E.K.:** Ja, der Wunsch kam damals von den ASD-Kolleg\*innen. Gemeinsam mit dem ASD haben wir dann ausgehandelt, wie viele Fälle der ASD in die Gruppe einsteuern darf. Drei von den acht Plätzen waren für den ASD vorgesehen, aber die ersten Jahre kam nie jemand, gleichzeitig waren Mädchen\* in der Gruppe, von denen ich wusste, dass die Familie HzE bekommt oder beim ASD bekannt ist. Aber die Mädchen\* sind nicht über den ASD zur LUCIE-Gruppe gekommen, sondern über einen anderen Weg.

#### Woran lag das?

**E.K.:** Mir schien es so, als wenn dringlichere Probleme im Vordergrund standen

und der Fokus weniger auf die Mädchen\* gerichtet war. Es gab da mal eine Fallgruppe, in der alle Akteure saßen, die SHA machen. Es ist wirklich mehr als einmal passiert, dass ASD-Kolleg\*innen einen Fall vorstellen, viel über die Familie und den ‚auffälligen‘ Sohn, der im Fokus der Hilfe steht, sprechen, aber wenig bis gar nicht über die Tochter. Mädchen\* gehen mit Belastungen oft anders um als Jungen\* und werden daher häufig nicht gesehen. Es gibt immer Mädchen\*, die besondere Zuwendung brauchen, obwohl sie gar nicht so auffällig sind und ihr Umfeld nicht stören. Wir arbeiten jeden Tag mit den Mädchen\* und mir fallen sofort zehn Mädchen\* ein, die solch eine Gruppe gut gebrauchen können. Das hat mich damals geärgert, dass nie Mädchen\* offiziell über den ASD kamen, die eigentlich aber trotzdem bei uns waren.

#### Wie bzw. auf welchem Weg kommen die Nutzerinnen\* denn zu der Mädchengruppe LUCIE?

**Johanna Hausberg:** Ein Zugang ist der Mädchentreff Lohbrügge, weil die Mädchen\* da tagtäglich sind und daher von uns wissen. Dann steuert der ASD mittlerweile einige Mädchen\* ein. Der dritte Zugang ist über den Kooperationspartner Haus Warwisch. Lehrer\*innen und Sozialpädagog\*innen aus der Schule wissen auch von uns und schicken die vorbei. Das läuft gut.



„Das machen wir doch schon, aber kriegen das nicht bezahlt.“

### **Gebt ihr dem ASD Rückmeldung zu den Mädchen\*?**

**J.H.:** Ich weiß nicht, ob es eine verpflichtende Rückmeldung gibt. Die Dokumentation und so was, das macht meine Kollegin vom Haus Warwisch.

**E.K.:** Ja, das hat mit einer gewissen Doppelrolle zu tun, die wir haben. Mir war z.B. wichtig, wenn es darum geht mit Eltern ins Gespräch zu gehen, dass das die Kollegin vom Haus Warwisch macht, weil die Mädchen\* uns aus dem Mädchentreff kennen und diese Parteilichkeit so wertvoll ist. Das muss bestehen bleiben.

### **Was ist das Sozialräumliche an dem Projekt?**

**J.H.:** Sozialräumlich heißt ja erstmal in dem Raum zu sein, wo die Mädchen\* sich bewegen. Der Mädchentreff und die Mädchengruppe LUCIE sind dort, wo die Mädchen\* wohnen. Sozialräumlich bedeutet für mich vor Ort zu sein, aber auch raus zu gehen, zum Beispiel eine Stadtrallye zu machen.

### **Inwieweit arbeitet ihr in dem SHA-Projekt anders als im offenen Bereich?**

**J.H.:** Das ganze Setting ist anders, für mich war es anfangs eine Umstellung. In der komplett Offenen Arbeit sagt man ja: ‚Wenn es dir nicht gefällt oder wenn es gerade ein bisschen unangenehm wird, kannst du dich zurückziehen und gehen.‘ In der sozialen Gruppenarbeit bei LUCIE ist das nur bedingt möglich. Da geht es darum auch mal zu bleiben, wenn es ein bisschen unangenehm wird,



die Situation auszuhalten, das zu üben und zu schauen, was passiert. Da musste ich mich umstellen. Das Spannende bei der Gruppenarbeit ist auch, dass in solchen Gruppenprozessen so viel passiert. Wir erleben gemeinsam Sachen, die große Wirkung haben. Meine Kollegin und ich machen dazu viel Vor- und Nachbesprechung. Der Kontakt zu den Mädchen\* ist auch viel enger. Es gibt einen ganz ruhigen Raum. Es gibt Gesprächsrunden und feste Strukturen.

### **Und wenn Mädchen\* z.B. über den Kooperationspartner ASD zu euch kommen, wie ist das mit der Freiwilligkeit?**

**E.K.:** Grundsätzlich ist die Gruppe freiwillig, unabhängig vom ASD. Wenn ein Mädchen\* sich das ankuckt, das doof findet und nicht kommen möchte, dann kommt sie nicht. egal worüber sie kommt.

Da geht es darum auch mal zu bleiben, wenn es ein bisschen unangenehm wird, die Situation auszuhalten, das zu üben und zu schauen, was passiert.

**J.H.:** Die Freiwilligkeit ist insoweit gegeben, als dass es Schnupperstunden gibt und dann nochmal ein Gespräch darüber, ob es dem Mädchen\* gefällt und ob sie mitmachen möchte. Wenn sie zusagt, dann sagen wir, dass sie versuchen soll ein Jahr lang teilzunehmen, regelmäßig zu kommen und abzusagen, wenn sie einmal nicht da sein kann, um eine Verbindlichkeit herzustellen. In der Offenen Arbeit ist es ja egal, wenn jemand nicht kommt.

### **Inwieweit setzen die Mädchen\* die Themen selbst?**

**J.H.:** Wir haben einen Fahrplan und ein Programm, aber die Mädchen\* entscheiden, was sie wann machen. Wir entscheiden das in einer demokratischen Abstimmung. Was sich die Mädchen\* immer wünschen sind selbstgestaltete Gruppenstunden. Das heißt, dass ein Mädchen\* selbst die ganze Gruppenstunde gestalten darf. Das ist so gut angekommen, dass wir das nun öfter machen. Wir haben auch einen Wunschkasten, für die Wünsche der Mädchen\*.



### **Welches sind die Chancen für euch als Offene Einrichtung im SHA-Programm in Hamburg?**

**E.K.:** Es gibt Chancen und Risiken. Das ist immer vom politischen Willen abhängig. Das SHA-Programm kann eine Chance sein, die Finanzen für den Mädchentreff aufzustocken für die intensiveren Begleitungen. Das Risiko dabei

ist, dass irgendwann gesagt wird: ‚Ihr macht ja eh SHA-Sachen. Für die Offene Arbeit gibt’s sowieso kein Geld mehr, dann macht doch komplett SHA, das ist doch eh alles das Gleiche.‘ Das ist auch passiert, dass irgendwelche Spielhäuser oder Bauspielplätze in SHA überführt wurden und das nicht als Kürzung der Offenen Arbeit benannt wurde. Wenn die Offene Kinder- und Jugendarbeit vernünftig ausgestattet wäre, müsste man gar nicht über irgendwelche Titel oder Programme sprechen. Und dann gibt es die Haltung, auch manchmal von Amtsseite, dass Offene Arbeit Einzelfallbegleitung gar nicht machen soll und dafür nicht bezahlt wird. Aber einem Mädchen\*, das in Not ist und die ich schon lange kenne, einfach eine Visitenkarte von irgendeinem Beratungsprojekt in die Hand zu drücken und ihr zu sagen: ‚Die können dir helfen. Ich werde nicht dafür bezahlt.‘ So funktioniert das für mich und die Mädchen\* nicht! Aber das bindet natürlich viele Ressourcen. Mein Eindruck ist, dass oft nicht gesehen wird, welche Klientel die Offe-



ne Arbeit hat und was sie braucht. Die brauchen nicht nur einen Kicker und ein Uno-Spiel. Die brauchen Bezugspersonen, die sie ernst nehmen und gegebenenfalls auch Schritte mit ihnen gehen.

**J.H.:** Wir müssen auf politischer Ebene immer wieder deutlich machen, was Offene Arbeit leistet und wofür sie steht, aber wenn wir mit der Zielgruppe arbeiten, das ein Stück weit vergessen. Wir wollen Offene Arbeit bleiben, aber auch die Bedürfnisse und Bedarfe der Nutzerinnen\* im Blick haben. Das ist eine Gratwanderung.

#### Was sind Stolpersteine oder Hindernisse?

**E.K.:** Unsere Einschätzung davon, was gebraucht wird, stimmt häufig nicht mit der des ASD überein. Und die schwierige Vernetzung mit dem ASD bedauere ich sehr. Durch die angespannte Personalsituation sind die Kolleg\*innen in den Gremien wenig präsent. Es passiert auch, dass aneinander vorbei gearbeitet wird: Wir haben viele Besucherinnen\*, die Hilfen zur Erziehung haben, letztens gab es den Fall, dass die SPFH auf die Idee gekommen ist, ein Mädchen\* an das Haus der Jugend anzubinden und mit ihr

zum Kickern hingegangen ist, obwohl das Mädchen\* seit Jahren regelmäßig in den Mädchentreff kommt. Ich möchte nicht ständig Leute in der Einrichtung haben, die Hilfen zur Erziehung machen, aber wir können auch nicht völlig losgelöst voneinander arbeiten. Oder anders herum gibt es das auch oft: dass Mädchen\* in den Treff oder in die Gruppe kommen, die beim ASD schon bekannt sind, wo es schon Hilfen zur Erziehung gibt und die sprechen uns dann an, wenn sie Beratung brauchen und dann kommt raus, da gibt es schon eine SPFH. Oder noch ein anderes Beispiel: Ein Mädchen, das ich schon Jahre kenne, hat mich gebeten zu einem Hilfeplangespräch mitzukommen und sie zu unterstützen, und als ich dann beim ASD saß, war ich so ungewollt. Dann sagte die ASD-Kollegin noch, dass Parteilichkeit beim Hilfeplangespräch nichts zu suchen hätte. Das war zwar ein einzelnes Erlebnis, aber wir wären doch so eine Ressource für den ASD und die SPFH gewesen! Aber das wurde nie genutzt, so als würde das gar nicht ernst genommen, was wir da machen. Ich hatte mir eigentlich erhofft, dass man mit dem SHA-Programm mehr Verbindungen zwischen den Arbeitsfeldern zum Wohle der Mädchen\* entwickeln kann.

**Die Idee von SHA ist ja, dass passgenaue Unterstützung angeboten wird, die individuell auf die Bedarfe der Betroffenen zugeschnitten ist und die im Sozialraum bzw. in der Lebenswelt verwurzelt ist. Wie seht ihr da die Rolle der Offenen Arbeit?**

**J.H.:** Passgenauigkeit ist für mich, wenn ein Mädchen\*, das regelmäßig in den Mädchentreff kommt, die Frau, die dort arbeitet mag und sie sie dann fragt, ob sie Lust hat zur Mädchengruppe LUCIE mitzukommen und sich das an-

zukucken. Wenn irgendwer ihr irgendwo einen Flyer in die Hand drückt und bestimmt, sie solle da hingehen, dann ist das nicht mehr passgenau.

**E.K.:** Eigentlich kann SHA nicht funktionieren ohne OKJA. Wenn man es auf das Beispiel überträgt, weil sie niedrigschwellige Zugänge hat, wie KiFaZen zum Beispiel auch. Und dadurch, dass es freiwillig ist, hast du eine ganz andere Beziehung. Das war ja bei SHA auch mal so gedacht, dass sich die Offene Arbeit daran beteiligt, aber nicht mit ihren Ressourcen, sondern dass Ressourcen dafür bereitgestellt werden. Aber das ist nicht passiert.

#### Was wünscht ihr euch im Hinblick auf die Zukunft der Mädchengruppe, SHA und der OKJA?

**J.H.:** Eine Utopie ist, eine große Schwester von der Mädchengruppe LUCIE zu gründen, weil wir viele Anfragen haben für Mädchen, die älter sind als 13.

**E.K.:** Aus der Perspektive der Dollen Deerns, also von Seiten der feministischen Mädchenarbeit, wünsche ich mir, dass die Mädchen\* mehr gesehen werden.

#### Vielen Dank für das Gespräch und alles Gute für die Zukunft!

Interview: Svenja Fischbach

\*) Durch das Sternchen sollen Menschen mitgedacht werden, die sich dem zweigeteilten Geschlechtersystem nicht zuordnen können und gleichzeitig an den gesellschaftlich konstruierten Charakter von Geschlecht erinnert werden.

Fotos: Mädchentreff Lohbrügge



**Johanna Hausberg**

arbeitet im Mädchentreff Lohbrügge. Gemeinsam mit ihrer Kollegin leitet sie die LUCIE-Gruppe. Neben der Tätigkeit in der feministischen Mädchenarbeit ist sie Erwachsenenbildnerin, hat einen Masterabschluss in Migration und Diversität und setzt sich als Multiplikatorin zur Prävention von Ungleichwertigkeitsvorstellungen ein.



**Evin Kandemir**

Dipl. Sozialpädagogin, arbeitet seit 2003 im Mädchentreff Lohbrügge, Dolle Deerns e.V.

# Stellungnahme des Begleitkreises an die Hamburger Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“

*vom Begleitkreis zur Hamburger Enquete-Kommission*

## Vorbemerkung

Die Enquete-Kommission hat die von der Hamburgischen Bürgerschaft formulierten 38 Fragestellungen insgesamt sechs verschiedenen Themenblöcken zugeordnet. Die Analysephase wurde mit der Sitzung am 28./29. Juni weitgehend abgeschlossen. Nun folgt die Phase der Erarbeitung von Empfehlungen für den Abschlussbericht. Bei der Erarbeitung der Empfehlungen wird nach dem Diskussionsstand in der Enquete-Kommission eine Betrachtung innerhalb der Themenblöcke um eine Verknüpfung der Aspekte zwischen den Themenblöcken ergänzt werden müssen. So ist es auch für nachfolgende Kommentierungen und Positionierungen geboten, Bezüge zwischen mehreren Themenblöcken aufzunehmen.

## Themenblock I: Rechtliche Rahmungen

Da erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag bereit ist, eigenständige Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und dies u.a. auch im Koalitionsvertrag gemeinsam mit dem Neustart zu einer Reform des Kinder- und Jugendhilferechts verabredet wurde, halten wir es für zielführend, wenn die Hamburger Enquete-Kommission im Rahmen ihres Auftrages, Kinderschutz und Kinderrechte zu stärken, hierzu Empfehlungen für die Zielrichtung einer rechtliche Ausgestaltung in den öffentlichen Diskurs einbringt.

Dies ist deshalb bedeutsam, weil ein Teil der bisher in die Diskussion eingebrachten Vorschläge zur SGB VIII-Reform und zur Änderung des Grundgesetzes den Anforderungen der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) nicht standhält und auch die gegenwärtige Praxis der Jugendämter und der Familiengerichte insbesondere bei den Eingriffen ins Sorgerecht und der Trennung der Kinder von seinen leiblichen und/oder sozialen Eltern zum Teil weder in der Sache noch vom Verfahren rechtsstaatlichen Standards entspricht. Der erhebliche Anstieg der Inobhutnahmen und deren Dauer sowie die noch stärker gestiegenen Eingriffe in das Sorgerecht in Deutsch-

Die Kitas sind nicht nur ein zentraler Ort der Bildung und Erziehung, sondern zunehmend mehr auch ein Ort sozialer Unterstützung.

land und in Hamburg zeigen, dass diese Entwicklungsdynamik nicht dem Kindeswohl dienen kann.

Danach ist das Kindeswohl nach gängiger Kommentierung der UN-KRK (1) nicht nur vom Gesetzgeber der Vertragsstaaten bei der Umsetzung in nationales Recht zu berücksich-



tigen, sondern auch für die Exekutive in Ländern und Gemeinden als Vorrangprinzip handlungsleitend für alle staatlichen Planungen, die Kinder betreffen oder Auswirkungen auf sie haben. Der oft ohne ernsthafte Auswirkungen erhobene Anspruch, eine kinderfreundliche Gemeinde zu sein, kann nur so eingelöst werden.

Die materiellen Voraussetzungen dafür und vor allem für eine Kindergrundsicherung sind auf Bundesebene herzustellen. Auf Landesebene gibt es eine Reihe von Teilhabemöglichkeiten, die die Handlungsspielräume von allen Kindern und Jugendlichen verbessern, insbesondere aber diejenigen von armen Familien.

Die Garantie des Kindeswohls schützt zudem auch Kinder, die außerhalb ihrer Familie in Heimen leben. Auch sie haben Anspruch auf Schutz und das Recht auf Wohlergehen. Für Freiheitseinschränkungen, Kontaktsperren und Entwürdigungen durch sogenannte verhaltensmodifizierende Konzepte gibt es in der UN-KRK keine Rechtsgrundlage. In den bisherigen Beratungen der Hamburger Enquete-Kommission ist das Verhältnis von Kinderschutz zu Kinderrechten zutreffend herausgearbeitet worden:

„Der Vorsitzende stellte fest, das Aufgabenfeld sei durch die komplexen Vorgaben und ihren Dualismus geprägt: [...] wie Kinderschutz und Kinderrechte.“ Das Arbeitsfeld „lasse sich nicht alleinig durch eindeutige Anweisungen regulieren“ und „eine Organisation sei nicht über eine Fehlervermeidungsstrategie zu steuern“. „Wichtig sei die Entwicklung von Kriterien für gelingendes Aufwachsen“ erklärte der Vorsitzende weiter und betonte: „Hier liege das zentrale Moment für die Kinderrechte, das eine moderne Stadtgesellschaft gewährleisten solle.“ (2)

Auf dieser Basis erwartet die Fachpraxis in Hamburg Empfehlungen der Enquete-Kommission zu einer Stärkung der Rechte von Kindern gegenüber der staatlichen Gemeinschaft als eigene Rechtssubjekte analog zur UN-KRK und zu § 1 des



Kinder- und Jugendhilfegesetzes und Empfehlungen zur Stärkung der Kinderrechte in Hamburg. Die in §36 SGB VIII festgelegten Regularien reichen dafür nicht aus, wie sowohl die Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt als auch die umfassenden Forschungsergebnisse der Jugendhilfewirkungs-Studie gezeigt haben:

- Nicht einzelne Faktoren wirken, sondern professionelles Handeln wirkt in einem breiten Zusammenhang. Dieser macht „die Stärkung der AdressatInnen als gleichgewichtige Subjekte [...] zum Ansatz notwendiger Korrekturen des professionellen Handelns in der Sozialen Arbeit.“
- Partizipation beider Seiten ist notwendig. „Der Profession müssen entsprechende demokratische Handlungsräume im Kontext ihrer Organisationsformen zugesprochen werden, um für die AdressatInnen Partizipationsmöglichkeiten in formellen, non-formellen und informellen Interaktionssettings zu gewährleisten.“(3)

## Themenblock II: Soziale Rahmung

Nichts gefährdet das Kindeswohl so stark wie Armut. Damit sind ausdrücklich die strukturellen Bedingungen gemeint, die die Handlungsspielräume in prekären Lebenslagen einengen oder diese erst gar nicht entstehen lassen, nicht etwa charak-

Neben dem kostenlosen Besuch der Kita und einem inklusiven Aus- und Umbau der Ganztagschule ...

terliche oder moralische Merkmale, die armen Menschen zugeschrieben werden – physische und psychische Gewalt in Familien ist weitgehend von der Schicht unabhängig. Wer für ein eigenständiges Kindesrecht eintritt, muss deshalb auch notwendigerweise für eine eigenständige finanzielle Sicherung votieren. Aus Sicht des Begleitkreises erfüllt deshalb nur eine Kombination aus einer Staatszielbestimmung nach Art. 2 GG und einer Abwägungsregel zum Erziehungsauftrag der Eltern mit Auswirkung auf Art. 6 GG den Anspruch einer sinnvollen Stärkung der Kinderrechte im Grundgesetz.

### Erweiterung der sozialen und kulturellen Handlungsspielräume

Alle Politikbereiche beeinflussen die Handlungsspielräume der Kinder und Jugendlichen. Eine besondere Rolle spielen dabei die speziell für junge Menschen gedachten Räume.

Die Kitas sind in diesem Sinne nicht nur ein zentraler Ort der Bildung und Erziehung, sondern zunehmend mehr auch ein Ort sozialer Unterstützung. Um diese vielfältigen Funktionen zu verbessern und die schon gegebenen Handlungsspielräume qualitativ und quantitativ zu erweitern, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- der Acht-Stunden-Platz mit Frühstück und Mittagessen als beitragsfreier Rechtsanspruch
- der Ausbau der niedrigschwelligen Beratungs-, Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten in Kitas, sei es durch zusätzliches, qualifiziertes Personal in der Einrichtung oder durch Kooperation mit einem kompetenten Träger aus dem Quartier
- räumlicher und sachlicher Ausbau, mit dem Ziel, dass die Räume auch abends und am Wochenende von Gruppen, Vereinen und anderen Bildungseinrichtungen genutzt werden können
- stärkere Beteiligung der Eltern an den Angeboten und Vorhaben der Kitas.

Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit spielen schon immer eine bedeutende Rolle in der Erweiterung informeller Bildungs- und Handlungsspielräume und bei der Umsetzung von Kinderrechten. Statt diese in jedem Quartier besonderen und einzigartigen Settings durch Sparmaßnahmen in der Existenz zu gefährden, sind deren Angebote und Einrichtungen auszubauen, denn gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche können häufig nur auf diese Weise neue, qualifizierte und anregende Handlungsoptionen erproben.

Die Offene Arbeit basiert auf der Freiwilligkeit der Teilnahme. Kinder, Jugendliche und ggf. deren Eltern entscheiden selbst, ob sie Angebote wahrnehmen. Angebote setzen an den Interessen von Kindern und Jugendlichen an, werden von die-

sen mitbestimmt und mitgestaltet und machen diese als Subjekte zum Ausgangspunkt aller pädagogischen Praxis.

Kinder und Jugendliche, aber auch Familien kommen in offen gestaltete Einrichtungen, wie Jugendhäuser, Bauspielplätze und Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) in der Gewissheit, einen Ort und Menschen vorzufinden, mit denen sie Dinge besprechen können, die sie an anderen Orten und in anderen Zusammenhängen nicht thematisieren würden.

Die Offene Arbeit ist nicht defizitorientiert, sondern bietet Unterstützung bei der Suche nach Orientierung und Perspektive. Sie ist nicht kontrollierend, sondern offen für unterschiedliche – auch eigenwillige – Lebensentwürfe. Im Vordergrund stehen die Stärkung und Förderung von Kompetenzen. Fähigkeiten werden – auch gemeinsam – aufgespürt, nicht Defizite zugeschrieben.

*Zusammengefasst:* Der Schutz von Kindern, Jugendlichen und deren Rechten hat traditionell besonderes Gewicht in Philosophie und Praxis der Offenen Arbeit. Sie setzt den Kinderschutz über pädagogische und strukturelle Interventionen unter konsequenter Einhaltung des Subjektstatus ihrer Besucher\_innen, der Akzeptanz ihrer jeweiligen Lebensentwürfe und unter Einbeziehung ihrer sozialen wie persönlichen Lage um. Stärkung, Partizipation sowie Aufklärung über Rechte von Kindern und Jugendlichen sind der beste Kinderschutz.

Gleichzeitig wurden aus der Offenen Arbeit heraus immer wieder wirksame, „mitten im Leben“ angesiedelte vertraulich ausgestaltete Schutzräume (z.B. kurzfristige Übernachtungsstätten, Gästewohnungen) für Kinder, Jugendliche und ihre Familien geschaffen, die für diese selbstbestimmt und niedrigschwellig zugänglich waren und sind, ohne dass den Nutzer\_innen „das Heft aus der Hand“ genommen wird und sie vom Subjekt zum Objekt eines Schutzauftrages werden. Grundsätzlich werden in der Offenen Arbeit Kinder, Jugendliche und Familien im Sinne einer anwaltlichen Pädagogik unterstützt und begleitet. Dabei wird in Abstimmung mit den Betroffenen bei Bedarf der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) einbezogen.

*Was wäre zu tun?*

Das Ziel, den vielschichtigen sozialen wie individuellen Risiken und Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen entgegenzutreten, kann auf evaluierte Konzepte und Modelle zurückgreifen, die aus Einrichtungen der gemeinwesenorientierten Offenen Arbeit mit Kindern und Jugendliche heraus entstanden sind. Dies betrifft insbesondere Projekte/Einrichtungen wie Kinder- und Familienzentren, den Aufbau kleiner sozialräumlicher und lebensweltlicher sowie unkompliziert

... sollte die soziale Infrastruktur jedes Stadtteils den vielfältigen und unterschiedlichen Bewohner-Milieus Zugänge zu ihr zu ermöglichen.

Der Schutz von Kindern, Jugendlichen und deren Rechten hat traditionell besonderes Gewicht in Philosophie und Praxis der Offenen Arbeit.

zugänglicher „Orte der verlässlichen Begegnung“, aber auch Schutzräume für Kinder, Jugendliche und ggf. Familien wie Gästewohnungen/Krisenwohnungen.

Auch Modelle einer sozialräumlichen Verknüpfung von Interventionen, welche direkt mit intensiven individuellen Unterstützungsangeboten auf die in den jeweiligen Quartieren bestehenden Lebensbedingungen zielen, haben sich als geeignet erwiesen, Jugendhilfe auch für Menschen erreichbarer zu machen, die bisher – aus unterschiedlichen Gründen – in Distanz zu bestehenden Regeleinrichtungen oder Institutionen wie dem Jugendamt stehen. Auf diese Weise können Gefährdungsfaktoren wie soziale Isolation, prekäre Versorgungsverhältnisse und als ausweglos empfundene Lebenslagen entgegen gewirkt werden.

Zur Umsetzung eines solchen Vorhabens bedarf es einer auskömmlichen Finanzierung und personellen Ausstattung sowie einer verlässlichen Absicherung von Folgekosten wie u.a. tariflicher Steigerungen oder Inflationsausgleiche.



### Erweiterung der Beteiligungsrechte

Benachteiligte Stadtteile sind oft „Einwanderungsstadtteile“. Um vor allem den Zugezogenen das Einleben zu erleichtern, sind die ethnischen und/oder sprachlichen Communities und deren organisierte Vertreter\_innen besonders zu fördern.

So wichtig Basisdaten wie das RISE (4) Sozialmonitoring sind, so unzureichend sind sie für eine reflexive Jugendhilfeplanung. Ausgangspunkt einer derartigen Planung sind die Lebenslagen der Bewohner eines Quartiers. Das Lebenslagenkonzept ist eine anerkannte und in unterschiedlichen Zusammenhängen gut erprobte Methode, die die objektiven Bedingungen des Einkommens, der Gesundheitsversorgung, der

Wohnung, der Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten sowie der Zugänge zu sozialen und rechtlichen Unterstützungsmöglichkeiten in Beziehung setzt zu den individuellen und gruppenspezifischen Möglichkeiten. Die aus diesem Spannungsverhältnis entstehenden Handlungsspielräume geben in ihrer Entwicklungsfähigkeit oder ihrer Einschränkung Auskunft darüber, welche Mittel der Erweiterung von Handlungsspielräumen wo eingesetzt werden sollten.

### Keine „Zentralisierung des Kinderschutzes“

Diese Rahmung macht deutlich, dass Antworten auf Kindeswohlgefährdungen nur im Quartier bzw. im sozialen Nahraum zu finden sind. Es verbietet sich deshalb jede administrative Zentralisierung, die nicht nur Kompetenz und Personal aus dem Stadtteil abzieht, sondern (unwillentlich) dazu beiträgt, mögliche Zugänge zu Hilfen in belasteten Lebenssituationen zu verschütten, da zentrale Dienste sowohl räumlich wie sozial zu weit entfernt sind. Im Gegensatz dazu sollten die Allgemeinen Sozialen Dienste in die Lage versetzt werden,



Foto: M. Essberger

jeweils dezentral Netze zu spinnen, die im Notfall sowohl hilfreich als auch deeskalierend wirken können. Voraussetzung dafür ist, dass diese Netze vor Eintritt eines „Falles“ verlässlich und verbindlich gebildet werden. Zwischen den beteiligten Trägern und Personen sollten Vereinbarungen geschlossen werden, die regelhaft konsensuale Entscheidungen vorsehen, da nur so der Situation angemessene Entscheidungen getroffen werden können.

Eine Empfehlung für einen „bezirksübergreifenden spezialisierten Kinderschutzdienst“ würde einer verhängnisvollen Haltung eines technisch organisierbaren Kinderschutzes folgen; eine solche Strategie widerspricht den fachlichen Erkenntnissen einer Lebenswelt- und Ressourcenorientierung.

### Themenblock III: Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt

Das im Themenblock III formulierte Erkenntnisinteresse nimmt keinen wirklichen Bezug auf den im Themenblock II

### Eine Empfehlung für einen „bezirksübergreifenden spezialisierten Kinderschutzdienst“ würde ...

festgestellten Zusammenhang von sozialen Bedingungen und Risiken für das Kindeswohl.

Kinder und Eltern haben zuvörderst einen Anspruch darauf, dass Staat und Gesellschaft förderliche Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes, gelingendes Aufwachsen zur Verfügung stellen. Dies ist die Vorbedingung für die Wahrnehmung eines „staatlichen Wächteramtes“, das nicht als Ersatz für eine mangelhafte (soziale) Infrastruktur benutzt werden darf, indem Kinder „aus schlechten Verhältnissen“ herausgeholt und in „geschützten“ sozialpädagogisch gestalteten Settings (ersatzweise) betreut werden. Diese im Themenblock II begründete Erkenntnis wird im Themenblock III in analytischer Perspektive unzureichend aufgenommen. Die Diskussion zu Risikofaktoren und Schädigungsmechanismen nimmt die sozioökonomische Rahmung nicht auf.

Die Vernachlässigung des hier geforderten Blickwechsels auf die belastenden Auswirkungen benachteiligender Lebenslagen korrespondiert mit dem offensichtlich bevorzugten Konzept eines „Präventiven Opferschutzes“ als grundlegendem Ansatz für den Kinderschutz. Dem entgegen ist eine sozialpädagogische Perspektive für die Gewährleistung von Kindeswohl zu fördern: Jugendhilfe darf nicht auf den Aspekt der Gefahrenprävention verkürzt werden. Stattdessen müssen Handlungsoptionen gesucht und genutzt werden, die bedeutsam sind, die gesunde Entwicklung aller Kinder zu ermöglichen und so Kindeswohlgefährdung gar nicht erst entstehen zu lassen.

### Partnerschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsames Fallverständnis

Die strukturell und rechtlich normierte Rahmung wurde grundlegend in der Sitzung der Enquete-Kommission am 8. Juni 2018 von Prof. Dr. Wiesner vorgestellt. Die gebotene Hilfe für das Eltern-Kind-System und deren praktische Ausgestaltung durch Fachkräfte freier Träger im Spannungsfeld von Schutz und Eingriff wurde im Themenblock I u.a. mit Bezug auf die §§ 8a, 8b SGB VIII thematisiert.

Die für den Themenblock III benannten Fragen aus der Einsetzungsdrucksache haben diese Perspektiven bisher nicht berücksichtigt.

Die Thematik „Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt“ muss auch die Dimensionen der Zusammenarbeit mit Betroffenen und deren Familiensystem einbeziehen wie ebenso die der gebotenen Zusammenarbeit der Fachkräfte des öffentlichen Trägers (Jugendamt/ASD) und der freien Träger – sowohl auf der analytischen Ebene als insbesondere im Hinblick auf praxistaugliche Empfehlungen.

Das Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses zur Durchführung erfolgreicher Hilfen zwischen Jugendamt/ASD, Kindern und ihren Familien und Fachkräften freier Träger muss als rechtlich und fachlich gebotene Maxime für erfolversprechende Handlungsstrategien zur Vermeidung von „Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt“ analytisch erfasst und als Fragestellung für die ausstehenden Empfehlungen benannt werden.

Zur Frage nach wirksamen Strategien zur Vermeidung von „Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt“ gehört auch die Frage der organisatorischen Rahmung. Aufzuziehen und anzuknüpfen ist an der wesentlichen Feststellung, wonach zu den Strukturprinzipien der Jugendhilfe in Deutschland die partnerschaftliche Zusammenarbeit der freien und öffentlichen Jugendhilfe gehört, was wiederum – auch im Hinblick auf das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen – ein plurales Angebot erfordert.

Zudem brauchen wir gerade für wirksame Strategien zur Vermeidung von „Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt“ eine sozialräumlich kundige, dezentral aufgestellte und professionell fachlich kooperierende Struktur vielfältiger Dienste, Einrichtungen und Angebote diverser Institutionen und Träger. Die Vorschriften gemäß der §§ 8a, 8b SGB VIII verweisen auf eine solche gemeinsame und nur dezentral vor Ort im Alltag wirklich umsetzbare Verantwortung.

### **Mangelnde Aussagekraft quantitativer Daten**

Auch für den Bereich „Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt“ wurden amtliche Statistiken und Dunkelfelderhebungen erörtert. Die quantitativen Daten zu Kindeswohlgefährdung bzw. deren Interpretation im Städtevergleich bleiben letztlich spekulativ: Ein höheres Risiko einer Kindeswohlgefährdung in Hamburg als im Bundesdurchschnitt ist nicht zu belegen.

Diese Einschränkung gilt auch für die Erörterung von Gesamtausgaben zu den Hilfen zur Erziehung im Themenblock IV oder Überlegungen zur Entwicklung des Personalbestandes im Themenblock V.

### **Vertrauens- und Datenschutz**

Für die Empfehlungen lohnt ein Auftrag, wonach zum Datenschutz und dessen Bedeutung für den Vertrauensschutz ein einheitliches Bewusstsein geschaffen werden soll. Alle Schlussfolgerungen in Richtung auf partnerschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsames Fallverständnis, reflexive Dialoge und gleichberechtigte Kooperation sind geeignete Beiträge, um die Grundlagen und Handlungsbedingungen für eine Förderung des Kindeswohls und einen guten Kinderschutz zu verbessern.

... einer verhängnisvollen Haltung eines technisch organisierbaren Kinderschutzes folgen.

Gerade für den Bereich „Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt“ gilt im Sinne einer „sozialpädagogischen Perspektive“ zur Förderung des Kindeswohls und unter Berücksichtigung der lebensweltlichen Bedingungen in – oft, jedoch nicht immer sozial und materiell – prekären Lebenslagen das nicht hintergehbare Gebot einer vertrauensvollen, verlässlichen und reflexiven Kooperation aller Beteiligten. Damit ist alltagspraktisch und verfahrensmäßig (Datenschutz) die rechtlich und fachlich gebotene Dimension einer vertrauensvollen Zusammenarbeit benannt.

### **Themenblock IV: Organisatorische und konzeptionell-fachliche Gestaltung von Kinder- und Jugendhilfe und Kinderschutz**

und

### **Themenblock V: Personal, Fachkräfte und Leitungskräfte der Sozialen Dienste und andere Akteure**

Über Verregelung, Bürokratisierung, unangemessene Dokumentationspflichten bei der Arbeit in den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter wird bundesweit geklagt. Die Fachkräfte können in aller Regel nur noch eingeschränkt einer professionellen Sozialen Arbeit nachgehen. Die fehlende



Zeit für Beratung und Beziehungsarbeit behindert nicht nur den Kinderschutz. Auch auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Adressat\_innen kann nicht mehr adäquat eingegangen werden. In der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe potenziert sich diese Situation durch einen überbordenden und unübersichtlichen Anlageband, eine Jugendhilfeinspektion mit vorrangigem Kontrollcharakter, eine unübersichtliche Leitungsstruktur, ein untaugliches Dokumentationssystem JUS-IT und letztlich ein Qualitätsmanagementsystem, das die fachliche Arbeit erschwert. Nicht zuletzt aus diesen Gründen kann in Hamburg eine hohe Fluktuation, ein hoher Krankenstand und eine Motivationsproblematik im Arbeitsfeld des ASD verzeichnet werden. All dies wurde durch die Ergebnisse der Online-Befragung und die Anhörung der Landesarbeitsge-

meinschaft ASD in der Sitzung der Enquete-Kommission am 28./29.6.2018 bestätigt. Hier ist dringend eine Umkehr notwendig, auch um das verloren gegangene Vertrauen bei den Fachkräften im ASD und bei den freien Trägern (Anhörung der AGFW am 7./8. Juni 2018) wieder zu gewinnen.

Auch die gleichzeitigen Vorgaben zur Umsteuerung in der Jugendhilfe von HzE zu SHA gehen dann in die falsche Richtung, wenn sie dazu führen sollten, dass Rechtsansprüche aufgeweicht werden und die geeigneten und notwendigen Hilfen sich nicht mehr an den Bedarfen der Adressat\_innen ausrichten.

Nichtintendierte „Nebenwirkungen“ eines top-down installierten managerialistischen Ansatzes, den Eileen Munro in Beziehung setzt zu rationalem und technischem Vorgehen, lassen sich ihrem im Auftrag der britischen Regierung erstellten „Munro Review of Child Protection“ entnehmen. (5) Ein zentraler Befund des „Munro-Reports“ ist, dass der Vorgang



– das Verfahren mit Zielvorgaben, eingeforderter Daten- und Informationssammlung sowie überbordender schriftlicher Dokumentation – und nicht mehr die Praxis Sozialer Arbeit im Fokus stünden. (6) Dies, schlussfolgert Munro, „has also limited the system’s ability to hear feedback from children, families or frontline workers about problems in practice.“ (7) Jedoch sei aus Perspektive von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern die beziehungsaufbauende praktische, kommunikative Arbeit miteinander wesentlich für eine erfolgreiche Hilfe. (8)

Ein Befund, der durch eine Expert\_innenanhörung in der Enquete-Kommission untermauert wurde. In der im März 2018 stattgefundenen Sitzung referierten Timo Ackermann und Pierinne Robin Ergebnisse aus einer von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebenen Beteiligungswerkstatt mit Kindern und Eltern. (9) Eltern merkten an, so die Referent\_innen, dass sie nicht zu einer Nummer im Jugendamt, sondern als Einzelfall, als Menschen wahrgenommen werden wollen. Wirklich hilfreich ist aus Sicht der befragten Eltern eine lebensweltlich orientierte Hilfe gewesen, in welcher zuständige Sozialarbeiter\_innen aufbauend und Selbstvertrauen stärkend

Zu den Strukturprinzipien der Jugendhilfe gehört die partnerschaftliche Zusammenarbeit der freien und öffentlichen Jugendhilfe.

wirkten und genügend Kraft und Ruhe für die Belange von ihnen und ihren Kindern mitbrachten. Ebenso wichtig sind ihnen partizipativ getroffene Entscheidungen sowie eine transparente Struktur im Jugendamt und Information über Verfahrensschritte.

### Qualitätsdebatte in der Jugendhilfe

In der Jugendhilfe, speziell im ASD in Hamburg, wurde ein Qualitätsmanagementsystem (QMS) nach DIN ISO 9001 zertifiziert durch den TÜV Nord eingeführt. Die Auswirkungen dieser Top-Down Implementierung spielte in der Enquete-Kommission bis jetzt keine große Rolle, bis auf einen kritischen Beitrag von Prof. Dr. Merchel. Nimmt man die Vorstellung von Sozialer Arbeit seitens der BASFI im Sinne von Kontrolle, Management und Dokumentation als Kernaufgaben zur Grundlage, ist die Einführung eines betriebswirtschaftlichen QMS umgeben von einer Jugendhilfeinspektion und der JUS-IT Dokumentation in sich logisch. Die Festlegung auf die im QMS standardisierten Abläufe, mit der Hoffnung auf messbare Kriterien, führen dazu, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Adressat\_innen (eine unbedingte Voraussetzung für gelingende Unterstützung) insbesondere für Kinder und Jugendliche nur formalen Charakter bekommen und sich die Prozesse bis zum Beginn der Hilfe verlängern.

Ein QMS, das vorwiegend eingesetzt wird, um Arbeitsprozesse zu kontrollieren und damit auch zu sanktionieren, und das betriebswirtschaftliche Effekte im Sinne von Kosteneinsparung erzielen soll, steht im Widerspruch zu professionellen sozialpädagogischen Grundsätzen. Das QMS erreicht das Gegenteil und entspricht nicht den fachlichen Anforderungen an eine professionelle Soziale Arbeit.

Fachlich sinnvoll ist nur eine dialogisch ausgerichtete Qualitätsentwicklung (QE) – zum Beispiel über Qualitäts- und Fallwerkstätten. Diese dient dem gemeinsamen Lernen, der Partizipation der unmittelbar Beteiligten, der Überprüfung der Fachpraxis und führt zur Steigerung der Arbeitsmotivation, Entfaltung von Fähigkeiten und fachlichen Standards der Sozialen Arbeit, zur Steigerung der Arbeitszufriedenheit und auch der Bereitschaft, Methoden der Qualitätsentwicklung anzunehmen, da diese zusammen mit den Fachkräften entwickelt werden. Insbesondere im Kinderschutz wird die dialogische QE bundesweit immer mehr und erfolgreich eingesetzt (10).

### Jugendhilfeinspektion

Weiterhin kritisch zu reflektieren bleiben Konzeption, Praxis und Evaluation der Jugendhilfeinspektion (JI). Im Themenblock IV wird die analytische Frage (8.1 aus der Einsetzungsdrucksache) aufgenommen, ob die JI der Einhaltung von

Standards und Regeln sowie der Etablierung einer förderlichen „Fehlerkultur“ dienlich sein kann. Die Veröffentlichung zentraler Befunde der Evaluation der JI im Sommer 2018 soll abgewartet werden.

Bereits beginnend etwa 2009 wurde in der Hamburger Jugendhilfe sukzessiv eine wahrscheinlich deutschlandweit bislang einzigartige Qualitätsentwicklungsoffensive im Bereich der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe gestartet. Im Rahmen dieser Offensive wurden diverse Maßnahmen synchronisiert und damit wirkmächtig eingeführt. Neben der Fachanweisung ASD, dem Anlagenband zur Fachanweisung, JUS-IT und dem QMS nach DIN EN ISO 9001:2015 stellte die Jugendhilfsinspektion (JI) ein zentrales Element dar. Zunächst als Organ der Fachaufsicht implementiert, soll diese mittlerweile auch als Element der Qualitätssicherung dienen. Dieses Spannungsfeld zwischen Fachaufsicht und Element der Qualitätssicherung setzt sich in der Auftragsgestaltung der JI fort, wobei durch die unnötig frühzeitige Festschreibung im Hamburger Ausführungsgesetz zum KJHG die freien Träger der Jugendhilfe zu rechtlich fragwürdigen Informationspflichten gezwungen werden sollen. (11) Neben Regelinspektionen soll die JI auch anlassbezogene Prüfungen einzelner ASD-Abteilungen, welche in der Regel in Verläufen tragischer Einzelfälle involviert sind, durchführen. Bislang erfolgte eine wissenschaftliche Begleitung des Konzeptes nur im Bereich der Regelinspektion. Für die anlassbezogenen Inspektionen verzichtet die zuständige Fachbehörde auf ein solches Konzept. Insbesondere die anlassbezogenen Inspektionen führten jedoch zu einem ausgeprägten Misstrauen der ASD Fachkräfte gegenüber den Mitarbeiter\_innen der JI. Bestätigt wurde diese Einschätzung durch die von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebene und von den Professoren Biesel und Messmer realisierte Metaanalyse der bislang vorliegenden Jugendhilfsinspektionsberichte.

Die JI selbst als Instrument der Fachaufsicht und Qualitätsentwicklung fand in der Analysephase der Enquete-Kommission noch keine Berücksichtigung, obwohl klare Aussagen in der Fachöffentlichkeit existieren, welche die Geeignetheit der JI für die beiden genannten Aufgabenbereiche massiv anzweifeln (u.a. von der Landesarbeitsgemeinschaft ASD in Hamburg).

Um beiden Aufgabenbereichen der JI aus einer professionellen Perspektive gerecht zu werden, müssen diese voneinander getrennt werden. Die anlassbezogenen Untersuchungen sollten von einer systemfremden Institution durchgeführt werden, ansonsten ist eine normale Fachaufsicht zu installieren. Insofern ist die JI ersatzlos abzuschaffen. Für den Bereich der Qualitätsentwicklung wurden bereits im Punkt Qualitätsdebatte in der Jugendhilfe Lösungsstrategien vorgestellt.

Überbordendes bürokratische Regelwerk erhöht die Gefahr, dass es genau dazu beiträgt, was es verhindern will: zur Gewalt gegen Kinder.

### JUS-IT – ein umstrittenes Dokumentationssystem

Gegen erhebliche Widerstände in der Praxis wurde JUS-IT am 12.05.2012 eingesetzt. Nach unserer Einschätzung schlagen sich seit dieser Zeit die Mitarbeiter\_innen der Jugendämter mit einer Softwarelösung herum, „die instabil läuft, in keiner Weise benutzerfreundlich ist, das heißt nicht selbsterklärend, bei der Abläufe im ASD an die Software angepasst werden mussten und nicht umgekehrt, weiterhin Doppelarbeit zu leisten ist, weil parallel in der elektronischen sowie in der Papierakte gearbeitet wird, die immer noch federführend ist“ (Originalton aus der Praxis).

Unbestritten benötigt die Bearbeitung komplexer Fallsituationen, wie sie im ASD im Jugendamt anfallen, eine qualifizierte Dokumentation, die in der heutigen Zeit über eine entsprechende Software gestaltet werden kann. Das Wesentliche der Dokumentation besteht im Sichtbarmachen und Festhalten des sozialarbeiterischen Arbeitsprozesses. Da im ASD bei



Fallsituationen häufig Nachweise und Stellungnahmen insbesondere in Kinderschutzangelegenheiten erstellt werden müssen, dient eine Dokumentation auch der Darstellung von rechtsrelevanten Handlungen. Eine Software muss daher unterstützenden Charakter haben, leicht und fehlerfrei zu bedienen sein und die eigentliche Tätigkeit von Sozialarbeiter\_innen entlasten bzw. ihnen die notwendige Beziehungsarbeit und Arbeit in den relevanten Systemen der Adressatensituation einschließlich des Sozialraumes ermöglichen.

Eine externe Kosten-Nutzen-Analyse ist dringend erforderlich. Entweder kann JUS-IT erheblich verschlankt und auf die Anforderungen von Arbeitsprozessen Sozialer Arbeit umgeändert werden oder JUS-IT muss durch ein Softwaresystem ersetzt werden, das keine Personalressourcen verschlingt und den fachlichen Notwendigkeiten entspricht. Langfristig gesehen können damit nicht unerheblich Kosten eingespart werden.

### ASD-Leitungen

Neben den ASD-Fachkräften kommt insbesondere den ASD-Leitungen in der Gestaltung der alltäglichen Arbeit eine erhebliche Verantwortung zu. Sie sind einerseits das Schar-

nier zwischen den höheren Führungsebenen des öffentlichen Trägers der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe als Vertreter\_innen des Verwaltungssystems und andererseits der komplexen, dynamischen, bedürfnisorientierten und ggf. kaum steuerbaren Lebenswelt der Adressat\_innen. Diese Doppelung überträgt sich auch auf den ASD-Abteilungsalltag.

ASD-Leitungen müssen darauf achten, dass die ASD-Fachkräfte als Professionelle der Sozialen Arbeit als intermediäre Instanz zwischen dem System der Kinder- und Jugendhilfe und der Lebenswelt der Adressat\_innen durch Aushandlung oder ggf. Anpassung vermitteln und damit verhindern, dass Letzteres durch das Verwaltungssystem der Kinder- und Jugendhilfe kolonialisiert wird.

Das bereits mehrfach erwähnte Regelwerk, für dessen Umsetzung auf der operativen Ebene die ASD-Leitungen die Verantwortung tragen, beschleunigt möglicherweise bei unreflektiertem Einsatz z.B. über Kontrolle und Aufsicht der Mit-



arbeiter\_innen, solche Kolonialisierungsprozesse und konterkariert damit Prinzipien einer professionellen Sozialen Arbeit im ASD und verhindert im ungünstigsten Fall sogar den Kinderschutz. Verschärft wird diese Problematik, wenn ASD-Leitungskräften im Rahmen ihrer Verwendung und möglicherweise auch in Fortbildungen vermittelt wird, dass ASD-Leitung keine Soziale Arbeit sei. So äußerte sich die Vertreterin des Personalamts in einer Sitzung der Enquete-Kommission. (12) Dagegen zeichnete Prof. Dr. Merchel in seinem Vortrag zum Themenbereich „Personalmanagement und Leitungsaufgaben im ASD“ am 30.11.2017 ein weitaus differenzierteres Kompetenzprofil von ASD-Leitungen als professionelle Aufgabe. (13)

Neben anderen Kompetenzen müssen ASD-Leitungen mittels Kommunikation dazu beitragen, dass die ihnen unterstell-

Eltern möchten nicht zu einer Nummer im Jugendamt, sondern als Einzelfall, als Menschen wahrgenommen werden.

Fachlich sinnvoll ist nur eine dialogisch ausgerichtete Qualitätsentwicklung, zum Beispiel über Qualitäts- und Fallwerkstätten.

ten ASD-Fachkräfte zur Erfüllung ihrer Aufgaben die notwendigen professionellen Handlungsspielräume erhalten, um mit den Adressat\_innen nach den notwendigen und geeigneten Unterstützungsangeboten zu suchen und damit passgenaue Regelungen zu finden. Dazu bedarf es einer zentralen Voraussetzung: Leitungskräfte mit einem reflektierten Verständnis von professioneller Sozialer Arbeit als einer Arbeit im Sinne ihrer Adressat\_innen.

### Zusammenfassung unserer Leitlinien als Vorschläge für die Empfehlungen der Enquete-Kommission

**Themenblock I:** Kinderrechte sind nur dann wirklich eigenständig, wenn sie grundlegende Rechte mit den materiellen Ressourcen ihrer Realisierung verbinden. Maßstab dafür ist die umfassende Verbesserung aller Lebensbedingungen, von Einkommen über Wohnen bis hin zur Bildung, gerade der ärmsten Kinder und ihrer Familien.

**Themenblock II:** Nichts gefährdet das Kindeswohl so stark wie Armut. Auch wenn allgemeinverbindliche Regelungen nur auf Bundesebene möglich sind, lassen sich auf Landesebene (die in Hamburg zugleich die kommunale ist) zahlreiche Verbesserungen der Handlungsspielräume für Kinder und ihre Familien umsetzen. Neben dem kostenlosen Besuch der Kita (der regelhaft einen Achtstundentag mit Frühstück und Mittag beinhaltet) und einem inklusiven Aus- und Umbau der Ganztagschule geht es vor allem darum, die soziale Infrastruktur jedes Stadtteils in die Lage zu versetzen, den vielfältigen und unterschiedlichen Bewohner-Milieus Zugänge zu ihr zu ermöglichen. Dabei spielen die Offene Kinder- und Jugendarbeit und die Familienförderung eine wichtige Vermittlungsrolle. Derartige dezentrale Settings könnten genau das ermöglichen, was eine Zentralisierung der Dienste mit Sicherheit verhindern würde: den Zugang zu gefährdeten Familien.

**Themenblock III:** Das überbordende bürokratische Regelwerk erhöht die Gefahr, dass es genau dazu beiträgt, was es verhindern will: zur Gewalt gegen Kinder. Die Wirksamkeit einer konsequenten Regelanwendung wird letztlich nur programmatisch behauptet – sie muss permanent kritisch-reflexiv überprüft werden: Die Komplexität des Alltags und der Einzelfälle kann nicht erfolgreich bearbeitet werden in Form einer strikten Regelanwendung. Die (Aus-) Wirkungen für Betroffene sind immer maßgeblich zu reflektieren. Ex-post-Analysen sind im Sinne von dialogischen Fallwerkstätten zu gestalten und dürfen nicht für Debatten zur öffentlichkeitswirksamen Schuldzuweisung missbraucht werden.

**Themenblock IV und Themenblock V:** Wenige grundlegende Regeln wären in der Praxis hilfreicher. Ein quartierspezifisches „Kollegium“, das sich unabhängig von einem akuten Fall über zu realisierende Handlungsschritte verständigt, sollte diejenigen Personen aus den Einrichtungen eines Stadtteils umfassen, die in ihrer jeweiligen Qualifikation dafür kompetent sind. In eine derartige interdisziplinäre und interinstitutionelle kollegiale Beratung wären die Fachkräfte des ASD kompetent eingebunden.

Auf dieser Basis könnte eine dieser Struktur analoge Qualitätsentwicklung das für einen effektiven Kinderschutz kontraproduktive QMS ersetzen. Statt einer Jugendhilfeinspektion sollten regelhaft Supervision und kontinuierliche Fortbildungen zur Verfügung stehen. JUS-IT könnte zu einer unterstützenden Software weiterentwickelt werden. ASD-Leitungen könnten von Input- und Output-Kontrollen befreit werden und das tun, was gute Leitungen jetzt schon tun: die Arbeit der Mitarbeiter\_innen absichern, unterstützen und neue Wege ermöglichen.

Fachlich sinnvoll ist nur eine dialogisch ausgerichtete Qualitätsentwicklung, zum Beispiel über Qualitäts- und Fallwerkstätten.

#### Anmerkungen und Literatur:

- 1) Schmahl, Stefanie (2. Aufl. 2017). Kinderrechtskonvention mit Zusatzprotokollen. Handkommentar. Baden-Baden
- 2) Protokoll vom 8.6.2017, S. 24 f. Quelle: <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/58597/protokoll-der-oeffentlichen-sitzung-der-ek-kinderschutz-und-kinderrechte-weiter-staerken-.pdf>. [09.07.2018]
- 3) Albus, S./Greschke, H./Klingler, B./Messmer, H./Micheel, H.-G./Otto, H.-U./Polutta, A. (2010). Abschlussbericht der Evaluation des Bundesmodellprogramms „Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen nach §§ 78 ff. SGB VIII“. Münster, S. 165
- 4) Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung
- 5) Munro, E. (2011). The Munro Review of Child Protection: Final Report. A childcentred system, S. 86. Quelle: <https://www.gov.uk/government/publications/munro-review-of-child-protection-final-report-a-child-centred-system>. [04.07.2018]
- 6) Ebd., S. 86 f.
- 7) Ebd., S. 128
- 8) Ebd., S. 87
- 9) Protokoll der Sitzung vom 22.03.2018, S. 10 und Anhang 2. Quelle: <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/62384/protokoll-der-oeffentlichen-sitzung-der-enquete-kommission-kinderschutz-und-kinderrechte-weiter-staerken-.pdf>. [04.07.2018]



„Das entscheidende Ergebnis liegt dabei nicht nur in der Herausarbeitung einzelner Wirkfaktoren, sondern in dem Erkennen ihres systematischen Zusammenwirkens als ‚Wirkmechanismus‘.“ (14)

4. Juli 2018

- 10) Reinhart Wolff (Hrsg.). Von der Konfrontation zum Dialog. Kindesmisshandlung – Kinderschutz – Qualitätsentwicklung. Köln 2010
- 11) §19a Abs. 3 des kurz vor Beginn der Enquete-Kommission verabschiedeten Landesausführungsgesetze zum SGB VIII (vom 7. März 2017) normiert eine umfassende Unterstützungs- und Auskunftspflicht der von einer Untersuchung betroffenen öffentlichen Stellen und freien Träger – inklusive Zugriff auf Dokumente, Akten und Daten. Gegen diese Bestimmung haben mehrere diakonische freie Träger Feststellungsklage beim Hamburger Verwaltungsgericht erhoben.
- 12) Protokoll der Sitzung am 30.11.2018, S. 12. Quelle: <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/60832/protokoll-der-oeffentlichen-sitzung-der-ek-kinderschutz-und-kinderrechte-weiter-staerken-.pdf>. [09.07.2018]
- 13) Ebd., S. 12 ff. und Anlage 4
- 14) Siehe Endnote 3

#### Der Begleitkreis

entstand aus einer zivilgesellschaftlichen Initiative für eine Enquete-Kommission der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe. Vertreter\*innen verschiedener Verbände sowie aus Theorie und Praxis Sozialer Arbeit begleiten seit der Einsetzung der Enquete-Kommission im Oktober 2016 die Arbeit ihrer Mitglieder.

# Kinderrechte und Partizipation

## Sozialbehörde richtet Länderfonds mit dem Deutschen Kinderhilfswerk ein

von Anja Zeese und Sebastian Schiller

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) kooperiert seit Juni 2018 mit dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW). Gemeinsam ist der Länderfonds „Rechte und Beteiligung von Hamburger Kindern und Jugendlichen“ eingerichtet worden. Mit dem Länderfonds sollen Projekte unterstützt werden, bei denen junge Menschen einerseits aktiv an Entscheidungen beteiligt werden und andererseits ihre Rechte gemäß der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen besser kennenlernen. Akteure, die ein Projekt durchführen möchten, können ab sofort eine Projektskizze einreichen.

### Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen

Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-KRK) ist das wichtigste internationale Menschenrechtsinstrumentarium für Kinder. Die UN-KRK wurde 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedet und am 26. Januar 1990 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Offiziell in Kraft getreten ist die UN-KRK in der Bundesrepublik nach Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates am 05. April 1992. Darüber hinaus sind in den Jahren seit Verabschiedung der UN-KRK drei Zusatzprotokolle hinzugefügt worden, in denen Regelungen zu Kindern in bewaffneten Konflikten und zu Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie getroffen wurden sowie die Möglichkeit zur Individualbeschwerde eröffnet wurde.

Eine der wichtigsten Grundaussagen der UN-KRK ist, dass Kinder Träger eigener unveräußerlicher Rechte sind. Unter anderem daran lässt sich die enorme Bedeutung der Kinderrechtskonvention festmachen, denn der Blick auf Kinder als Subjekte mit garantierten Rechten stellte bei Verabschiedung der Konvention einen neuen, fast revolutionären Ansatz dar. Kinder wurden bis dahin meist als Schutzbefohlene der Erwachsenen gesehen und nur die Erwachsenen besaßen definierte und einklagbare Ansprüche und Rechte. Hier hat die UN-KRK einen umfassenden Paradigmenwechsel vollzogen.

Akteure, die ein Projekt durchführen möchten, können ab sofort eine Projektskizze einreichen.

Die UN-KRK definiert mit ihren 54 Artikeln Standards zum weltweiten Umgang mit Kindern und verfolgt das Ziel, die Bedingungen zu verbessern, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kin-

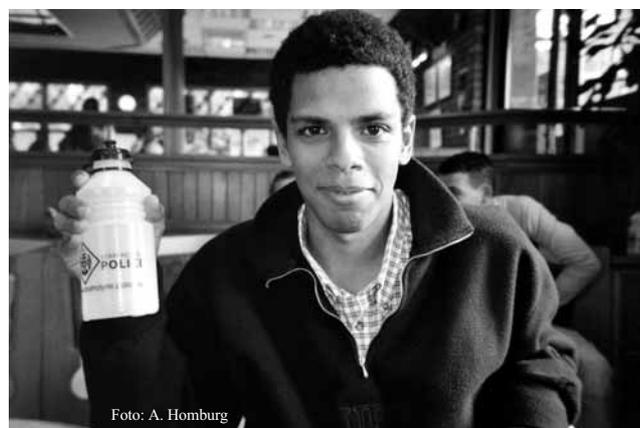


Foto: A. Homburg

des hat vier sogenannte allgemeine Prinzipien (general principles) definiert, welche den Artikeln der Konvention zugrunde liegen: *Nichtdiskriminierung* (Art. 2), *Vorrang des Kindeswohls* (Art. 3 Abs. 1), *Recht auf Leben und Entwicklung* (Art. 6) sowie das *Recht auf Beteiligung* (Art. 12):

- *Nichtdiskriminierung* bedeutet, dass jedes Kind, unabhängig von seiner Sprache, Religion oder Hautfarbe, egal ob mit Behinderung oder ohne und auch unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus genau dieselben Rechte besitzt. Einem ausländischen Kind bspw. steht laut Kinderrechtskonvention eine ärztliche Versorgung in gleicher Qualität zu wie einem Kind mit deutscher Staatsbürgerschaft.
- Der *Vorrang des Kindeswohls* meint, dass bei jeder Entscheidung, die Kinder betrifft – so beispielsweise beim Bau einer neuen Straße oder bei Entscheidungen eines Familiengerichtes – das Wohl des Kindes als ein vorrangiger Gesichtspunkt berücksichtigt werden muss.
- Aus dem *Recht auf Leben und Entwicklung* folgt unter anderem, dass alle Kinder in Deutschland die gleichen Chancen auf ein gelingendes Leben besitzen und somit ein Recht darauf, dass mögliche herkunftsbedingte Bildungsnachteile in Kitas, Schulen oder durch gesonderte Förderung ausgeglichen werden.

- Aus dem *Recht auf Beteiligung* schließlich ergibt sich, dass die Meinung der Kinder und Jugendlichen bei sämtlichen ihre Angelegenheiten betreffenden Entscheidungen berücksichtigt werden muss. Dabei kann es z.B. um den Bau eines Spielplatzes oder die Erweiterung eines Jugendzentrums gehen.

In der Regel werden aus diesen Grundprinzipien zehn zentrale Kinderrechte abgeleitet, zu denen, neben den bereits genannten Rechten bspw. auch das *Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung* und das *Recht auf eine gewaltfreie Erziehung und eine Privatsphäre* zählen.

## Umsetzung der Kinderrechtskonvention durch die Vertragsstaaten

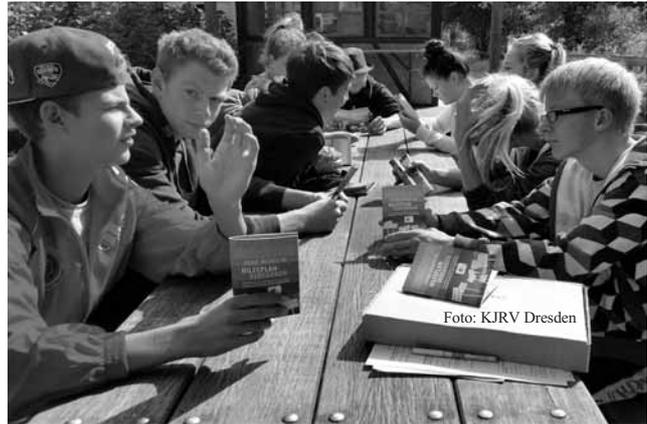
Jeder Vertragsstaat hat für sich dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte der Kinder im eigenen Land gewahrt werden; politisches Handeln hat demnach stets im Sinne des Kindeswohls zu erfolgen. Um dieses staatliche Handeln zu überprüfen, sieht Artikel 44 der UN-KRK vor, dass alle Vertragsstaaten regelmäßig über die Umsetzung der Kinderrechte und Maßnahmen berichten, die hierfür ergriffen wurden (vgl. Feige, 2017).

Die Staatenberichte sind dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes vorzulegen, welcher aus unabhängigen Expertinnen und Experten besteht. Der Kinderrechteausschuss hat

Studien zeigen, dass Kindern und Jugendliche ihre eigenen Rechte oft nicht ausreichend bekannt sind.

nach Vorliegen eines Staatenberichts die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen und ergänzende Unterlagen zu verlangen. Parallel zu einem Staatenbericht werden durch die Zivilgesellschaft ergänzende Berichte erstellt, in Deutschland maßgeblich getragen durch die National Coalition, ein Zusammenschluss von derzeit über 100 Organisationen und Initiativen. Ein direkter Austausch über die Umsetzung der UN-KRK erfolgt in Form eines „Konstruktiven Dialogs“ zwischen Vertreterinnen und Vertretern eines Vertragsstaates und dem Ausschuss. Identifiziert der Ausschuss Schwachstellen bei der Umsetzung der Kinderrechte, wird er Empfehlungen an den entsprechenden Vertragsstaat adressieren.

Die Bundesrepublik Deutschland erstellt gegenwärtig einen neuen Staatenbericht und wird ihn Mitte 2019 dem Kinderrechteausschuss vorlegen. Alle bisherigen Berichte der Bundesrepublik Deutschland und weitere Veröffentlichungen zum Thema Kinderrechte können bei der „Monitoring-Stelle UN-KRK“ abgerufen werden. Angesiedelt ist die Monitoring-Stelle beim Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin.



## Kinder und Jugendliche über ihre Rechte informieren

Neben der Berichtspflicht haben die Vertragsstaaten gemäß Artikel 42 der UN-KRK auch die Aufgabe die Inhalte der Kinderrechtskonvention bei Erwachsenen und Kindern bekannt zu machen (Bekanntmachungsverpflichtung).

Der Länderfonds „Rechte und Beteiligung von Hamburger Kindern und Jugendlichen“ ist für die Freie und Hansestadt Hamburg ein weiteres Instrument, um dieser Verpflichtung nachzukommen. Für Kinder und Jugendliche ist es sehr wichtig, die eigenen Rechte zu kennen. Denn nur so sind sie in der Lage, auf diese Rechte aufmerksam zu machen, wenn jemand diese verletzt.

Studien zeigen, dass Kindern und Jugendliche ihre eigenen Rechte oft nicht ausreichend bekannt sind. Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerkes kennen sich bundesweit weniger als 20% der befragten Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 17 Jahren „mit den Kinderrechten ganz gut aus“ (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk, 2018a). In Hamburg geben 16% der Befragten an, sich mit den Kinderrechten gut auszukennen und einzelne Kinderrechte benennen zu können (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk, 2018b).

Neben der Bekanntheit der Kinderrechte ist auch deren Umsetzungsstand aus Sicht der Kinder und Jugendlichen interessant, um daraus Aufträge an Politik, Verwaltung und Fachkräfte vor Ort abzuleiten. Mit Blick auf das Beteiligungsrecht zeigen die Umfrageergebnisse für Hamburg u.a., dass 19% der befragten Kinder und Jugendlichen häufig/gelegentlich bei Entscheidungen in der Stadt mitbestimmen konnten (ebd.). Damit liegt Hamburg über den Bundesdurchschnitt

Für Hamburg wird angestrebt, künftig noch mehr Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung der Stadt mitwirken zu lassen.



Foto: Stefanie Eisenschenk\_flickr

von 13%. Für Hamburg wird trotz dieses guten Abschneidens angestrebt, künftig noch mehr Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung der Stadt mitwirken zu lassen.

### Das Recht beteiligt und gehört zu werden

Es lassen sich vielfältige Gründe anführen, warum Kinder und Jugendliche beteiligt werden sollten, nur einige können hier schlaglichtartig genannt werden: Unter 18-Jährige können auf Europa-, Bundes- und meist auch auf Landesebene noch nicht wählen (in Hamburg allerdings dürfen junge Menschen ab Vollendung des 16. Lebensjahres bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen abstimmen). Damit ist ihnen der Zugang zu dem wichtigsten Mitbestimmungselement der repräsentativen Demokratie verwehrt und es müssen alternative Mitbestimmungsmöglichkeiten organisiert werden. Das Erlernen von Demokratie, und darin eingeschlossen das Erleben von Beteiligung, das Erwerben sozialer Kompetenzen wie Kompromissfähigkeit, die Fähigkeit zum Austausch rationaler Argumente sowie die Achtung von Minderheiten sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Demokratie. Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit führt kein Weg daran vorbei, in einer alternden Gesellschaft den Interessen der jungen Menschen zu stärkerer Berücksichtigung zu verhelfen (vgl. Newiger-Addy, 2016). Aus Studien ist ferner bekannt, dass frühe Beteiligung zu verstärktem gesellschaftlichen Engagement in der Erwachsenenzeit führt (vgl. Wedekind/Daug, 2007). Beteiligung verbessert darüber hinaus die Resilienz, also die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, Konflikte und Krisen zu bewältigen (ebd.). Gerade für das Durchbrechen von Armutskreisläufen ist diese Fähigkeit von enormer Bedeutung, gewinnen doch von Armut betroffene Kinder und Jugendliche durch Beteiligung entscheidende Kompetenzen hinzu, mit Hilfe derer sie die Folgen sozialer Benachteiligung kompensieren lernen (vgl. Lutz, 2012).

Nicht vergessen werden sollte, dass sämtliche Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, an Akzeptanz und an Qualität gewinnen, sobald Kinder und Jugendliche einbezogen werden. Dies betrifft z.B. den Bau von Spielplätzen, die Angebotsplanung von Offener Jugendarbeit, die Jugendhilfeplanung und Entscheidungen des Bauamtes.

### § 33 Bezirksverwaltungsgesetz

In der Freien und Hansestadt Hamburg wird durch § 33 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) sichergestellt, dass Kinder und Jugendliche in angemessener Weise beteiligt werden, sofern Planungen und Vorhaben der Bezirke ihre Interessen betreffen. Die Bezirksämter haben diesbezüglich die Aufgabe Verfahren zu entwickeln, die eine adäquate Beteiligung von Kindern und Jugendlichen garantieren.

Fünf der sieben Hamburger Bezirke haben sich dafür entschieden, detailliertere Regelungen zur Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Vereinbarungen festzuhalten. Die Vereinbarungen identifizieren u.a. Planungsbereiche, bei denen die Meinung junger Menschen im Besonderen zu berücksichtigen ist. Hierzu gehört auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes (Stadt- und Verkehrsplanung). Daneben sehen die Vereinbarungen der Bezirke vor, bezirkliche Arbeitsgruppen zu implementieren, die den Umsetzungsprozess des § 33 BezVG sicherstellen sollen.

### Der Länderfonds im Überblick

Der Fonds umfasst für die Jahre 2018 und 2019 je Mittel in Höhe von 40.000 €, die zur Hälfte vom DKHW und der Freien und Hansestadt Hamburg bereitgestellt werden. Träger der freien Jugendhilfe, Jugendverbände und Initiativen junger Menschen sind herzlich aufgerufen Projektvorschläge einzureichen. Ein Projekt kann mit einem Finanzierungsanteil von jährlich bis zu 5.000 €, im besonders begründeten Einzelfall mit bis zu 10.000 €, gefördert werden.

Ziel der Projekte soll sein, dass junge Menschen Freude an gesellschaftlicher Einmischung sowie Anerkennung erleben und im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe lernen, ihre Chancen aktiv zu nutzen. Darüber hinaus sollen sich Kinder und Jugendliche ihrer Rechte bewusst werden und sich gemeinsam mit ihren Rechten z.B. auf gewaltfreie Erziehung, Gleichbehandlung und Mitbestimmung auseinandersetzen.

Für den Eingang der Anträge gibt es keine Frist, aber es sollte beachtet werden, dass die Mittel je nach Antragslage recht

Frühe Beteiligung führt zu verstärktem gesellschaftlichen Engagement in der Erwachsenenzeit.

schnell verbraucht sein können. Die BASFI wird gemeinsam mit dem DKHW über die eingehenden Projektvorschläge entscheiden.

Das Antragsverfahren wird durch das Deutsche Kinderhilfswerk organisiert und betreut. Detaillierte Informationen zur Antragstellung sind auf den Internetseiten der Deutschen Kinderhilfswerks zu finden:  
[www.dkhw.de/foerderfonds/hamburg](http://www.dkhw.de/foerderfonds/hamburg).

#### Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014) (Hrsg.): Übereinkommen über die Rechte des Kindes. VN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut mit Materialien.

Deutsches Kinderhilfswerk (2018a): Defizite bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland beseitigen. Zusammenfassung der Ergebnisse einer Online-Umfrage zum Kinderrechte-Index des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Link: [www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1\\_Unsere\\_Arbeit/1\\_Schwerpunkte/2\\_Kinderrechte/2.18\\_Kinderrechte-Index/Zusammenfassung\\_-\\_Kinderrechte-Index.pdf](http://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/2_Kinderrechte/2.18_Kinderrechte-Index/Zusammenfassung_-_Kinderrechte-Index.pdf), [17.07.2018]

Deutsches Kinderhilfswerk (2018b): Kinderrechte auf Bundesländerebene - Eine Studie von Kantar Public im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V.

Link: [www.dkhw.de/unsere-arbeit/schwerpunkte/kinderrechte/umfrage-kinderrechte-index](http://www.dkhw.de/unsere-arbeit/schwerpunkte/kinderrechte/umfrage-kinderrechte-index), [17.07.2018]

Feige, J. (2017): Kinderrechte in Deutschland unter der Lupe: Das Berichtsverfahren zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Link:

[www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Information/Information\\_13\\_Kinderrechte\\_in\\_Deutschland\\_unter\\_der\\_Lupe.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Information/Information_13_Kinderrechte_in_Deutschland_unter_der_Lupe.pdf), [17.07.2018]

Lutz, R. (2012): Kinderreport Deutschland 2012. Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen und Resilienz. Hrsg.: Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Newiger-Addy, G. (2016): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Ein Beispiel aus der entwicklungspolitischen Praxis. Hrsg.: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Wedekind, H; Daug, M. (2007): Vita gesellschaftlichen Engagements. Eine Studie zum Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter. Hrsg.: Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

## Sebastian Schiller



ist Leiter der bundesweiten Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung beim Deutschen Kinderhilfswerk. Zu seinen Hauptaufgaben zählen die Qualifizierung und Vernetzung von Fachkräften, die fachliche Weiterentwicklung des Themenfeldes, die bundesweite Förderung von Beteiligungsprojekten sowie die Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung.

## Anja Zeese



ist Referentin im Referat „Kinder- und Jugendpolitik“ im Amt für Familie der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) in Hamburg. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Kinderrechte, Partizipation und Jugendverbandsarbeit.

## Anzeige

**DBSH** Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.  
Tariffähige Gewerkschaft  
Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

**Landesverband Hamburg**  
Landesvertretung des DBSH  
Monatliche Vorstandssitzung in Barmbek

Frank Hail: 0157 - 39 61 92 95  
info@dbsh-hamburg.de  
www.dbsh-hamburg.de  
facebook: DBSH Landesverband Hamburg

**Junger DBSH Hamburg**  
Gruppe von Studierenden und Berufsanfänger\_innen in Hamburg  
Monatliche Aktiven-Treffen

junger@dbsh-hamburg.de  
facebook: Junger DBSH Hamburg

**Damit nicht die durchs Soziale Netz fallen, die es knüpfen.**

# So kann es weitergehen!

von Burkhard Czarnitzki

„Der neue Standort wird noch eine Herausforderung – passen wir dahin? Kommen unsere Jugendlichen an? Klappt es mit den Nachbar\*innen? Wir werden sehen.“ So endete der Artikel im FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 2/2017 zum Thema „KIDS-Update – Preisverleihung und neue Räume!“.

Am 1. Juli 2017 wurde der neue Standort für das KIDS in der Langen Reihe 24 angemietet. Dann kamen die Architekten und Handwerker und im November 2017 konnte endlich der Betrieb aufgenommen werden. Klingt einfach – war es aber nicht. Zwischen dem Auszug aus dem Bieberhaus, der unsäglichen Diaspora in zugigen Containern und dem Neustart lagen unendlich viele Gespräche, Protestaktionen, sorgenvolle Debatten, Finanzierungssondierungen und banges Hoffen.

Das bange Hoffen bezog sich nicht nur auf die Frage, ob die Handwerker rechtzeitig fertig würden und ob der von der BASFI zur Verfügung gestellte Etat für den Um- und Ausbau reichen würde, sondern vielmehr auf die Frage, wie das neue KIDS im Stadtteil, in der Szene, bei den Nachbar\*innen und natürlich besonders bei unseren Jugendlichen angenommen würde. Aus der Sorge entwickelte sich schnell eine große Freude. Wir wurden mit offenen Armen empfangen. Noch bevor die Umbaumaßnahmen begannen, prangte von außen an unserer Eingangstür ein großes Plakat – Urheber\*in unbekannt – mit einem großen Smiley und den Worten: Herzlich willkommen! Das machte Mut und dann ging es Schlag auf Schlag: wir wurden überhäuft mit guten Wünschen und Geschenken aus nächster und weiterer Nachbarschaft. Immer mit dem Tenor: Schön, dass ihr da seid! Ihr gehört genau hier hin. Macht euch keine Sorgen, wir unterstützen euch! Menschen mit Vorbehalten sprachen uns an und wir konnten uns ihre Sorgen anhören, mit ihnen reflektieren und letztendlich die meisten Bedenken ausräumen. Im November war es soweit: Wir konnten erst unseren Ju-

gendlichen und dann unseren vielen Gästen, Förderer\*innen und Unterstützer\*innen das neue KIDS präsentieren. Letztendlich fanden auch unsere Jugendlichen den Weg in die Lange Reihe – anfänglich noch unter Zuhilfenahme kleiner technischer Hilfsmittel: mit Sprühkreide wurde der Weg zum KIDS markiert.



Foto: B. Czarnitzki

Nach fast einem Jahr im neuen KIDS fällt das Resümee durchweg positiv aus. Auf einer soliden Basis, sowohl von der Ausstattung als auch von der Atmosphäre her, kann das KIDS seine Kernaufgabe erfüllen: Jugendlichen eine Perspektive für ein anderes, besseres Leben aufzeigen und ermöglichen.

Und dennoch hat das Ganze einen faden Beigeschmack. Der Ausbau war sehr teuer, die Miete ist extrem hoch und die Mietdauer noch auf drei Jahre begrenzt. Wir agieren insgesamt vorsichtiger – wir reagieren auf besondere Vorkommnisse innerhalb und außerhalb unserer Räume wesentlich schneller – bloß nicht auffallen und den noch guten Ruf bewahren. Und dann taucht immer wieder die Frage auf, ob es gerechtfertigt ist, so-



Burkhard Czarnitzki

ist als Abteilungsleiter für Jugendsozialarbeit bei basis & woge e.V. Hamburg tätig. Er ist im Vorstand des Bündnisses für Straßenkinder in Deutschland e.V.

viel Geld in einen speziellen Bereich der Sozialen Arbeit zu investieren. Ja – es ist notwendig! Nein – wir haben kein schlechtes Gewissen! Nach 25 Jahren KIDS, und besonders der Zeit in den Containern, wissen wir, dass zu einer gelingenden Arbeit eine solide Ausstattung gehört: gutes Personal, angemessene Arbeitsbedingungen und gute Räume am richtigen Ort, um professionell arbeiten zu können. Zum professionellen Arbeiten gehört dann auch, über den Tellerrand hinauszuschauen. Das ist unbedingt notwendig, denn das KIDS ist keine Enklave. Ohne das Netzwerk, die vielen guten Einrichtungen aus dem gesamten Bereich der Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit, den Jugendämtern und der Drogenhilfe könnte das KIDS nicht existieren. Beim Blick über den Tellerrand stellen wir fest, dass zu viele Einrichtungen und Projekte existentielle Sorgen und Nöte haben. Ungenügende finanzielle Ressourcen, Personalmangel, Arbeitsüberlastungen und immer wieder Verdrängung aus angestammten Räumen. Und als ob das noch nicht genug wäre, kamen über die Jahre weitere Anforderungen hinzu: Kinderschutz, Arbeitsschutz, Datenschutz, Dokumentationen, Qualitätsentwicklung – und nun auch noch die neue Datenschutzgrundverordnung. Wieviel Zeit bleibt da eigentlich noch, um mit den uns anvertrauten Menschen zu arbeiten?

Diese vielen Probleme kann kein Träger oder Projekt alleine lösen. Hier sind alle – Träger, Behörden, Bezirke, Politik – gefordert, gemeinsam zu überlegen und zu handeln. Um alle an einen Tisch zu bekommen, muss es nicht immer eine Petition oder Demo geben – in unserem Falle hat es aber geholfen. Als wir dann endlich miteinander gesprochen und um Lösungen gerungen haben, ist es für das KIDS wirklich voran gegangen.

# Wenn „Straßenkinder“ eine Stimme bekommen

## Partizipation und Beteiligung von entkoppelten Jugendlichen

von *Mónica Jacobs*

In Deutschland gibt es nach Schätzungen etwa 20.000 Jugendliche und Jungerwachsene, die über einen längeren Zeitraum ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben. Diese Zahl nennt das „Bündnis für Straßenkinder in Deutschland e.V.“ (vgl. [www.strassenkinderkongress.de](http://www.strassenkinderkongress.de)). Dieses Bündnis ist ein Zusammenschluss von ca. 15 Hilfseinrichtungen in Städten wie bspw. Essen, Dresden, Berlin und Hamburg. Unter diesen 20.000 Menschen gibt es eine Gruppe, die aufgrund ihrer Erfahrungen bzw. ihres biographischen Hintergrunds nicht von ihren Eltern, den Einrichtungen der Jugendhilfe oder der allgemeinen Kinder- und Jugendarbeit erreicht wird bzw. diese bewusst verlassen hat.

Die Studie des Deutschen Jugendinstituts mit dem Titel „Entkoppelt vom System. Jugendliche am Übergang ins junge Erwachsenenalter und Herausforderungen für Jugendhilfestrukturen“ aus dem Jahr 2015 spricht in diesem Zusammenhang von 20% der bundesdeutschen jungen Menschen, die von gesellschaftlichen Teilhabeprozessen ausgeschlossen sind. Zu diesen zählen auch die sogenannten Straßenkinder. In Deutschland gibt es nach Schätzungen etwa 8.500 minderjährige Obdachlose (vgl. Mögling/Tillmann/Rießig, 2015).

Letzterer Personenkreis ist die Zielgruppe, die der 1. und 2. Bundeskongress der Straßen- und Flüchtlingskinder in Berlin (2014 und 2015) erreichen sollte. Bei vielen dieser Jugendlichen und Jungerwachsenen haben verschiedene bzw. mehrere unterstützende Maßnahmen versagt. Viele von ihnen fühlen sich von der Gesellschaft im Stich gelassen und von der Politik nicht wahrgenommen. Der Ruf nach Gehör und Wahrnehmung wurde auf den beiden Bundeskongressen immer lauter. Das Motto der „1. Konferenz der Straßenkinder“ war: **Mein Name ist Mensch**. Die Ergebnisse und Forderungen lauteten: **Hört uns zu, beteiligt uns, lernt von uns!** (vgl. [www.strassenkinderkongress.de](http://www.strassenkinderkongress.de))

Durch die intensive und erfolgreiche Arbeit der („Straßen“-)Jugendlichen bei den Konferenzen entstanden einige positive Rückmeldungen und innovative Vorhaben, wie die

Betroffenen selber aktiver werden könnten, um politische Lobbyarbeit in dem Bereich zu betreiben. Aus einer dieser Ideen ist die ehemals „Ständige Vertretung der Straßenkinder in Hamburg“ (SVdSK-HH) heute das „MOMO – Voice of disconnected Youth“- Büro entstanden. In Hamburg wurde diese Idee durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), dem Träger „basis & woge e.V.“, den jungen Teilnehmer\_innen der Konferenz und den Botschafter\_innen aufgegriffen und in ersten Vorgesprächen konkretisiert.

Die ersten verantwortlichen Jugendlichen hatten es sich als ehemalige „Straßenkinder“ zur Aufgabe gemacht, Kinder und Jugendliche mit ähnlichen Schicksalen zu unterstützen. Dazu waren sie bereits seit 2013 sehr aktiv und nahmen z.B. an einem Wochendtreffen für junge Wohnungslose in der brandenburgischen Gemeinde Jamlitz teil, wo u.a. über Wege der Mitbestimmung und Teilhabe von Straßenkindern und Jugendlichen in der (Sozial)Politik gesprochen wurde.

Die Frage, die sich hierbei stellte, war: Wie kann es gelingen, dass (ehemalige) „Straßenkinder“ zu Akteuren und Durchführer\_innen eines „Sprachrohrprojekts“ für junge Menschen mit ähnlichen Erfahrungen werden? Den ersten verantwortlichen Jugendlichen ist das gelungen. Sie haben sich durch ihren lauten Ruf Gehör verschafft und wurden von verschiedenen Gruppen und Organisationen, wie dem „Straßenkinderkongress“, „KARUNA e.V.“, dem „Bündnis für Straßenkinder in Deutschland e.V.“, „basis & woge e.V.“, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Tochterprojekt „Ständige Vertretung der Straßenkinder“ in Berlin unterstützt. Auch die Verwaltung und die Politik, insbesondere die BASFI und die Partei DIE LINKE wurden aufmerksam.



Foto: SaschaKohlmann\_flickr

In Deutschland gibt es nach Schätzungen etwa 8.500 minderjährige Obdachlose.

Die Ergebnisse und Forderungen der „1. Konferenz der Straßenkinder“ lauteten: Hört uns zu, beteiligt uns, lernt von uns!

Es war für mich eine Ehre, in den Jahren 2015 und 2016 bei der Entstehung dieses großartigen Projekts dabei zu sein. Hierbei wurden vielleicht zum ersten Mal die Betroffenen (ehemalige Straßenkinder) als Schöpfer\_innen und Durchführer\_innen einer Initiative in der Sozialpolitik anerkannt. Als damalige Praktikantin der BASFI und des freien Trägers der Jugendhilfe „basis & woge e.V.“ war es eine meiner Hauptaufgaben, während meiner Praktikumszeit zwischen September 2015 und April 2016, das Vorhaben „MOMO“ in einer Doppelfunktion zu begleiten und zu betreuen. Dabei hatte ich die besondere Möglichkeit, zwischen beiden Kulissen, Behörde und Träger, als neutrale Partei zu agieren.

### Von der Idee „Ständige Vertretung der Straßenkinder in Hamburg“ zu „MOMO“

Eine organisierte Gruppe von Vertreter\_innen der „Straßenkinder“ in Hamburg wird in der Wahrnehmung ihrer Funktion als Sprecher\_innen und Lobbyist\_innen der Hamburger „Straßenkinder“ unterstützt. Die jungen Menschen erhalten Büroräume mit der notwendigen Ausstattung, darunter Telefonanschluss, Schreibtische, Computer, Büromaterial, etc. Mit Unterstützung des begleitenden Trägers „basis & woge e.V.“ und dem „Bündnis für Straßenkinder in Deutschland e.V.“ wird das Vorhaben aufgebaut und bekannt gemacht. An die „SVdSK-HH“ können sich andere junge Menschen mit ähnlichen Schicksalen unkonventionell mit ihren Beschwerden über Ämter oder Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung (HzE), der Jugendberufsagentur (JBA), des Jobcenters, der Jugendämter etc. wenden.

Die „SVdSK-HH“ entwickelt und formuliert Positionen, Meinungen, Wünsche, Forderungen der „Straßenkinder“ zu unterschiedlichen Fragestellungen und vertritt diese gegenüber den zuständigen Behörden, Trägern und der Politik. Es werden Schwachstellen und Lücken im System der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit aufgedeckt und mit allen Beteiligten werden Lösungsideen erarbeitet.

Ein weiteres Ziel ist, dass die „Straßenkinder“ in ihren Angelegenheiten und Wünschen gehört und beteiligt werden. Die Sprecher\_innen sollen dabei als niedrigschwelliger und direkter Anlaufpunkt für die „Straßenkinder“

agieren. Ihre Kenntnisse über die Szene sollten dazu beitragen, dass sie als Gleichgesinnte wahrgenommen werden und daher eher von Betroffenen als Ansprechpartner\_innen angenommen werden könnten.

### Rahmenbedingungen für das Gelingen der Initiative

Damit Ideen entstehen können, die zur Partizipation und Beteiligung von jungen Menschen in unserer Gesellschaft führen, müssen etliche Voraussetzungen gegeben sein. Ulrike Urban spricht in ihrem Werk „Demokratiebaustein: Partizipation“ von zwei wichtigen Faktoren:

1. Strukturelle bzw. institutionelle Gegebenheiten wie z.B. Gesetze, Richtlinien, politische Anordnungen und
2. individuelle Gestaltung der konkreten Situation durch die Akteure, welche für das Gelingen für Partizipation wichtig und unabdingbar sind (vgl. Urban, 2005).

Institutionelle Rahmenbedingungen bestimmen den Grad und die Art der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und sind die Basis für das Gelingen von Partizipation, wie es das Beispiel „SVdSK-HH“ zeigt. Zu den individuellen Gestalter\_innen zählen hier alle Mitstreiter\_innen, Beteiligte und Akteure, welche einen Beitrag zur Erreichung des Zieles leisteten. Darunter:

- ◆ Teilnehmende und Mithelfende der Konferenzen,
- ◆ Botschafter\_innen,
- ◆ Sprecher\_innen (Straßenkinder) und
- ◆ Fachpersonal von Trägern und Behörden

Bei der Entstehung des Modellprojekts „SVdSK-HH“ spielte die BASFI eine wichtige Rolle. Als Ministerium hörte sie sich die Forderung der Jugendlichen an, bewertete sie und suchte gemeinsam mit den Jugendlichen nach der Entwicklung von relevanten Maßnahmen. Da das Projekt gut begründet war, stellte die BASFI die finanziellen Mittel als Zuwendung für das Projekt zur Verfügung.

Die Federführung, die Verwaltung und die Aufsicht über das Vorhaben wurden beim Trägerverein „basis & woge e.V.“ angesiedelt. Dieser stellte eine Art Dach für das Vorhaben dar. Durch die bereits erworbene Anerkennung des Vereins für bisher geleistete Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit mit der BASFI verfügt der Träger über ein gutes Ansehen, wodurch die Übergabe der Federführung unkompliziert war.

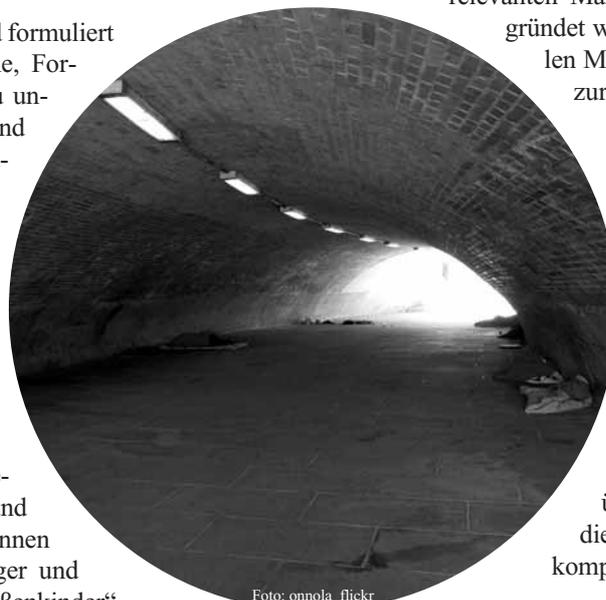


Foto: onnola\_flickr

Die Kombination von starken Persönlichkeiten und Institutionen machte es möglich, dass die Idee des Vorhabens in Hamburg schnell Fuß fassen konnte. Das Interesse auf politischer und persönlicher Ebene für das Projekt unterstützte die positive Entwicklung umso mehr. Der Paritätische Wohlfahrtsverband übernahm den Bereich der Beschäftigung und Einstellung der jungen Sprecher\_innen bzw. der ehemaligen Straßenkinder. Dabei wurden Bundesfreiwilligen-Stellen zur Verfügung gestellt, welche von den drei Sprecher\_innen besetzt wurden. So wurde ihnen die Möglichkeit eingeräumt, einen geregelten Arbeitsvertrag zu bekommen.



diese Initiative gefunden wurde oder aber auch, weil die damalige bzw. derzeitige Politik sich für das Thema stark interessierte. Für die Errichtung des Projekts war das ein Segen. Denn das bedeutet, dass die Zeit reif war, um Partizipation und Beteiligung florieren zu lassen.

Aber Partizipation kann nicht ohne die Akteure stattfinden. Menschen, welche sich dafür direkt einsetzen und als Vorreiter\_innen gelten, müssen vorhanden und in der Lage sein, das Vorhaben durchzuführen. Für das Projekt „MOMO“ tragen die Sprecher\_innen die Hauptverantwortung dabei, dass die Initiative entstanden ist. Genauso leisten sie einen wichtigen Beitrag für den Erfolg, welcher mit der Unterstützung von Dritten umso wahrscheinlicher wird. Ich freue mich sehr, dass den Straßenkindern, obdachlosen, entkoppelten oder benachteiligten Jugendlichen, durch solch eine Initiative Gehör in unserer Gesellschaft verschafft wird.

### Prozesse und Herausforderungen bei der Durchführung

Sich auf die partizipative Arbeit einzulassen, bedeutet mit (Start-)Schwierigkeiten und Hindernissen rechnen zu müssen. Die Hauptfrage dabei lautet: Was brauchen Fachkräfte (hier die Sprecher\_innen), um partizipativ arbeiten zu können? (vgl. Rieger, 2014). Wenn hier die Rede von partizipati-

Gerade ehemalige „Straßenkinder“ können andere „Straßenkinder“ verstehen und diese in ihrer Not unterstützen.

ver Haltung ist, meint die Autorin die fachliche und persönliche Überzeugung und das theoretische Wissen sowie die praktische Erfahrung zum Thema. Die Sprecher\_innen brachten viel Motivation, Wünsche und Vorstellungen in die Umsetzung des Projektes mit. Aber vor allem besaßen sie eine wichtige Fähigkeit: Sie konnten aus Erfahrung von dem Leben auf der Straße sprechen. Gerade sie als ehemalige „Straßenkinder“ können andere „Straßenkinder“ verstehen und diese in ihrer Not unterstützen. Aus fachlicher Sicht stellte dieser Erfahrungsreichtum eine positive Eigenschaft dar. Doch mit den positiven Eigenschaften ergaben sich auch Herausforderungen: Die Sprecher\_innen hatten in ihrem Leben so viel durchgemacht, dass für einige z.B. eine erste geregelte Einstellung im Bundesfreiwilligendienst und als Sprecher\_innen der „Ständigen Vertretung“ nicht immer leicht war.

### Fazit

Die Thematik der Initiative hatte eine sehr rege Aufmerksamkeit erfahren. Meiner Meinung nach hatte das Projekt großen Anklang gefunden, weil einerseits der richtige Zeitpunkt für

#### Literatur:

- Rieger, Judith (2014): Die individuelle Basis für Partizipation: Haltung und Fachkompetenz. In: Straßburger, Gaby/Rieger, Judith (Hrsg.): Partizipation kompakt – Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. Weinheim und Basel, S. 56-73
- Urban, Ulrike (2005): Demokratiebaustein: Partizipation. Berlin: BLK
- Mögling, Tanja/Tillmann, Frank/Reißig, Birgit (2015): Entkoppelt vom System. Jugendlichen am Übergang ins junge Erwachsenenalter und Herausforderungen für Jugendhilfestrukturen. Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Düsseldorf.
- Bündnis für Straßenkinder in Deutschland c/o KARUNA Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not e.V. Konferenz der Straßen- und Flüchtlingskinder. Mein Name ist Mensch!  
Link: [www.straßenkinderkongress.de](http://www.straßenkinderkongress.de), [7.5.2016]

#### Mónica Jacobs



arbeitet beim Allgemeinen Sozialen Dienst. Während ihres Studiums der Sozialen Arbeit unterstützte sie als Praktikantin in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) die Anfänge des Projektes „MOMO – Voice of disconnected Youth“.

Das MOMO-Projekt ist eine bundesweite Jugendinitiative mit Büros in Hamburg, Berlin, Jamlitz und Lieberose, setzt sich als Interessenvertretung von ehemaligen „Straßenkindern“ für aktuelle „Straßenkinder“ ein und macht Lobbyarbeit für Menschen, die entkoppelt vom System leben. Im MOMO-Büro in Hamburg arbeiten drei Bundesfreiwilligendienstler\*innen und zahlreiche MOMO-Mitglieder\*innen unentgeltlich, eine von ihnen ist Hanna Adler. Unterstützt werden sie dabei von Verena Lüer, die als Sozialarbeiterin mit 12 Stunden wöchentlich über den Träger basis & woge e.V. angestellt ist. Mit den beiden haben wir über die Anfänge von MOMO, die aktuelle Entwicklung des Projekts, über Politik und das Jugendhilfesystem gesprochen.

## „Es geht eigentlich um alle jungen Menschen, die sich abgehängt fühlen“

Ein Gespräch mit Hanna Adler und Verena Lüer vom MOMO-Büro Hamburg

### Wie ist das MOMO-Büro in Hamburg entstanden?

**Verena Lüer:** Das MOMO-Büro in Hamburg ist auf der 2. Bundeskonferenz der „Straßenkinder“ durch die Initiative der Leute dort entstanden. Die haben gesagt: ‚Einmal im Jahr ist ja super, aber eigentlich reicht uns das nicht.‘ Eigentlich wollen wir eine ständige Vertretung, daher auch der Name „Ständige Vertretung der Straßenkinder in Hamburg“ der dann später zu MOMO geworden ist, also angelehnt an die Geschichte von Michael Ende.

### Und wie seid ihr zu MOMO gekommen?

**V.L.:** Ich habe vor vielen Jahren mein studienbegleitendes Praktikum beim KIDS (1) gemacht und bin dadurch auf die 1. Bundeskonferenz mitgefahren und war dann bei den Arbeitstreffen bzw. Vorbereitungstreffen für die Bundeskonferenz dabei. Die MOMOs sind nach der 2. Konferenz zu meinem Chef und mir gekommen und haben gesagt: ‚Wir wollen ein Büro, macht mal was!‘ Wir haben daraufhin einen Antrag bei der BASFI (2) gestellt und das lief dann in sensationeller Geschwindigkeit, also in drei oder vier Monaten von der Idee bis zur Umsetzung, mit Geldern und Büro anmieten und so weiter. Die BASFI fördert das Projekt komplett, die waren sofort begeistert von der Idee. Die Bundesfreiwilligendienste werden über den PARITÄTISCHEN (3) finanziert.

**Hanna Adler:** Bei mir war es die 2. Bundeskonferenz, ich bin damals als Klientin vom KIDS hingefahren, habe da teilgenommen und fand das gut. Ich war dann bei den Arbeitstreffen dabei durch eine Bekannte. Dann habe ich bei MOMO in Hamburg angefangen über ein Arbeitsverhältnis mit Aufwandsentschädigung. Die Bundesfreiwilligstellen waren schon besetzt, aber die wollten mich unbedingt dabei haben und dann haben wir das über KARUNA e.V. geregelt.

### Wie arbeitet ihr im MOMO-Büro?

**H.A.:** Es ist ein ziemlich breites Spektrum, weil es darum geht, in jeglichen gesellschaftlichen Teilgebieten für das Thema zu sensibilisieren und was zu verändern. In Hamburg ist es so, dass die MOMOs von vielen Arbeitskreisen

und Fachveranstaltungen eingeladen werden und ganz viel Öffentlichkeitsarbeit machen. Um mal ein kleines konkretes Beispiel zu erzählen: Am Hauptbahnhof gibt es öffentliche Toiletten wegen der Wildpinkler, die unentgeltlich sind. Dies gibt es aber nur für männliche Personen, so etwas fällt uns natürlich auf, weil der Hauptbahnhof der Lebensmittelpunkt vieler Menschen ist, die obdachlos sind und dann klemmen wir uns dahinter und versuchen daran etwas zu ändern. Letztendlich geht es darum zu schauen, wie die Situationen sind und wie man sie verbessern kann und wie man mehr Öffentlichkeit zu Themen bekommt. Ein anderer großer Teil der Arbeit ist das Netzwerken. Wir haben zum Beispiel einen Fachtag veranstaltet, wo zu unterschiedlichen Themen, wie Wohnraum in Hamburg, Jugendhilfe etc. gearbeitet wurde. Daraus



„Es geht eigentlich um alle jungen Menschen, die sich abgehängt fühlen“

sind Arbeitskreise entstanden, z.B. dazu, wie man den sozialen Wohnungsbau und das Wohnen allgemein verbessern könnte.

**V.L.:** Inzwischen werden die MOMOs auch zu vielen geschlossenen Fachveranstaltungen eingeladen, wo es ums Thema Jugendhilfe geht. Da werden die MOMOs eingeladen und gefragt: ‚Was braucht ihr eigentlich genau?‘ und ‚Wie kann die Jugendhilfe so gestaltet werden, dass die Leute nicht auf der Straße landen?‘ Da kommen dann zum einen die aktuellen Bundesfreiwilligendienstler\*innen hin, aber auch mal andere. Wenn es zum Beispiel um Geschlossene Unterbringung geht, da gibt es niemanden, der mehr Experte ist als Trietze. Bei einer Anfrage würden die MOMOs sie anrufen und fragen, ob sie Bock hat, da hinzugehen oder wie heute hier. Hanna ist ja auch nicht mehr im Büro angestellt, aber trotzdem nimmt Hanna bei solchen Interviewanfragen teil. Je mehr Bundesfreiwilligendienstler\*innen es gibt, die diesen Prozess durchgegangen sind, desto mehr stehen zur Verfügung als Expert\*innen und dann kann man sich Themen suchen und die besetzen. Die Bundesfreiwilligendienstler\*innen suchen sich zu Anfang immer ein eigenes Projekt aus, auf das sie sich spezialisieren und gehen in der Regel dann zu diesen Veranstaltungen.

**Sind alle Bundesfreiwilligendienstler\*innen eigentlich „Straßenkinder“ oder waren „Straßenkinder“?**

**H.A.:** Bei MOMO ist es keine Voraussetzung, „Straßenkind“ gewesen zu sein. Die Mehrheit hat diese Erfahrung gemacht. Wir haben aber auch einige Leute dabei, die diese Erfahrung nicht gemacht haben, aber politisch und sozial mega interessiert sind und die cool mit den Leuten sind.

**V.L.:** Dazu muss man auch sagen, dass wir das gar nicht so sagen. Früher hieß das zwar „Ständige Vertretung der Stra-

Foto: MOMO-Projekt

**KOMMT ZUR  
4. BUNDESKONFERENZ  
DER STRASSENKINDER!**

**28.09. - 30.09.18**

St. Thomas Kirche  
Mariannenplatz  
Berlin - Kreuzberg

1 Don't wait!  
2 Get connected!  
3 Be a voice!

K: Schwere für Kinder und Jugendliche in Not unterstützen in V.  
terre des hommes: Hilfe für Kinder in Not  
bpb: Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Weitere Infos hier!

ßenkinder“, aber die Bezeichnung „Straßenkinder“ ist halt stigmatisierend, deshalb wurde auch der Name geändert, weil, was bedeutet „Straßenkind“ eigentlich? Wir sagen lieber entkoppelte Jugendliche. MOMO heißt ja mit ganzem Namen MOMO – The voice of disconnected youth. Das heißt nicht, dass man irgendwo in Hamburg gezeltet haben, unter ’ner Brücke geschlafen oder in Notschlafstellen gewesen sein muss. Sondern es kann sein, dass man sich einfach vom gesellschaftlichen Leben abgehängt fühlt oder dass man seinen Lebensmittelpunkt zeitweise am Hauptbahnhof hatte, obwohl man Wohnraum hatte. Es geht eigentlich um alle jungen Menschen, die sich irgendwie abgehängt fühlen.

**Wer unterstützt das Projekt mit Knowhow?**

**V.L.:** Ich glaube, dass könnte man gar nicht zählen ...

**H.A.:** ... Genau ...

**V.L.:** ..., weil es so viele unterschiedliche Initiativen gibt. Es gibt zwei Botschafter\*innen, die sich mit dem Thema sehr verbunden fühlen und sich da stark

engagieren: Caroline Becker vom PARITÄTISCHEN und Ronald Priess von den LINKEN. Aber es gibt unendlich viele, die auch mal eine Kleinigkeit machen. Wenn wir eine Anfrage bekommen, bei der wir uns nicht sicher sind, rufen wir XY an und eigentlich sagt nie jemand: ‚Nee, haben wir kein Bock drauf‘, sondern alle sagen: ‚Cool, wie kann ich euch unterstützen?‘

**Wie sieht die Unterstützung aus der Verwaltung oder von der BASFI neben der Finanzierung noch aus?**

**V.L.:** Die BASFI ist immer daran interessiert zu hören, was bei den Konferenzen gelaufen ist. Es gibt regelmäßig Gespräche, jedes Jahr nach der Konferenz. Nicht weil sie uns kontrollieren wollen, sondern weil es sie interessiert. Auch zwischendurch treffen wir uns mal und sie fragen, wie der Stand ist. Unsere Hoffnung ist auch noch, dass sie mal zur einer Konferenz kommen.

**Und außer Interesse, setzen sie das, was sie von euch hören, auch um?**

**V.L.:** Da gibt es einen Interessenkonflikt, weil die MOMOs möglichst alles super super schnell haben wollen. Bei allen anderen läuft es eher langsam, aber wir werden ganz gezielt zu verschiedenen Themen eingeladen, um von unseren Erfahrungen zu berichten. Es gibt zum Beispiel Herrn Pritsching von der BASFI, der hat letztes eine Veranstal-

All das, was von den MOMOs kritisiert wird, sind ganz oft nur Symptome einer Politik, an deren Wurzeln man selten rankommt.

tung zum Thema Care Leaver veranstaltet und hat die MOMOs als Referent\*innen eingeladen und die wurden dann auf der Bühne interviewt, um das zu kommentieren, was auf dem Fachtag besprochen wurde. Oder auch zum Thema Housing First werden wir zu den Denkprozessen eingeladen. Wenn es nach den MOMOs ginge, würde es das alles schon geben, aber für mein Gefühl hat die BASFI Interesse daran, das zu hören und halt in ihrem Tempo mit einfließen zu lassen, gerade wenn es um neue Wege geht.

**Also, wenn ich zum Beispiel an diese Notschlafstellen denke, das ist seit über 15 Jahren ein Thema, da kann man schon mal die Geduld verlieren.**

**V.L.:** Ja, aber es ist dann auch nicht unbedingt die BASFI, die sich direkt darum kümmert. Zum Beispiel hat der PARITÄTISCHE einen Arbeitskreis für Notschlafstellen initiiert und hat gesagt, wir müssen die MOMOs dazu holen, und da sitzen dann unter Umständen Leute von der BASFI. Es ist jetzt nicht so, dass wir immer in die BASFI eingeladen werden, aber in die Prozesse werden wir eingebunden.

**Ok. Was hat sich den seit der Gründung der Ständigen Vertretung der „Straßenkinder“ verändert? Inwiefern hat sich die Arbeit verändert?**

**V.L.:** Die erste Konferenz fand 2013 statt, KARUNA e.V. (4) hat das organisiert. Damals wurden einfach junge Menschen aus den Einrichtungen gefragt, ob sie Lust hätten, mit zu den Arbeitstreffen zu fahren. Aber es gab keine feste Gruppe. KARUNA e.V und das „Bündnis für Straßenkinder“ (5) haben das erst einmal in die Hand genommen und die Inhalte kreierte und die erste Konferenz organisiert. Das war eine kurze Vorbereitungszeit von einem dreiviertel Jahr. Nach der ersten Konferenz war klar, dass wir das nochmal machen wollen und dann wurden diese re-



gelmäßigen Arbeitstreffen ins Leben gerufen. Die Grundidee der Konferenzen ist, dass die MOMOs zunehmend mehr machen und die Professionellen immer weniger machen und dass es irgendwann eine Gruppe gibt, die die Bundeskonferenz selbstständig organisiert und sich an einzelnen Stellen Unterstützung einholen kann. Da entwickelt sich das auch langsam hin, aber es dauert, weil es natürlich eine Gruppe ist, wo immer Leute dazukommen und auch Leute gehen, die Lebenssituationen ändern sich. Familie, Schule, Ausbildung, Studium kommt dazwischen, da bleibt dann einfach weniger Zeit. Aber wenn es hart auf hart kommt, dann gehen viele auf jeden Fall zu den Konferenzen und unterstützen das.

**Also könnte man sagen, dass die Konferenzen früher von Professionellen getragen wurden und jetzt eher von den Leuten, die betroffen sind?**

**V.L.:** Genau. Im Hamburger MOMO Büro haben seinerzeit drei Leute angefangen, die bereits sehr aktiv bei MOMO waren, d.h., da lief es relativ schnell an, weil sie die Arbeit, die sie sowieso schon vorher gemacht haben, einfach im Büro weitergemacht haben,

dazu kamen unter anderem noch Anfragen und Termine in Hamburg. Schwierig für die MOMO-Büros ist es, dass der Bundesfreiwilligendienst nur ein Jahr, maximal anderthalb Jahre, geht. Die Leute, die dort anfangen, müssen sich erstmal daran gewöhnen, dass sie unter Umständen das erste Mal in ihrem Leben einen Job haben. Das sind ja alles junge Leute. Wir kennen das ja auch, wenn man einen Job anfängt, muss man sich da erstmal reinfuchsen. Außerdem arbeiten wir bei MOMO absolut selbstständig. Ich bin ja nur 12 Stunden als Unterstützung da und ich bin nicht die Eselstreiberin. Es kann also langsam oder auch super schnell laufen.

**Was würdet ihr sagen, sind bei der Arbeit die größten Herausforderungen?**

**H.A.:** Vielleicht das Spannungsfeld zwischen Professionellen und Unprofessionellen? Viele Sozialarbeiter\*innen erkennen unprofessionelle Arbeit an. Es ist eben eine Arbeit, die von Betroffenen für Betroffene gemacht wird und die die authentische Perspektive abbildet. Aber natürlich hat man auch Menschen, die das anders sehen. Es gibt manchmal verschiedene Meinungen über die Sinnhaftigkeit oder Effizienz oder darüber, wie weit man als Unprofessioneller gehen kann. Es gibt viele Leute, die das erstmal unterstützen, die aber die Partizipation als solche doch nicht ganz verstanden haben und doch

Es ist wichtig, dass an die Verantwortlichkeit der Zivilgesellschaft appelliert wird und die Betroffenen generell mehr Gehör finden.

„Es geht eigentlich um alle jungen Menschen, die sich abgehängt fühlen“

immer ihre eigenen Dinge reinbringen wollen. Das kann ja wertvoll sein und MOMO ist offen für Beratung, aber es ist nicht erwünscht, dass da reguliert und reingeschnitten wird von Leuten, die nicht in diesen Kreis gehören.

**Das kann ich mir vorstellen, dass das eine Herausforderung ist. Fällt dir noch eine Schwierigkeit ein?**

**H.A.:** Es ist natürlich auch nicht einfach mit diesen Verhältnissen um einen herum, weil letztendlich all das, was an der Politik und den gesellschaftlichen Verhältnissen kritisiert wird, oft auch nur Symptome sind. Man kommt selten an die Wurzel ran. Das ist ein mega nervenaufreibender Prozess. Aber ich glaube, dass MOMO da wirklich mehr reißen kann als Leute in alteingesessenen Strukturen. Weil MOMO auch einen revolutionäreren Geist hat und das Spannende dabei ist, dass das Betroffenenstrukturen sind und keine mahnenden Sozialarbeiter\*innen, die sagen, dass das so nicht geht.

**Welche Verbesserung der Rahmenbedingungen braucht MOMO um gut arbeiten zu können?**

**H.A.:** Die gesellschaftliche Teilhabe, die da erkämpft wird, gehört ja auch zum Prozess. Ich finde, dass MOMO in der Fachwelt schon ganz gut vertreten und in Hamburg echt gefragt ist. Das ist gut und sollte so bleiben, aber ich fände

Dabei ist es in der Jugendhilfe einer der entscheidendsten Punkte, dass die jungen Menschen mit ihren Interessen ernst genommen werden.

es wichtig, dass an die Verantwortlichkeit der Zivilgesellschaft appelliert wird und die Betroffenen mit ihren Lebenssituationen generell mehr Gehör fänden.

**Welche Verbesserungen am Jugendhilfesystem wären aus MOMOs Sicht wichtig?**

**H.A.:** Da haben wir riesige Kataloge, die wir präsentieren könnten, weil sich ziemlich viel verändern sollte im Jugendhilfesystem. Eine der klarsten Forderungen ist die, dass wir gegen Geschlossene Unterbringung sind, weil das überhaupt nicht förderlich für die Entwicklung von jungen Menschen ist und wir das in keinster Weise unterstützen, diese ganze repressive Jugendhilfe mit dem strafenden Ansatz. Die Selbstbestimmung der Menschen sollte sehr viel höher angesehen werden, der partizipative Ansatz viel mehr im Vordergrund stehen, denn am Ende geht es um das Leben der Betroffenen.

**V.L.:** Hauptsächlich geht es darum, dass junge Menschen ernst genommen werden, und in den meisten Fällen superernst. Wenn jemand sagt, die und die Form der Unterbringung ist nichts für

mich, hat es wenig Zweck die Person da hinzubringen. Es muss viel mehr darauf geachtet werden, dass mit den jungen Menschen zusammen eine gute Alternative gesucht wird. In Jugendhilfeprozessen erleben sich die jungen Menschen machtlos. So nach dem Motto: O.k., du willst von zu Hause weg. Hier ist 'ne Einrichtung, da gehst du hin. Dann kann sich die Person die Jugendwohnung noch anucken, aber oft gibt es überhaupt keine Alternative. Dabei sagt der junge Mensch vielleicht, ich will gar nicht in 'ne Jugendwohnung, sondern in trügereigenen Wohnraum und ambulant betreut werden. Die Erfahrung, die MOMO gemacht hat, ist, dass darauf sehr wenig geachtet wird. Dabei ist das in der Jugendhilfe einer der entscheidendsten Punkte, dass die jungen Menschen ernst genommen werden. Die Leute, die bei MOMO sind, sind tatsächlich entkoppelt. Manche waren in 10, 11, 12 Jugendhilfeeinrichtungen und haben irgendwann gesagt, wir haben da jetzt keinen Bock mehr drauf, wir machen unser ganz eigenes Ding und schlagen wirklich unser Zelt irgendwo im Park auf. Das ist einfach oft vollkommen gescheiterte Jugendhilfe, die daran schuld ist, dass junge Menschen irgendwann so leben und auch überhaupt kein Vertrauen mehr zu Sozialarbeiter\*innen haben.

**Habt ihr mal mit den ASDs (6) gesprochen oder wurdet eingeladen? Oder von den freien Trägern, die die Jugendhilfe anbieten? Wieviel Interesse haben die?**

**H.A.:** Sehr unterschiedlich. Der ASD in Eimsbüttel ist ja schon ziemlich offen. Da ist der Leiter ziemlich engagiert und hat uns öfter zu Diskussionen eingeladen. Aber es sind eher Einzelpersonen vom ASD, die interessiert sind und zuhören, nicht der ASD als Ganzes. Allerdings konnten wir unsere Forderungen an die Jugendhilfe und Politik letztes Jahr der Bundesfamilienministerin persönlich übergeben. Es ist einfach



Foto: A. Homburg

Glück, welche Personen man in den Ämtern und der Politik sitzen hat und wie engagiert die sind. Aber es ist immer schwierig, so eine große Institution zu verändern oder Dinge längerfristig zu erreichen, weil letztendlich haben die Mitarbeiter\*innen nicht so viel Einfluss auf die Regelungen, denen sie unterstehen und wenn sie diese dann noch blöd ausführen, ist das dann richtig doof.

**Ihr konntet eure Forderungen letztes Jahr an die Familienministerin Manuela Schwesig übergeben?**

**V.L.:** Ja, bei jeder Konferenz tun wir das. Die Neue, Katarina Barley, war damals auch schon dabei und hat sich das angekuckt und hat zu sich eingeladen. Hier beim Fachtag in Hamburg war ja auch unsere Sozialsenatorin Frau Leonhard dabei, die danach nochmal zum Gespräch gebeten hat und superinteressiert ist. Es gibt wenige Jugendinitiativen von Betroffenen, die kontinuierlich dabei sind und immer wieder sagen, wir wollen mitmischen.

**Gibt es Projekte, die ähnlich funktionieren wie MOMO?**

**H.A.:** Es bauen sich gerade welche auf. Dadurch, dass wir ein bundesweites Netz sind, erweitert sich der Kreis stetig. Wir haben ziemlich viele Leute aus 'm Pott, die eigentlich total gerne ein eigenes Büro wollen und gut gebrauchen könnten. Es ist auch geplant, eine bundesweite Vertretung zu schaffen, ein bundesweites MOMO-Büro.

**V.L.:** Es ist nicht immer so leicht. In Hamburg ging das schnell und die Behörde war sofort bereit. In anderen Gebieten Deutschlands sagen sie: ‚Habt ihr

Wenn junge Menschen auf der Straße landen, ist das oft einfach vollkommen gescheiterte Jugendhilfe.

nicht mehr alle Tassen im Schrank, das machen wir auf keinen Fall!‘ Hamburg ist, was das Thema „Straßenkinder“ angeht, verhältnismäßig gut ausgestattet. Andere Bundesländer haben überhaupt kein Interesse daran, was zu machen. Das ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Die haben unter Umständen Schwierigkeiten, den Betrieb ihrer eigenen Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Da sitzt ein Sozialarbeiter für 20 Jugendliche pro Tag. Wie sollen die das mit ihren Kapazitäten schaffen, was aufzubauen? Und das muss ja auch irgendwer bezahlen! Hamburg ist da schon ganz gut. Wenn man in so bundesweiten Netzwerken drin ist, steht Hamburg immer ganz gut da. In manchen Sachen natürlich auch superschlecht, zum Beispiel, dass es keine Notschlafstellen für junge Menschen gibt. Das gibt es wiederum in anderen Bundesländern. Ich kriege ja auch die Fahrt zu den Konferenzen und Vorbereitungstreffen bezahlt. Andere Sozialarbeiter\*innen haben manchmal 2-3 neue Jugendliche, die zu den Treffen fahren wollen, aber es scheitert dann am Fahrgeld oder den Sozialarbeiter\*innen fehlen die zeitlichen Kapazitäten. Manche machen das dann ehrenamtlich, weil sie das so wichtig finden.

**Gibt es zum Abschluss noch irgendetwas, was ihr noch loswerden wollt?**

**V.L.:** Also, als Nächstes steht ja nun die Konferenz an, die vom 28.-30.09.2018 in Berlin stattfindet. Am letzten Tag gibt

es eine offizielle Pressekonferenz. Das ist vielleicht ganz spannend zu wissen. Und ansonsten, dass MOMO jederzeit offen ist für Unterstützung. Wenn sich jemand im Bereich XY gut auskennt und Lust hat, bei uns mitzumachen, freuen wir uns immer. MOMO ist ja in unfassbar vielen Bereichen aktiv, wenn man so eine Konferenz organisiert, braucht man z.B. jemanden, der eine Lautsprecherbox anschließt, der nächste muss wissen, wie man Visitenkarten layoutet oder 'ne Website betreut und so weiter.

**Vielen Dank für das spannende Gespräch!**

Interview: Svenja Fischbach

*Anmerkungen:*

- 1) Das KIDS (Kinder in der Szene) ist eine Anlaufstelle für „Straßenkinder“. Es wendet sich an Mädchen und Jungen bis 18 Jahre, die sich in einem sie gefährdenden Umfeld bewegen und bietet Beratung, einen offenen Bereich und Straßensozialarbeit.
- 2) BASFI = Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
- 3) Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg ist einer der sechs anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege.
- 4) KARUNA – Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not e.V. ist eine Sozialgenossenschaft, die unterschiedliche Projekte unterhält und die ersten Bundeskonferenzen der „Straßenkinder“ initiiert hat
- 5) Das Bündnis für Straßenkinder in Deutschland e.V. besteht aus unterschiedlichen Einrichtungen in Deutschland, die sich regelmäßig austauschen und Projekte anschieben
- 6) ASD = Allgemeiner Sozialer Dienst



**Hanna Adler**

ist Studentin der Sozialen Arbeit an der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie in Hamburg. Sie ist Counterpart der KARUNA-Sozialgenossenschaft, dort Experte für Partizipation im Jugendalter, und seit 2015 MOMO-Mitglied.



**Verena Luer**

ist Sozialarbeiterin (B.A.) und seit 2014 im MOMO-Büro Hamburg tätig.

# Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen – leider keine Selbstverständlichkeit! (1)

von Tilman Lutz

Soziale Arbeit soll in ordnungspolitischer Funktion das jeweilige gesellschaftliche und wirtschaftliche System stabilisieren.

„Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin *gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen* und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen“ (DBSH 2016, Herv. TL).

Nicht nur in der internationalen Definition Sozialer Arbeit sind professionsethische und professionstheoretische Ansprüche verankert, mindestens *auch* kritisch an der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten und sich nicht auf die individuelle Bearbeitung der Folgeprobleme sozialer Konflikte bzw. des Verhaltens ihrer Adressat\_innen zu beschränken. Hans Thiersch (2002) spricht von der Sozialen Arbeit als *Neugestaltung der Sozialen*, die kritisch und nach den Prinzipien von Gerechtigkeit, Gleichheit, Toleranz und Solidarität handelt.

Demnach scheint es keine Frage zu sein, dass Soziale Arbeit *kritische* Arbeit am Sozialen und den Verhältnissen ist (oder sein sollte), auch wenn damit noch nicht bestimmt ist, wie dieser Anspruch inhaltlich gefüllt wird. Ein Beispiel dafür ist die Debatte um die neue Übersetzung der internationalen Definition Sozialer Arbeit. An dieser verdeutlicht Günther (2017), dass mit der Übersetzung von liberation als Förderung von „Selbstbestimmung“ statt als „Befreiung“ eine Abschwächung der Kritik an strukturellen Diskriminierungs- und Ausschließungspraktiken verbunden ist. Umso mehr als Selbstbestimmung auch ein zentrales Schlagwort der Aktivierungsprogrammatisierung bzw. neosozialer Politiken ist.

Ein Blick auf die jüngeren Entwicklungen und Debatten stellt diese Selbstverständlichkeit allerdings deutlich in

Frage. So wurde mit dem Leitthema des letzten Bundeskongress Soziale Arbeit die derzeitige Verdrängung einer „*Politik der Verhältnisse*, die primär gesellschaftsstrukturelle Bedingungen von sozialer Ungleichheit und sozialer Ausschließung [...] problematisiert“ durch „*eine Politik des Verhaltens*“ (Anhorn et al. 2018: 1) kritisch thematisiert: Soziale Arbeit als (kritische) Arbeit am Sozialen versus Soziale Arbeit als (herrschaftssichernde und -erhaltende) Arbeit am Einzelnen.

Im Zuge der neosozialen oder „neoliberalen“ Restrukturierung gesellschaftlicher Konfliktverhältnisse“ (ebd.: 1) im aktivierenden Sozialstaat wird sowohl in den hegemonialen als auch in den kritischen Debatten zur Rolle und Entwicklung der Sozialen Arbeit deren gesellschaftliche Funktion implizit und explizit zu einem zentralen Bezugspunkt. „Soziale Arbeit hat (ähnlich wie Justiz, Bildungswesen, Sozialpolitik etc.) die Funktion, gesellschaftliche Ordnung zu gewährleisten. Die Form dieser Regulierungen besteht in der Sozialen Arbeit – kurz gesagt – darin, soziale Problemlagen als ‚psychosoziale Probleme‘ individueller Akteure zu bearbeiten“ (Bitzan 2011: 506).

Danach wird der Sozialen Arbeit die ordnungspolitische Funktion zugewiesen, das jeweilige gesellschaftliche und wirtschaftliche System zu stabilisieren und zu erhalten. (2) Die Erfüllung dieser Ordnungsfunktion setzt jedoch nicht an den herrschenden Normen oder der ungleichen Verteilung von Ressourcen, Status, Einkommen o.ä. an, und schon gar nicht an deren Infragestellung. Diese sind vielmehr Teil der zu stabilisierenden Ordnung. Konkret bearbeitet werden daher in diesem Sinn die Individuen und deren (abweichende) Verhaltensweisen.

Angesetzt wird nicht an den herrschenden Normen oder der ungleichen Verteilung von Ressourcen, Status, Einkommen.

Foto: A. Balzke



Soziale Arbeit als (kritische) Arbeit am Sozialen versus Soziale Arbeit als (herrschaftssichernde und -erhaltende) Arbeit am Einzelnen.

Im Gegensatz zu den professionsethischen und -theoretischen Perspektiven beinhaltet die gesellschaftliche Funktion also keinesfalls den Anspruch einer (kritischen) Arbeit am Sozialen.

Vielmehr gründet ebendieser Anspruch auf der Kritik an der ordnungspolitischen Funktion sowie den zugehörigen Widersprüchen und Spannungsfeldern (in) der Sozialen Arbeit: Hilfe & Kontrolle/Herrschaft – Ausschließung & Teilhabe – doppeltes Mandat – usw. Die ordnungspolitische Funktion Sozialer Arbeit als (Teil-)Antwort auf die Soziale Frage ist spätestens seit ihrer Akademisierung ein konstitutiver Konflikt, insbesondere in der sich kritisch-reflexiv verstehenden Tradition. Dieser Konflikt bzw. Widerspruch zwischen dem Anspruch, am Sozialen zu arbeiten und der gesellschaftlichen Funktion – mit Bettinger (2008: 422 ff.) zwischen traditioneller und kritisch-reflexiver Sozialer Arbeit – erfährt im Rahmen des neosozialen, aktivierenden Staates eine neue Qualität bzw. Verschärfung.

Die aktuellen Entwicklungen werden einerseits als möglicher Professionalisierungsgewinn begrüßt, im Sinne einer Neuausrichtung Sozialer Arbeit im Kontext ihrer Ökonomisierung, mit der die ‚alten‘ Widersprüche und Konflikte überwunden werden sollen.

Auf der anderen Seite werden sie als zunehmende Reduktion auf Verhaltensveränderung und Therapeutisierung (Anhorn/Balzereit 2016) sowie als Indienstnahme der Sozialen Arbeit „als Kontroll- und Sanktionsprofession“ (Grüner/Trummer 2012: 93) kritisiert. Die (fach)öffentliche Kritik und der Widerstand gegen die „Zumutungen ordnungspolitischer Problemlösungen“ (AKS o.J.) sowie gegen die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit nehmen zu, was sich nicht zuletzt in den Neugründungen bzw. nach wie vor aktiven kritischen – regionalen wie landesweiten – Assoziationen von Sozialarbeitenden zeigt (bspw. Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS), Sozialpolitische Arbeitskreise (SPAK), Verein Kritische Soziale Arbeit (Kriso), Unabhängigen Forums kritische Soziale Arbeit (Ufo) usw.).



Foto: anonf\_flickr

Diese Bewegungen und die Analysen sind jedoch keinesfalls einig. Zum Teil werden in den kritischen Debatten und Stellungnahmen die ordnungspolitische Funktion der Sozialen Arbeit sowie die immanenten Widersprüche der Profession verschleiert. Daher erscheint eine (selbst)kritische Aktualisierung der Auseinandersetzung mit der Funktion Sozialer Arbeit notwendig, um Fallstricke in der notwendigen Kritik und praktischen Auseinandersetzung zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund umreißt ich auf Basis einer knappen historischen Skizze die derzeitige aktivierende Sozialpolitik in ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit. Anschließend folgen kritische Kommentierungen – sowohl der affirmativen Deutung, mit der Aktivierung Konflikte und Spannungsfelder zu überwinden, als auch der impliziten Verschleierung der gesellschaftlichen Funktionszuweisung in kritischer Absicht.

Dabei geht es mir erstens darum, zu betonen, dass eine (kritische) Arbeit am Sozialen keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist, auch wenn sie dies in Disziplin und Praxis sein sollte. Zum zweiten versuche ich zu begründen, warum eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit den immanenten Widersprüchen der Profession und ihrer Funktion notwendig ist, gerade für eine kritisch-reflexive Soziale Arbeit.

### Die ordnungspolitische Funktion Sozialer Arbeit im Wandel

Historisch zeigt sich die Ordnungsfunktion der Sozialen Arbeit unverblümt. Bis in das 20. Jahrhundert hinein dominierten polizei- und ordnungsrechtlich verfasste Zugänge die (Armen)Fürsorge: Es ging um „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und de[n] Schutz der nichtarmen Bevölkerung vor den Folgen der Armut“ (Hanesch 2011: 67). Die „disziplinierende Ausgestaltung und ein persönliches Einwirken als Einheit von Hilfe und Kontrolle, Erziehung und Repression“ (Hammerschmidt/Sagebiel 2011: 13) waren selbstverständlich, wie an der bis in die 1960er dominanten Leitlinie ‚Zucht und Ordnung‘ deutlich wird.

Im Gegensatz zu den professionsethischen und -theoretischen Perspektiven beinhaltet die gesellschaftliche Funktion ...

... keinesfalls den Anspruch einer (kritischen) Arbeit am Sozialen.

Die Kritik an der Ordnungsfunktion wurde in den frühen 1970ern prominent. Neben der Entdeckung des ‚doppelten Mandats‘ (Böhnisch/Lösch 1973) wurde Soziale Arbeit als primär kontrollierende und herrschaftssichernde Instanz analysiert, die die harte, strafrechtliche Kontrolle lediglich um eine sanfte Form ergänzte (Bommes/Scherr 2000: 41). Nicht nur radikale Analysen bezogen sich auf den „Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital, [der] den sozialpolitischen – und [...] sozialpädagogischen – Diskurs zentral prägte und die Problematik sozialer Desintegration entsprechend im Focus der ‚Sozialen Frage‘“ (Böhnisch 2011: 221) bündelte.

Soziale Arbeit im Kapitalismus wurde als „Agent und Repräsentant des herrschenden Staates“ (Hollstein 1973: 39), die „sowohl für die materielle wie für die ideologische Reproduktion des bestehenden Systems“ (ebd.) zuständig ist, identifiziert und kritisiert.

Der zentrale Bezug auf den Konflikt zwischen Anspruch und Funktion wurde spätestens mit der Diagnose der Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft brüchig. Dafür steht die in den 1990ern prominente These der ‚Normalisierung‘ der Sozialen Arbeit, die „zu einer sozialen Hilfe gegenüber Identitätsbildungs- und kulturellen Verständigungsprozessen“ (Böllert 2011: 629) werde bzw. werden solle – für alle Bevölkerungsgruppen. Damit war auch die Hoffnung der Profession verbunden, sich aus ihrer ordnungspolitischen Funktion und Kontrollrolle zu befreien.

Der erhoffte Übergang „von der sozialdisziplinierenden Intervention zur partizipativen Dienstleistung“ (Böllert 2011) hat die ordnungspolitische Funktion der Sozialen Arbeit und die daraus resultierenden Konflikte und Widersprüche jedoch keinesfalls aufgelöst. Gleichwohl haben diese Diskurse dazu beigetragen, diese Funktion in den Hintergrund zu drängen und von emanzipatorischen, gesellschaftskritischen Ansprüchen Sozialer Arbeit abzugrenzen, die auf diesen Konflikten und deren Analyse gründen.

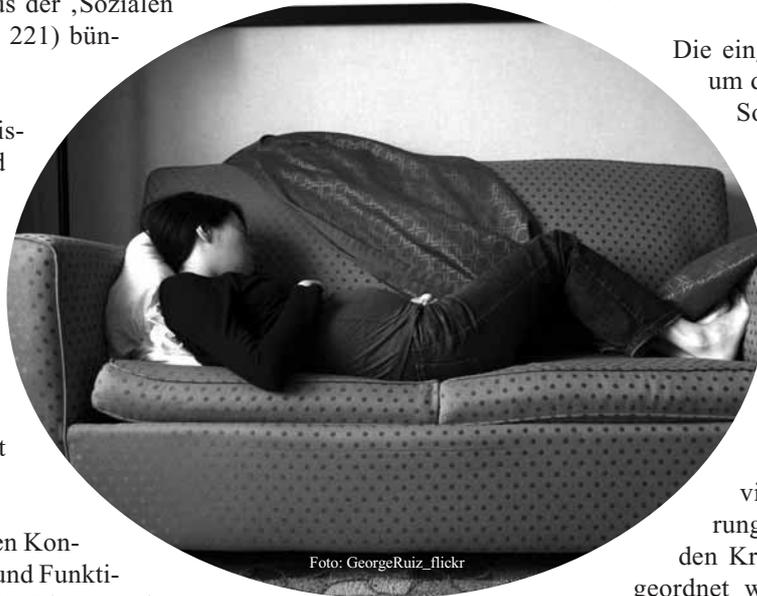


Foto: GeorgeRuiz\_flickr

## Soziale Arbeit im aktivierenden Staat

Mit den ökonomischen und sozialpolitischen Transformationsprozessen – Neoliberalisierung und Ökonomisierung – wird eine „Neuerfindung“ (Lessenich 2008) oder „Reformulierung des Sozialen“ (Lutz 2008: 3) konstatiert. Sozialpolitik wandelt sich von einer versorgenden zu einer investiven und aktivierenden. Damit werden die Bearbeitungsweisen und auch die Funktion der Sozialen Arbeit vor grundlegende Herausforderungen gestellt: Dieser „geht die wohlfahrtsstaatliche Orientierung an universellen Integrationsmustern zunehmend verlustig. Gleichzeitig verspricht ihr ein Rollenwechsel hin zur staatlichen Aktivierungsinstanz eine höhere Einflussnahme als je zuvor“ (Kessl 2005: 224f).

Die eingangs genannten Debatten um die Neuausrichtung(en) der Sozialen Arbeit stehen im Kontext der aktivierenden Sozialpolitik, deren Kern die Verpflichtung der Einzelnen zur Mobilisierung ihrer Eigenverantwortung ist. Die versorgenden, auf Stuserhalt orientierten Programmatiken des Nachkriegswohlfahrtsstaates werden durch Aktivierungs- und Lebensführungspolitiken verdrängt, die den Kriterien des Marktes untergeordnet werden. Dazu gehört eine Verlagerung der sozialpolitischen Prioritäten:

weg von ‚passivierenden‘ Transferleistungen (Geld) hin zu personenbezogenen, ‚aktivierenden‘ Dienstleistungen (Pädagogik und Verhaltensveränderung). Dies wertet Soziale Arbeit systematisch auf, da diese seit jeher personenbezogen agiert und sowohl fördernde, freiwillige Angebote vorhält, als auch fordernde, die Druck und handfesten Zwang beinhalten, mit denen nun die Eigenverantwortung und Selbstsorge der Bürger\_innen aktiviert werden sollen.

Diese sollen ihr Leben aktiv und eigenverantwortlich managen, und zwar in der ‚richtigen‘ Weise: rational und ökonomisch produktiv, die zentralen Schlagworte sind Employability und Verwertbarkeit. Eigenverantwortung und Selbstsorge sind also nicht ‚frei‘, sondern vordefiniert. Mangelnde Selbstsorge und (Eigen-)Aktivität werden nicht nur als irrational und unökonomisch etikettiert, son-

Neoliberalismus und Aktivierungsprogrammatik arbeiten mit progressiven Begriffen und Ideen: Empowerment, Partizipation, Selbstbestimmung.

dern auch als unmoralisch (Lessenich 2008: 83) – und damit als (sozial)pädagogisch und sozialarbeiterisch zu bearbeiten: an den und mit den individuellen Akteuren.

Diese Leitidee wird in kulturalistischen und individualisierenden Erklärungen sozialer Ungleichheiten (etwa Faulheit, ‚Schmarotzertum‘) sowie den zugehörigen Schuldzuweisungen an die Individuen besonders augenfällig – allen voran die These der ‚Kultur der Armut‘ (kritisch Klein et al. 2005), in der die Bedeutung sozio-ökonomischer Ursachen für problematische Lebensverhältnisse und Armut durch eine moralische Verurteilung der Armen ersetzt wird. Dies verändert nicht nur sozialarbeiterische Interventionen und deren Rahmenbedingungen, sondern legitimiert auch Zwang, Kontrolle, Sanktionen und Ausschließungen.

Die Grenzziehung und Platzzuweisung „zwischen Inklusion und Exklusion, die Klassifikation“ (Cremer-Schäfer/Steinert 2014: 66) als zentrale ordnungspolitische Aufgabe der Sozialen Arbeit seit der Armenfürsorge wird mit neuen Prämissen ausgestattet und remoralisiert: Es geht um die Unterscheidung zwischen den ökonomisch verwertbaren und verwertungswilligen ‚Anständigen‘ und den Nicht-Leistungsträger\_innen, den ‚moralisch Unzuverlässigen‘ oder ‚Unwilligen‘. Zugespitzt: Wer nicht für sich selbst sorgt, indem er oder sie sich gesund ernährt, nicht raucht, sich marktadäquat (permanent) qualifiziert usw., ist nicht nur selber Schuld an der eigenen Misere, sondern macht sich als ‚Kostenfaktor‘ auch an der Gesellschaft schuldig.

Auf der anderen Seite arbeiten Neoliberalismus und Aktivierungsprogrammatik mit progressiven Begriffen und Ideen: Empowerment, Partizipation, Selbstbestimmung usw. Damit schließen sie an berechtigte Kritiken auch der kritischen Sozialen Arbeit an, etwa der normierenden Normalisierung und fürsorglichen Belagerung im Nachkriegswohlfahrtsstaat. Dieser war weder frei von sozial und ökonomisch produzierten Ungleichheiten und Ausschließungen (etwa die Rolle der (Haus-)Frau und die daraus resultierende Abhängigkeit) noch von repressiven Maßnahmen (nicht nur in der Heimerziehung). Vielmehr waren diese immanenter Bestandteil

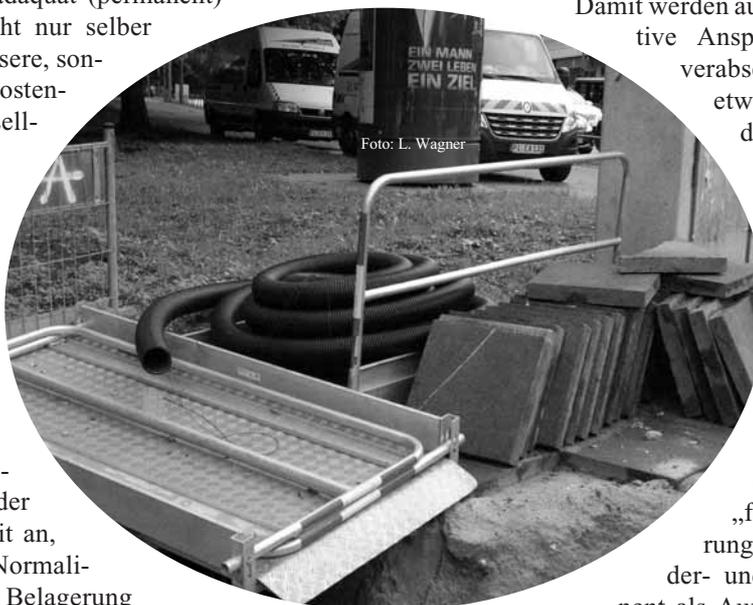


Foto: L. Wagner

Eine (selbst)kritische Aktualisierung der Auseinandersetzung mit der Funktion Sozialer Arbeit erscheint notwendig.

Eigene „Mittäterschaft“ (von Verbänden, Wissenschaft und Sozialarbeitenden) wird kaum selbstkritisch thematisiert.

dieses Integrationsversprechens. Eine rückwärtsgewandte Überhöhung ist daher nicht angebracht.

### Aktivierung als Chance zur Überwindung von Widersprüchen und Spannungsfeldern

An diese Begriffe knüpft die Idee der Neuausrichtung Sozialer Arbeit im Kontext von Aktivierung und Ökonomisierung an, die wie Ronald Lutz (2008) pointiert formuliert als Chance gesehen wird, Soziale Arbeit neu zu entwerfen. (3) Danach entspreche es sowohl „dem Bild vom Menschen der Moderne, wenn dem gestaltungsfähigen Subjekt mehr Autonomie, Eigenverantwortung und ökonomisches Handeln zugemutet bzw. abverlangt wird“ (ebd.: 4) als auch der ‚eigentlichen Aufgabe‘ Sozialer Arbeit: Die „neue Autonomie der Subjekte zu fördern, dazu beizutragen, dass die Menschen ihr Leben selbst und in eigener Verantwortung gestalten können“ (ebd.: 7).

Damit werden ausdrücklich bisher konstitutive Ansprüche und Widersprüche verabschiedet bzw. überwunden: etwa das doppelte Mandat oder die Ideen einer Parteilichkeit für die Adressat\_innen. Auch Konzepte, mit denen Soziale Arbeit sich ein sozialpolitisches Mandat aneignet und in Ansätzen auch politisch zugewiesen bekommt, etwa Soziale Ungleichheit oder Soziale Gerechtigkeit, bedürfen demnach einer „fundamentalen Reformulierung“ (ebd.: 3). So wird im Kinder- und Jugendhilferecht prominent als Aufgabe formuliert, „positive Lebensbedingungen [...] zu erhalten oder zu schaffen“ (§ 1 (3) Nr. 4 SGB VIII).

Damit würden die ordnungspolitische Funktion und die zugehörigen Widersprüche aufgelöst oder zumindest reduziert: Beratung, Unterstützung und Aktivierung lösen Kontrolle, Disziplinierung und Diskriminierung ab. „Hilfen werden zu Optionen (Wahlmöglichkeiten ohne Verpflichtung dazu) und stellen eben keine ‚fürsorgliche Belagerung‘ mehr dar“ (ebd.: 7). Die Soziale Arbeit würde in diesem Neuentwurf von ihren repressiven und kontrollierenden Aufgaben befreit. Letztere wären für die so ge-

nannte zweite Klasse der Adressat\_innen reserviert, konkret für jene, „die nicht mehr aktivierbar zu sein scheinen“ (ebd.: 8). Diese „Bruchstelle einer modernen Sozialarbeit“ (ebd.) wird offenbar billigend in Kauf genommen – primär angesichts der Chance, mit den ‚First-Class-Adressat\_innen‘ jenseits ordnungspolitischer Zumutungen arbeiten zu können. Gleichzeitig würde damit die Arbeit am Sozialen (den Verhältnissen) von der Arbeit an den Einzelnen (und ihrem Verhalten) abgelöst bzw. geht in dieser auf.

### Kritiken und deren Fallstricke

In der kritischen Auseinandersetzung mit diesen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Umbrüchen wird die eben skizzierte Entwicklung zu Recht bekämpft. Denn diese verschleiert die zunehmend repressiv ausgestaltete Ordnungsfunktion Sozialer Arbeit. Gerade in der „Zwei-Klassen-Sozialarbeit“ (Lutz 2008: 8) sind Grenzziehungen und Kategorisierungen notwendig, für die Soziale Arbeit nach wie vor zuständig ist und zuständig gemacht wird. Die Auslagerung der repressiv-kontrollierenden Ordnungsfunktion verdeckt also die damit vermachten Widersprüche lediglich: „Ein Arrangement mit den gesellschaftlichen Widersprüchen läuft auf eine Zurichtung der KlientInnen hinaus. Wenn sie schon nicht (mehr) in die Strukturen passen, müssen sie [und nicht die Strukturen!, TL] dementsprechend verändert werden“ (Grüner/Trummer 2012: 94) – oder sie werden fallen gelassen und ausgeschlossen.

Die begründete und zwingend notwendige Kritik an den in Aktivierung und Ökonomisierung eingelassenen repressiven Aufgaben und der Vermarktlichung auf unterschiedlichen Ebenen (prägnant: Kessler 2018: 6f) werden hier nicht in Frage gestellt. Vielmehr geht es, wie eingangs angekündigt, um einen (selbst)reflexiven Blick auf die kritischen Auseinandersetzungen und die darin sichtbaren Fallstricke, die mit der Gefahr verbunden sind, die Ordnungsfunktion der Sozialen Arbeit und deren Widersprüche zu verschleiern.

Es geht um die Unterscheidung zwischen den ökonomisch verwertbaren und verwertungswilligen ‚Anständigen‘ ...

... und den Nicht-Leistungsträger\_innen, den ‚moralisch Unzuverlässigen‘ oder ‚Unwilligen‘.

Dazu gehören nicht zuletzt die Kritiken an der Ökonomisierung, die diese primär auf Kostensenkung bzw. Sozialabbau reduzieren. Damit ist einerseits eine analytische Verharmlosung und Reduktion der umfassenden Vermarktlichung sowie ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit verbunden. Andererseits wird die eigene „Mittäterschaft“ (von Verbänden, Einrichtungen, Wissenschaft und Sozialarbeitenden) kaum selbstkritisch thematisiert, worauf Fabian Kessler (ebd.:7) jüngst zu Recht hingewiesen hat. So mutet es befremdlich an, wenn der Boom und die volkswirtschaftliche Relevanz der Sozialen Arbeit bzw. einzelner Bereiche ‚gefeiert‘ wird, etwa dass in der Kinder- und Jugendhilfe mehr Menschen beschäftigt sind als in der Automobilindustrie.



Die oftmals geforderten zusätzlichen Ressourcen für die Soziale Arbeit sind – auch aufgrund der Arbeitsverdichtung, die Teil der derzeitigen Politik ist, und den realen Kürzungen (insbesondere in Bereichen, denen wenig ‚Produktivität‘ zugeschrieben wird) – nachvollziehbar und berechtigt. Sie adressieren die zu Grunde liegenden Konflikte jedoch nicht. Mehr Soziale Arbeit oder die „Entwicklung neuer Aufgabengebiete“ und „Erschließung neuer Arbeitsgebiete“ für die Soziale Arbeit, wie sie auch der DBSH in seinem Grundsatzprogramm von 1998 (das sehr wohl auch strukturelle Spannungsfelder und Konflikte als konstitutiv für die Profession benennt) fordert, führen nicht an sich zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Zum anderen wird die ordnungspolitische Funktion(szuweisung) und deren zunehmend repressive Ausgestaltung in den kritischen Bewegungen und Argumentationslinien teilweise verschleiert bzw. droht verschleiert zu werden, in dem sie als ‚neu‘ und staatlich oktroyiert definiert wird.

Ein Beispiel dafür findet sich auf dem Flyer des Unabhängigen Forums kritische Soziale Arbeit (Ufo) zum Internationalen Tag der Sozialen Arbeit 2013: „Die Aufgabe der Sozialen Arbeit ist weder für ein Funktionieren der Menschen noch für ihre Nützlichkeit im System zu sorgen! Solche Zielsetzungen lassen wir uns auch künftig nicht aufzwingen! Soziale Arbeit ist vielmehr Partnerin der Bür-

„Soziale Arbeit muss wieder dazu beitragen können, gesellschaftliche Widersprüche und Interessenskonflikte ...

ger/innen bei der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe!“ Dieses Bild markiert prototypisch ein – fraglos kritisch motiviertes – sympathisches Bild der Profession. Zugleich externalisiert es die ordnungspolitische Funktion und die darauf gründenden Widersprüche, die Teil der Profession sind, ebenso wie deren grundlegende Bedeutung für die Aneignung eines sozialpolitischen Mandates und die dafür notwendige selbst-kritische Analyse. Denn ein „politisches Mandat schreibt man sich [begründet, TL] zu“ (Cremer-Schäfer 2001).

Mit solchen Fallstricken droht aus meiner Sicht das (selbst)kritische und politische Potenzial, das nicht zuletzt auf dem Unbehagen über die eigene Funktion gründet, zu verdämmern. Die immanenten Widersprüche der Profession, auf denen sich kritische Soziale Arbeit gründet, basieren auf der Bearbeitung von sozial bzw. ökonomisch produzierten und definierten Ausschließungen und Konflikten an den Individuen.

Mit anderen Worten: auf der ordnungspolitischen und das jeweilige System stabilisierenden Funktion(szuweisung) an die Soziale Arbeit. Diese gesellschaftsanalytische Einsicht kennzeichnet die für eine kritische Soziale Arbeit notwendige Distanz zu ihrer gesellschaftlichen Funktion und den ihr konkret zugewiesenen Aufgaben. Dies wird in der Zielstellung deutlich, sich selbst überflüssig zu machen und mehr Soziale Arbeit eben nicht als Erfolg zu feiern.

Mehr Soziale Arbeit bedeutet funktional betrachtet nicht Befreiung oder mehr soziale Gerechtigkeit, sondern mehr Kontrolle und mehr Eingriff. Ein Sozialarbeiter aus der Wohnungslosenhilfe hat dies im November 2017 in Hamburg auf einer Veranstaltung mit dem Titel „Wie lange funktionieren wir noch? Zumutungen an die Soziale Arbeit zwischen Elendsverwaltung und politischem Mandat“ plastisch formuliert: „Ich kann noch so viel und gut beraten, davon bekommen die Menschen keine Wohnung – es fehlt schlicht an Wohnraum.“



Foto: K. Polzin

## Fazit und Plädoyer für eine selbst-verständliche kritische Arbeit am Sozialen

Um der skizzierten Gefahr der Verschleierung der ordnungspolitischen Funktion – auch in kritischer Absicht – zu entgehen, gilt es gerade in der kritischen Sozialen Arbeit, die eigene Verwobenheit mit den derzeitigen ökonomisierenden und aktivierenden Politiken selbstkritisch zu reflektieren und aktiv zu bearbeiten. Als ordnungspolitische Instanz unterliegt die Soziale Arbeit fraglos Grenzen, als solche verfügt sie jedoch auch über Gestaltungsspielräume. Sowohl in ihren als auch aufgrund ihrer Widersprüche und Konflikte. Diese fasst beispielsweise der Verein Kritische Soziale Arbeit (KriSo, o.J.), ebenfalls ein Teil der hier bewusst kritisch diskutierten Bewegungen, prägnant zusammen:

„Soziale Arbeit muss wieder dazu beitragen können, gesellschaftliche Widersprüche und Interessenskonflikte sowie soziale Ungleichheiten und Ausschließungsprozesse aufzudecken und das Soziale im Sinne von KlientInnen mitzugestalten“. Darüber hinaus muss Soziale Arbeit jedoch eigene Gründe haben, Gesellschaft zu verändern. Es reicht nicht aus, sich diese bei den Adressat\_innen auszuleihen. Dazu gehört die reflexive Auseinandersetzung mit der eigenen ordnungspolitischen Funktion sowie mit den Widersprüchlichkeiten und Alternativen gegenwärtiger Praxen und der Gesellschaftsordnung.

### Anmerkungen:

- 1) Dieser Aufsatz ist zuerst im Juni 2018 im Jahrbuch des Vereins zur Förderung des DOWAS (Innsbruck) erschienen.
- 2) Dass die Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung letztlich auch Arbeit am Sozialen bedeutet, ist klar. In diesem Beitrag verstehe ich Arbeit am Sozialen jedoch zum einen im Sinne einer Veränderung des Sozialen in kritischer Absicht und zum anderen als aktive Bearbeitung der Verhältnisse.
- 3) Dieser Text wird hier ins Zentrum gestellt, weil er die ökonomisierende Neujustierung der Sozialen Arbeit und deren Folgen besonders deutlich markiert. Zudem wird er sowohl als Kritik an dieser Neuausrichtung als auch als deren Affirmation rezipiert.

... sowie soziale Ungleichheiten und Ausschließungsprozesse aufzudecken und das Soziale im Sinne von KlientInnen mitzugestalten“.

# Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen – leider keine Selbstverständlichkeit!

## Literatur:

AKS (o.J.): Der „Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit“ (AKS) URL: <http://www.kritischesozialarbeit.de/> [14.3.2018]

Anhorn, R./Schimpf, E./Stehr, J. (2018): Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit. In: Keim, R./Rathgeb, K./Schimpf, E./Spindler, S./Stehr, J. (Hg.): Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit. Wiesbaden, 1-17

Anhorn, R./Balzereit, M. (Hg.) (2016): Handbuch Therapeutisierung und Soziale Arbeit. Wiesbaden

Bettinger, F. (2008): Auftrag und Mandat. In: Bakic, J./Diebäcker, M./Hammer, E. (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Wien, 25-39

Bitzan, M. (2011): Genderpolitik. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München/Basel, 499-509

Böhnisch, L. (2011): Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisches inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit. In: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 219-233

Böhnisch, L./Lösch, H. (1973): Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Band 2. Neuwied, 21-40

Böllert, K. (2011): Von der sozialdisziplinierenden Intervention zur partizipativen Dienstleistung. In: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 625-634

Bommes, M./Scherr, A. (2000): Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe. Weinheim und München.

Cremer-Schäfer, H. (2001): Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Sozialen Arbeit. In: Merten, R. (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Wiesbaden, 55-69

Cremer-Schäfer, H./Steinert, H. (2014): Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie. Münster

DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.) (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstages Soziale Arbeit und DBSH. URL: [https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/20161114\\_Dt\\_Def\\_Sozialer\\_Arbeit\\_FBTS\\_DBSH\\_02.pdf](https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_02.pdf) [16.3.2018]

DBSH (1998): Grundlagen für die Arbeit des DBSH e.V. Grundsatzprogramm des DBSH. URL: [https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Grundsatzprogramm.Vorstellung-klein\\_01.pdf](https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Grundsatzprogramm.Vorstellung-klein_01.pdf) [12.03.2018]

Verein zur Förderung des DOWAS (Hg.) (2018): Jahrbuch 2017. Innsbruck, 17-29

Günther, M. (2017): Freiheit, Freiheit, ist die einzige, die fehlt. Überlegungen zur aktuellen Definition Sozialer Arbeit. In: Widersprüche 145, 99-109

Grüner, P./Trummer, S. (2012): Diskurse der Ausgrenzung in Österreich. In: Weiss, A. (Hg.): Soziale Frage im Wandel. Wien, S. 87-95

Hammerschmidt, P./Sagebiel, J. (2011): Einführung: Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Diess. (Hg.): Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts, 9-20

Hanesch, W. (2011): Armut und Armutspolitik. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München/Basel, 57-70

Hörster, R. (2011): Sozialpädagogische Kasuistik. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München/Basel, 1476-1484

Hollstein, W. (1973): Sozialarbeit im Kapitalismus. Themen und Probleme. In: Hollstein, W./Meinhold, M. (Hg.): Sozialarbeit unter Kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt/Main, 9-43

Kessl, F. (2005): Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit. Weinheim/München

Kessl, F. (2018): Zukunft der Sozialpsychiatrie im Licht der gesellschaftlichen Megatrends. Unsere Wahrnehmungen und Herausforderungen. In: Kerbe 1/2018, 4-8

Klein, A./Landhäußer, S./Ziegler, H. (2005): The Salient Injuries of Class. Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit. In: Widersprüche 98, 45-74

Lessenich, S. (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld

Kriso (o.J.): Verein Kritische Soziale Arbeit. URL: <http://kriso.at/verein-kriso/> [10.03.2018]

Lutz, R. (2008): Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/13 2008. Wandel der Sozialen Arbeit, 3-10

Thiersch, H. (2002): Positionsbestimmungen der Sozialen Arbeit Gesellschaftspolitik, Theorie und Ausbildung. Weinheim & München

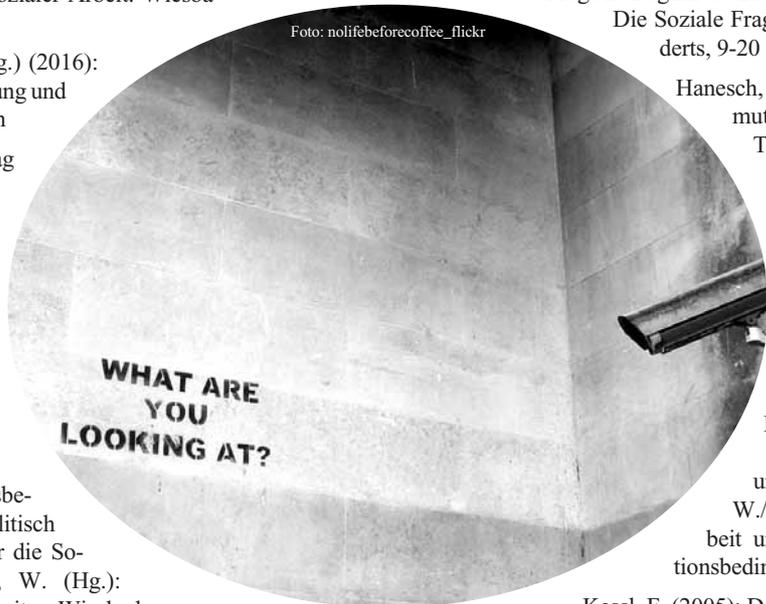


Foto: nolifebeforecoffee\_flickr



Prof. Dr. Tilman Lutz

lehrt an der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie in Hamburg.

# Sanktionieren statt Jugendsozialarbeit?

## Zur Kritik der Jugendberufsagenturen

*vom Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg*

Seit der Entscheidung Jugendberufsagenturen (JBA) in Hamburg flächendeckend einzuführen (Drucksache 20/4195 vom 16.5.2012), sind Konflikte auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe dokumentiert. Durch den Einsatz von bezirklichen Mitarbeiter\*innen der Sozialen Arbeit, die in der JBA Beratung für „Kunden“ mit Vermittlungshemmnissen anbieten sollten, stellte sich die Frage nach den fachlich, methodisch zugrunde gelegten Arbeitsprinzipien der Sozialen Arbeit. Ob eine organisatorisch der JBA unterstellte Beratung diesen Prinzipien gerecht werden kann, ist ungelöst – obwohl sie vehement und auch öffentlich ausgetragen wurde (vgl. Kern, 8.7.2013).

Es gab und gibt weiterhin viele gute Gründe, Zweifel an der Zusammenarbeit von JBA und offenen Beratungsangeboten zu hegen. Dabei sind die Dimensionen dieser Auseinandersetzung nicht nur auf den Bereich der Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu beziehen, sondern in den Kontext der arbeitsmarktpolitischen Reformen der Hartz-IV-Gesetze zu stellen, wie sie 2005 von der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder verabschiedet wurden (besonders gut zusammengefasst von Panitzsch-Wiebe 2016).

Mit Einführung der Hartz-IV-Gesetze und ihrem Postulat des „Förderns und Forderns“ trat ein drastischer Wandel der Prinzipien des Wohlfahrtsstaates in Kraft, in deren Mittelpunkt seitdem nicht mehr die Hilfestellung in schwierigen Lebenslagen und/oder die Inanspruchnahme von gesetzlich garantierten Rechten steht, sondern ein repressives Regelwerk, welches nicht nur Armut zementiert, sondern die Betroffenen unter enormen Druck setzt, jede zumutbare Arbeit anzunehmen und sie bei fehlender Kooperation finanziell sanktioniert.

Dies betrifft vor allem die unter 25-jährigen, für die der Sanktionskatalog besonders drastische Auswirkungen bereithält und die mit dem Slogan „Keiner darf verloren gehen“ einer „Verfolgungsbetreuung“ ausgesetzt sind. Dabei zeigt sich besonders deutlich, dass für eine bestimmte Gruppe von Leistungsempfänger\*innen ein erzieherisches Programm aufgelegt wurde, dem ein Menschenbild zugrunde liegt, welches defizitär und von negativen Vorannahmen geprägt ist. Wie soll vor diesem

Hintergrund eine wertschätzende, ressourcenorientierte und unterstützende Beratung stattfinden, wenn Druck und die Androhung von Sanktionen und nicht der freie Wille im Vordergrund stehen? In dieser Logik verschwindet das Subjekt hinter den Ansprüchen einer rigiden Verwaltungslogik. Dass sich die bezirklichen Sozialarbeiter\*innen in den JBAs nicht vollständig von dieser Logik frei machen können, ist schon aufgrund ihrer institutionellen Eingebundenheit in den gegebenen Verhältnissen nachvollziehbar. Dementsprechend werden sie auch von den jungen Menschen als Teil des Jobcenters begriffen und ihnen wird in der Regel mit Vorbehalten und Ängsten gegenübergetreten.

Aus dem Blickwinkel der Sozialen Arbeit stellen sich diese Praxen aus vielerlei Gründen als hochproblematisch dar, werden sie doch faktisch zu sozialpädagogisch begründeten Arbeitsmethoden erklärt und damit explizit zum Auseinandersetzungsfeld in der Sozialen Arbeit (vgl. Panitzsch-Wiebe 2016, S.5). Die Sorge vor fachfremder Vereinnahmung des im §1 SGB VIII beschriebenen Grundverständnisses der Jugendhilfe (Recht auf Förderung der Entwicklung) erscheint hier durchaus angebracht (vgl. ebd. S.1). Es macht einmal mehr deutlich, dass sich die Jugendhilfe (natürlich) nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum befindet. Aktivierungs- und Lebensführungspolitiken, die im Kern die Verpflichtung zur Eigenverantwortung benennen und damit strukturelle, gesellschaftliche Faktoren ausblenden, bleiben nicht ohne Folgen für das Subjekt. Sie fordern eine kritische Reflexion und Positionierung über Zielsetzung und gesellschaftliche Rolle der Sozialen Arbeit mehr denn je heraus (vgl. Lutz in diesem Heft).

In der Praxis der Sozialen Arbeit soll auf den Willen und die Ressourcen der Zielgruppe aufgebaut und Selbstwirksamkeit befördert werden. Eine Orientierung am Willen und an der Lebenswelt der Zielgruppen, die oft Erfahrungen von Exklusion, Diskriminierung aufgrund unterschiedlicher Merkmale und Prekarisierung mitbringen, gelten als Faktoren für eine fachlich begründet und wissenschaftlich legitimierte Hilfe. Besonders niedrigschwellige Einrichtungen sind offenen, akzeptierenden fachlichen Grundlagen verpflichtet, da die begründete



Foto: L. Wagner

Annahme besteht, dass bestehende Angebote „Zugangsbarrieren aufweisen, beziehungsweise die Zielgruppe aus verschiedenen Gründen gehindert wird, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen“ (Redemeyer/Block 2011, S.26). Und die niedrighschwelligeren Angebote sind beispielsweise in der Globalrichtlinie für die sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) festgeschrieben!

Fachlich besteht kein Zweifel und auch die Nutzer\*innen in Einrichtungen der Jugendhilfe unterscheiden „sehr klar zwischen den Angeboten, Maßnahmen und Anforderungen, die ihnen in ihrer aktuellen Situation „etwas bringen“ oder mit denen sie sich zumindest arrangieren können, und denen, die sie erdulden oder hinnehmen müssen“ (Kunstreich 2012, S.61). Sie nehmen auch sehr wohl wahr, wenn „nicht nur keine Teilhabe ermöglicht wird, sondern die Sichtweise der Nutzer\*innen entwertet oder – wie häufiger in den Situations-schilderungen zur institutionellen Verbindlichkeit geschehen – verworfen wird, dann bedeutet Entwertung, nicht als eigenständiges Subjekt anerkannt zu werden“ (Kunstreich 2012, S.62).

In der Auseinandersetzung um die Ausweitung der JBA hinein in Offene Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gilt es, die fachliche Auseinandersetzung um sozialarbeiterische/sozialpädagogische Standards oder Prinzipien zu führen. Das Feld der Auseinandersetzung ist dabei nicht klar begrenzt und oftmals sind es die feinen Unterschiede, die unmerklich die Soziale Arbeit in ihren Handlungsprinzipien und gesellschaftlichen Aufträgen verändern: wo statt freiheitlicher Entwicklung Normierung und Zwang gesetzt wird, wo statt Teilhabe Exklusion gefördert wird, wo die Chancenungleichheit zementiert wird, statt Egalität zu schaffen, wo Rechtsansprüche beschnitten werden, statt über ihren Ausbau zu diskutieren. Vor dem Hintergrund unseres eigenen fachlichen Selbstverständnisses sollte die Soziale Arbeit kritisch aufblicken, wenn sie selbst zur (unmerklichen?) Erfüllungsgehilfin dieser Entwicklung wird.

Denn oftmals sind es die Adressat\*innen, von Sozialer Arbeit, die zuallererst davon erzählen können, wie sich Erfahrungen von Stigmatisierung und Bevormundung in die Persönlichkeit einschreiben. Hier lohnt es sich zuzuhören, denn sie geben die besten Hinweise darauf, wie Einrichtungen der Jugendhilfe gestaltet sein sollten um diese Erfahrungen nicht zu reproduzieren, sondern andere, positive Erfahrungen zu setzen.

Wenn Soziale Arbeit ihren Auftrag auch darin sieht, sich kritisch und fachlich fundiert in gesellschaftliche Entwicklungen



Foto: C. Ganzer

inzumischen, ist es jetzt an der Zeit ihre Fachexpertise deutlicher zu vertreten. Das kann bedeuten, eine Zunahme von Ausgrenzung, die Beschneidung von Rechten und Vorurteile und Zuschreibungen gerade ihres Klientels entgegenzutreten und gemeinsam für eine Ausgestaltung von akzeptierenden, ermöglichenden Bedingungen einzutreten und dies als eine un-demokratische Aufgabe zu be-greifen.

Warum deshalb das Konzept der JBA nicht das der Einrichtungen der Offenen Jugendsozialarbeit sein kann, ist dabei deutlich. Diese Auseinandersetzung muss dabei aber als eine der vielen aktuellen Auseinandersetzungen in Hamburg gesehen werden, in denen fachliche Argumentationen der Sozialen Arbeit im Konflikt mit Verwaltungslogiken stehen.

### Literatur:

- 1) Kern, Miriam. Sozialarbeiter wird versetzt. In: taz-Nord 8.7.2013
- 2) Panitzsch-Wiebe, Marion. Jugendberufsagentur – Best Practice?! URL: <http://www.sozialerfortschritt.de/wp-content/uploads/2006/04/Panitzsch-Wiebe.pdf> [6.8.2018]
- 3) Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Amt für Familie, GR J 1/17 vom 01.05.2017, Globalrichtlinie Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe
- 4) Redemeyer, Angela/Block, Barbara (2011): Niedrighschwelligkeit – Was bedeutet das wirklich? Eine begriffliche Auseinandersetzung für die Soziale Arbeit. In: Sozialmagazin 5/2011, S. 22-30
- 5) Kunstreich, Timm (2012): Nutzung der sozialen Infrastruktur – eine exemplarische Untersuchung in zwei Hamburger Stadtteilen. URL: <https://www.hamburg.de/contentblob/3831478/d12beb7e4a6d2e5f59799af0c5fec546/data/untersuchung-infrastruktur.pdf> [6.8.2018]

### Zum AKS Hamburg

Hier treffen sich seit Anfang 2011 in der Sozialen Arbeit Tätige und Interessierte sowie Mitarbeitende und Studierende der Hamburger Hochschulen. Die „AKSler\*innen“ engagieren sich als politische denkende Menschen und nicht als Vertreter\*innen einer Institution oder eines bestimmten Trägers. Sie setzen sich mit konkreten Entwicklungen in Hamburg und Umgebung auseinander, entwickeln Perspektiven Kritischer Sozialer Arbeit und treiben diese voran. Neue Mitstreiter\*innen sind gerne willkommen! Termine und weitere Informationen auf: [www.akshamburg.wordpress.com](http://www.akshamburg.wordpress.com)

# Zum Zusammenhang von repressiver Pädagogik und reaktionären Geschlechterbildern

von Caroline Inhoffen

Anfang der 2000er Jahre begann ein „Boy-Turn“ (Fegter, 2012, 12) in deutschen Populär- und pädagogischen Fachmedien. „Die Jungen-Katastrophe“ (Beuster, 2006) oder „Jungs von heute – verweichlicht und verweiblicht“ (Bergmann, 2010) sind nur eine kleine Auswahl jener Texte, die sich mit einer ‚Krise der Männlichkeit‘ und der sogenannten Feminisierung der Alltagswelt befassen. So unterschiedlich die Veröffentlichungen sind, sie alle eint die Darstellung einer als bedrohlich empfundenen, omnipräsenten Weiblichkeit im fami-



liären und institutionellen Erziehungs- und Bildungsbereich. Die Vorstellung einer von Frauen unterwanderten Männlichkeit ist dabei weder neu noch auf Deutschland begrenzt. Sie wurde unter anderem in den USA der 60er Jahre diskutiert. Die Vorstellung „that boys raised by women will be less manly than boys raised by men and that the configuration of the modern family turns boys into mushy little wimps“ (Kimmel, 1996, 276) ist nun erneut Thema. Pädagogen wie Tischner, der wieder den geschlechterhomogenen Unterricht fordert (vgl. ebd. 2016), Beuster und Matzner sind dominierende Stimmen im pädagogischen Zweig dieses Diskurses.

Sie vertreten, dass durch die Überpräsenz von Frauen in der privaten und institutionellen Erziehungssphäre eine verweiblichte Pädagogik entstehe. Diese könne keine ausreichende Autorität ausstrahlen, um Grenzen zu ziehen und

Durch die Überpräsenz von Frauen in der privaten und institutionellen Erziehungssphäre entstehe eine verweiblichte Pädagogik; ...

Ordnung zu schaffen. Sie sei mit der Pflege „emotionaler, warmer, authentischer und empathischer Beziehung[en]“ (Tischner, 2010, 64) beschäftigt, reglementiere vermeintlich natürliches Verhalten von Jungen und sei gleichzeitig nicht in der Lage, auf ‚abweichendes Verhalten‘ mit Autorität zu reagieren. Sie sei von Frauen für Mädchen und mache Jungen zu Verlierern der Bildung und letzten Endes auch der Gesellschaft, da diese ihre soziale Rolle als Mann nicht ausfüllen könnten (vgl. ebd.). Dies führe dazu, dass Männer respektive Jungen nicht mehr so sein dürften wie früher. Ein Früher, das vor dem Hintergrund einer vermeintlich verlo-

... diese könne keine ausreichende Autorität ausstrahlen, um Grenzen zu ziehen und Ordnung zu schaffen.

ren gegangenen Männlichkeit, einer „Entmannung“ (Beuster, 2006, 95) und „Identitätszerstörung“ (Tischner, 2008, 350) positiv ausgewiesen und zum Sehnsuchtsort wird. Seine Sehnsucht nach stabilen Geschlechtergrenzen bringt Beuster wie folgt auf den Punkt: „Die Tatsache der Feminisierung der Lebenswelt von Jungen kann zum Problem für sie [die Jungen, Anm. d. Verf.] werden, denn sie wollen und sollen keine Frauen werden“ (ebd., 2006, 20). Zusätzlich zu der kausalen Verknüpfung von Geschlecht und spezifischen Verhaltensweisen wird Weiblichkeit hier als zerstörend und einverleibend beschrieben.

Was in einer solchen Rhetorik als männlich gilt, lässt sich in seiner Abgrenzung zum Weiblichen verstehen. Während Jungen mit Begriffen wie aktiv und rebellisch charakterisiert werden, gilt für Mädchen genau das Gegenteil. Sie würden von sich aus zu einem passiven und angepasstem Verhalten neigen (vgl. Tischner, 2016). Diese Verhaltensweisen sieht Tischner als vor-kulturell und biologisch bedingt an. Er reproduziert damit das antiquierte Bild des Weiblichen als passiv und emotional – des Männlichen als aktiv.

## Spielerische Hierarchisierung und der fehlende Vater

Eine Beschneidung von vermeintlich natürlichem, männlichen Verhalten durch weibliche Fachkräfte wird in diesem Bedrohungsszenario u.a. in der Unterdrückung des Kampfbedürfnisses von Jungen gesehen. In Kämpfen würden Jungen ausloten, wer dominiert und wer sich unterwürfig zu verhalten habe, wodurch sie sogar Sinnlichkeit erleben könnten. Das Reglementieren von körperlichen Auseinandersetzungen

Die ‚verweiblichte Pädagogik‘ sei von Frauen für Mädchen und mache Jungen zu Verlierern der Bildung und letzten Endes auch der Gesellschaft.

führe im Besonderen dazu, dass Jungen nicht lernten, die Autorität eines anderen männlichen Kindes anzuerkennen und im Allgemeinen zu einem Ausbleiben damit verbundener Lusterlebnisse (vgl. Matzner, 2008, 318). Die daraus folgenden Konsequenzen beschreibt Tischner wie folgt: „Ein Sozialpädagoge berichtete mir kürzlich, er treffe heute immer häufiger Jugendliche, die nie raufen gedurft, ihre Freizeit überwiegend an Spielkonsolen mit Ballerspielen verbracht hätten und bei Konflikten mit Gleichaltrigen ihrem Kontrahenten ohne Vorwarnung gleich in die Genitalien träten oder ihnen das Nasenbein kickten“ (ebd. 2016). Das Verbot führe also zur späteren, übermäßigen Kompensation. Zudem fehle es zuhause zunehmend an der männlichen Bezugsperson des Vaters, sodass es auch im Privaten an Strenge und Autorität mangle, die das Kind oder den Jugendliche in die Schranken weise.

Tischner begründet seine Argumentation theoretisch mit dem pädagogischen Klassiker Nohl (1949) und Gabert (1949): Er spricht vom ‚mütterlichen‘ und ‚väterlichen‘ Prinzip der Pädagogik. Damit möchte er unterstreichen, dass es sich hierbei um Modi handelt, die nicht an das Geschlecht im biologischen Sinne gekoppelt sind (vgl. Tischner, 2010, 63ff.). Seine Fixierung auf den fehlenden Vater, der nicht als Prinzip, sondern als Person verstanden wird, sowie das Pochen auf eine ‚Feminisierung‘, die primär von Frauen vorangetrieben werde, lassen allerdings an dieser postulierten Offenheit zweifeln.

### ‚Das väterliche Prinzip‘

Der Vater, so Nohl, werde erst mit dem „Wachsen der geistig herrschenden Kräfte im Kinde“ (Nohl, 1949, 129) relevant. Er „verteidigt und führt das Kind, aber fordert auch von ihm und vertritt ihm gegenüber Ordnung und Gesetz und die Macht der Durchsetzung“ (ebd.). Er habe die Funktion, das Kind in die gesellschaftliche Moral und ihre Normen einzuführen, er symbolisiere den Staat in der Familie. Dank seines „Geschlechtsinstinktes“ (ebd.) könne er sein Handeln auf das Wohl einer Gruppe ausrichten. Zusätzlich bilde der Vater – oder später der Lehrer, auf den die väterliche Autorität übertragen werde – den Willen des Kindes. Dieser werde geformt durch Widerstand – auf dem Gebiet des Geistes, aber auch des Sportes und des Wettbewerbs: „Der Wille muß Widerstand erfahren, um seine Kraft zu spüren [...]“ (ebd. 164). Die ‚väterlichen‘ Elemente Zukunftsaussicht, Gemeinschaft über dem Wohl des Einzelnen, Vernunfts- und Willensausbildung sowie Verkörperung von Kraft und Autorität, sieht Tischner in der ‚Konfrontativen Pädagogik‘, der „klare[n] Linie mit Herz“ (Weidner, 2010, 23), verwirklicht.

### ‚Das mütterliche Prinzip‘

Das kontrastierende Prinzip, das Tischner in der Lebensweltorientierung verortet, ist das ‚mütterliche‘. Es ist die Kontrastfolie des Väterlichen: Das ‚mütterliche Prinzip‘ sei rückwärtsgerichtet, denn die Mutter sehne sich nach der vorgeburtlichen Zeit des „Ganz-Empfangen-Können[s]“ (Gabert, 1949, 13). Sie sehe das Kind in seiner Individualität und seinem subjektiven Leben und binde es an seine Vergangenheit. Die Mutter sei eher dazu geneigt, schwach zu sein, dem Willen



des Kindes nachzugeben. Der Terminus der Mütterlichkeit wird besonders in der Gegensätzlichkeit zum Vater mit Begriffen wie Emotion sowie einer qua ihrer Fähigkeit zur Reproduktion begründeten Liebe zum Kind angereichert (vgl. Nohl, 1949, 128f.; Gabert, 1949, 14; Tischner, 2010, 65). Eine Argumentationslogik, die unter anderem von Badinter als klar historisch gewachsener Mythos entlarvt wurde (vgl. ebd., 1999, 297ff.). Das mütterliche Prinzip glaube, „Erziehung in ihrem Kern abschaffen und das Erwachsenwerden des Kindes der Selbstentfaltung und Selbstregulation seiner Kräfte überlassen zu können“ (Tischner, 2010, 70). Das Aufwachsen des Kindes werde so „sabotiert“ (ebd.), da verkannt werde, dass Konfrontation dem Erziehungs- und Bildungsprozess immanent sei.

### Das ‚väterliche Prinzip‘ in Aktion

Was Tischner unter Konfrontation versteht, wird bei näherer Betrachtung seiner Sicht auf die „Glen Mills Academy“, einem Hybrid aus Jugendhilfeeinrichtung und Strafvollzug, deutlich (vgl. ebd.). Hier werde laut Tischner versucht, den Mangel an Väterlichem auszugleichen: Es herrsche ein positiv konnotierter Männerbund und die Umsetzung des väterlichen

Die ‚väterlichen‘ Elemente sieht Tischner in der ‚Konfrontativen Pädagogik‘, der „klare[n] Linie mit Herz“, verwirklicht.

Prinzips erfolge in doppelter Weise, zum einen personell, durch Leiter und Mitarbeiter, und zum anderen strukturell. Den ehemaligen Leiter beschreibt Tischner als die „väterliche Autorität schlechthin“ (ebd., 2010, 75). Er erfülle genau das, was er sich als väterliches Prinzip imaginiert: charismatisch



und streng aber auch liebevoll und umsorgend. Er zeige, wie sich die Jugendlichen später einmal als Vater verhalten sollten: „Einerseits streng und fördernd, andererseits jedoch auch gewährend, großzügig und beschützend“ (ebd.). Kritisch-pädagogische Stimmen schreiben allerdings von einer archaischen, kriegerischen Männlichkeit, die in „Glen Mills“ propagiert werde (vgl. Ahrbeck/Winkler, 2010, 95).

Gemäß dem ‚väterlichen Prinzip‘ sei die Struktur der Einrichtung streng nach vorne gerichtet. Eine Bearbeitung der je eigenen Lebensgeschichte finde nicht statt und sei verpönt. Das Abstreifen eines vermeintlich alten Ichs werde unterstützt durch die Verneinung der Individualität. Diese „fristet ein Schattendasein, weil alles im Zeichen des Kollektivs, des gültigen Normwerks von Gegenwart und Zukunft steht. Was der einzelne denkt, fühlt und will, spielt so gut wie keine Rolle“ (Tischner, 2010, 79). Normüberschreitungen werden klar durch ein Stufensystem mit Strafen sanktioniert. Durch die

**Das ‚mütterliche Prinzip‘ sei rückwärtsgerichtet, denn die Mutter sehne sich nach der vorgeburtlichen Zeit des „Ganz-Empfangen-Können[s]“.**

ständige Konfrontation mit der Autorität des Gegenübers lernen die Jugendlichen die Geltung und Macht eines anderen Mannes zu respektieren. Die Problematik einer Männlichkeitsvorstellung, in der primär die Autorität eines anderen Mannes anerkannt wird, kann zum Beispiel durch die Aussage eines ‚erfolgreichen‘ Absolventen illustriert werden: Auf die Frage, wie mit sexueller Übergriffigkeit der Jugendlichen umgegangen werde, antwortet dieser: „In Glen Mills gelten solche Sachen als uncool. Selber möchte man doch auch nicht, dass die eigene Freundin, Schwester oder Mutter so ange-

macht wird“ (Guder, 2003). Die Rechte der Frau werden durch den Besitzanspruch eines anderen Mannes an ihr vermittelt, den es zu respektieren gelte. Diese Art von repressiver Pädagogik versteht Tischner als ultima ratio und als Einlösung des pädagogischen Heilsversprechens.

### **Autoritäre Männlichkeit als Heilmittel**

Wie Tischner und Kollegen über Männlichkeit schreiben und welche Indizien sie für ihre Bedrohung anführen, gibt Aufschluss darüber, wie sehr Autoritätsbestrebungen, Macht und Hierarchie konstitutiv für ihr Verständnis von Männlichkeit sind. Deren Bedrohung wird von ihnen nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch im Privaten verortet: in Familienkonstellationen, die von der heterosexuellen Kleinfamilie abweichen. Hierbei werden ausschließlich alleinerziehende Mütter in den Blick genommen, die als Paradebeispiel für weibliche Einflussnahme stilisiert und als defizitär für männliche Kinder und Jugendliche aufgefasst werden. Durch das

**Die Bedrohung von Männlichkeit wird auch im Privaten verortet: in Familienkonstellationen, die von der heterosexuellen Kleinfamilie abweichen.**

fehlende ‚väterliche Prinzip‘ werde es ihnen erschwert, sich in sozialen Normen zurechtzufinden, Moral auszubilden und Gesetze zu respektieren. Die komplexe soziale Lebenslage von alleinerziehenden Müttern wird vollkommen ausgeklammert und stattdessen auf vereinfachende Erklärungszusammenhänge zurückgegriffen. Ebenso verkennen Tischner und Kollegen, dass Frauen nicht nur als Alleinerziehende, sondern auch in Paarbeziehungen einen Großteil der Care-Arbeit leisten (vgl. Klünder/Meier-Gräwe, 2018, 9). Die Forderung nach quantitativ mehr Vätern ohne eine damit einhergehende Forderung nach sozialer und geschlechterreflektierender Vaterschaft ist ebenso reaktionär wie die biologisierende Verknüpfung von Geschlecht und Verhaltensweisen und deren Essentialisierung.



**Alleinerziehende Mütter werden als Paradebeispiel für weibliche Einflussnahme herangezogen und als defizitär für männliche Kinder und Jugendliche aufgefasst.**

Auf der institutionellen Ebene sieht Tischner in gewaltförmigen, autoritär geführten Erziehungsinstitutionen und -methoden eine Möglichkeit, einen diagnostizierten Mangel an Autoritätshörigkeit zu kurieren. Ohne die imaginierte Naturwüchsigkeit von Gesetzen und Normen zu reflektieren, wird schlicht eine Anpassung von Verhalten forciert. Die postulierte Lösung von ‚normabweichendem‘ Verhalten männlicher Jugendlicher erklärt spezifisches Verhalten einseitig und extrem verkürzt. Durch die Anwendung des Arguments von (Geschlechter-)Unsicherheit und Bedrohung sollen repressive Strukturen legitimiert werden, die eine schnelle Lösung versprechen. Dabei sind weniger die Inhalte und die Qualität der Handlungen, sondern dass überhaupt etwas getan wird, von Relevanz (vgl. Simon, 2014, 93). Dem vorgestellten Ruf nach einer autoritären und repressiven Erziehung haftet also

#### Literaturverzeichnis:

- Ahrbeck, B. & Winkler, D. (2010). Denn sie wissen nicht, was sie tun. Die Konfrontative Pädagogik und das väterliche Prinzip. In: Dörr, M. & Herz, B. (Hrsg.): „Unkulturen“ in Bildung und Erziehung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 87-100.
- Badinter, E. (1999). Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute. München & Zürich: Piper.
- Bergmann, W. (2010). Jungs von heute – verweichlicht und verweiblicht. Welt. URL: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6521441/Jungs-von-heute-verweichlicht-und-verweiblicht.html>, veröffentlicht am 23.02.2010; [21.04.2018].
- Beuster, F. (2006). Die Jungenkatastrophe. Das überforderte Geschlecht. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Fegter, S. (2012). Die Krise der Jungen in Bildung und Erziehung. Diskursive Konstruktionen von Geschlecht und Männlichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gabert, E. (1949). Das mütterliche und das väterliche Element in der Erziehung. Stuttgart: Verlag freies Geistesleben.
- Guder, P. (2003). Sonderreferat Glen Mills Schools. Das Original. 11 Fragen – 11 Antworten. URL: [http://www.glenmillsaca.de/aktuelle\\_referat\\_zum\\_thema\\_glen.htm](http://www.glenmillsaca.de/aktuelle_referat_zum_thema_glen.htm), [11.04.2018].
- Kimmel, M. (1996). Manhood in America: A Cultural History. New York, London, Toronto, Sydney, Tokyo, Singapore: The Free Press.
- Klunder, N. & Meier-Gräwe, U. (2018). Caring, Cooking, Cleaning – repräsentative Zeitverwendungsmuster von Eltern in Partnerschaften. Zeitschrift für Familienforschung 30(1), 9-28.
- Matzner, M. (2008). Jungen brauchen Väter. In: Matzner, M. & Tischner, W. (Hrsg.): Handbuch Jungen-Pädagogik. Weinheim und Basel: Beltz, 316-330.
- Nohl, H. (1949). Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. Frankfurt a.M.: G. Schulte-Bulmke.



nicht nur das Moment einer reaktionären Pädagogik, sondern auch einer reaktionären Vorstellung von Geschlecht und Familie. Er verleitet zu vereinfachten Erklärungsmodellen und ist im Sinne einer emanzipatorischen Pädagogik kritisch zu hinterfragen.

- Simon, T. (2014). Geringe Wirkmächtigkeit und ein gehöriges Maß an Selbstüberschätzung. sozialmagazin 9 (10), 92-97.
- Tischner, W. (2016). Jungs und Bildung. Novo. Argumente für den Fortschritt. URL: [https://www.novo-argumente.com/artikel/jungs\\_und\\_bildung](https://www.novo-argumente.com/artikel/jungs_und_bildung), veröffentlicht am 14.04.2016 [11.04.2018].
- Tischner, W. (2010). Konfrontative Pädagogik – die vergessene „väterliche“ Seite der Erziehung. In: Weidner, J. & Kilb, R. (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 61-87.
- Tischner, W. (2008). Bildungsbenachteiligung von Jungen im Zeichen von Gender-Mainstreaming. In: Matzner, M & Tischner, W. (Hrsg.): Handbuch Jungenpädagogik. Weinheim und Basel: Beltz, 343-363.
- Weidner, J. (2010). Konfrontation mit Herz: Eckpfeiler eines neuen Trends in Sozialer Arbeit und Erziehungswissenschaften. In: Weidner, J. & Kilb, R. (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 23-36.

Fotos: A. Homburg



**Caroline Inhoffen**

ist Masterstudentin an der Fakultät für Erziehungs- und Bildungswissenschaften an der Universität Hamburg. Neben dem Studium arbeitet sie als Honorarkraft in einer Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Frauen.

# FORUM

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



Heft 2/2017

Titelthema: „Umkämpfte Räume“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Dr. Moritz Rinn:* Verdrängung in der unternehmerischen Stadt. Zum Beispiel Hamburg-St. Georg  
*Moritz Frietzsche:* Soziale Arbeit als Instrument inhereuropäischer Migrationskontrolle  
*Prof. Michael Lindenberg und Prof. Tilman Lutz:* Kein Fesseln auf Antrag in der Kinder- und Jugendhilfe!  
*Prof. Gunda Voigts:* „Jugend ermöglichen“ – Kinder- und Jugendarbeit im 15. Kinder- und Jugendbericht  
*Dr. Wolfgang Hammer:* Zur Bedeutung von Freiheit und Sicherheit in Erziehung und Gesellschaft  
*Karen Polzin:* Eindrücke aus den ersten drei Sitzungen der Enquetekommission

Heft 1/2018

Titelthema: „OKJA und Schule: STANDpunkte“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Prof. Dr. Gunda Voigts:* Die Ganztagschule des Jugendalters. Standortbestimmung aus einer jugendorientierten Perspektive  
*Stefan Thomsen und Stefan Baumann:* Kooperation zwischen OKJA und Schule. Die Sicht im Bezirk Bergedorf  
*Ein Gespräch mit drei Teilnehmer\*innen aus dem Kurs vom Mädchentreff Ottensen:* „Ich finde es sehr toll hier, dass man hier nicht unbedingt was machen muss.“  
*Arne Kranz und Philipp Wachs:* „Comeback Kids“. Die Profiklasse in Kooperation von Schule und Jugendsozialarbeit  
*Prof. Dr. Fabian Kessl:* „Präventionspolitische Nebeneffekte“: (Teil 2)  
*Prof. Dr. Annita Kalpaka:* „Antidiskriminierungspolitik – Anfragen an die Soziale Arbeit“

Heft 3/2017

Titelthema: „Verlässlich vor Ort –

KiFaZe in Hamburg“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Senatorin Dr. Melanie Leonhard:* Grußwort der Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg  
*Prof. Dr. Marcus Hußmann:* „... das ist Hilfe, die einem wirklich nutzt ...“  
*KiFaZ Barmbek Basch, Gabriele Biehl:* 20 Jahre KiFaZ und 19,5 Jahre Familienhebammen – eine subjektive Sicht  
*Lea Degener und Peter Meyer:* „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ – Bericht von der 4. Sitzung der Enquete-Kommission  
*Svenja Fischbach und das Team der Gästewohnung des ASP Wegenkamp:* Partizipation in Zwangskontexten? Ergebnisse aus Interviews mit Nutzer\*innen

Heft 2/2018

Titelthema: Macht und ihre Wirkung in Sozialer Arbeit



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl:* Nicht ob, sondern inwiefern: Soziale Arbeit braucht die Debatte um die Legitimation von Sozialer Kontrolle  
*Kai Gärtner:* Wie macht das KiFaZ Macht? – Eine Annäherung  
*Katharina Wolter:* Hereinspaziert? – Hausbesuche in der Sozialen Arbeit  
*Birte Weiß:* Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt als Alltagserfahrung  
*Trietze von den Hamburger MOMOs:* „Meine gesamte Jugendhilfekarriere kann als einziger Machtmissbrauch bezeichnet werden“  
*Karen Polzin:* „Struktur im Depot“? Analysephase der Enquetekommission zur Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg endet

Heft 4/2017

Titelthema: „Fachkräfte passend produziert?“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Prof. Dr. Holger Ziegler:* Bilder von Fachlichkeit. Professionelle Handlungsautonomie und Steuerung in der Kinder- und Jugendhilfe  
*Lea Degener und Jorrit Schwagereck:* Gegen die Schere der Effizienz in den Köpfen! Die Verantwortung der Hochschulen für eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit  
*Gespräche mit acht Jugendlichen aus zwei Hamburger OKJA-Einrichtungen:* Was macht aus eurer Sicht eine gute pädagogische Fachkraft aus?  
*Anne Schultz-Brummer und Sabine Kümmerle:* Mit Kindern kann doch jede\*r arbeiten, oder?!  
*Prof. Dr. Fabian Kessl:* „Präventionspolitische Nebeneffekte“ (Teil 1)

Weitere Hefte?

Das FORUM bequem im Abo: Jetzt bestellen!



Das FORUM für Kinder- und Jugendarbeit erscheint vierteljährlich und kostet € 5,50 (bei einer Doppelausgabe: 11,00). Ein Abo kostet € 25 pro Jahr inklusive Versandkosten bei vier Ausgaben pro Jahr, für Schüler, Studierende und Erwerbslose nur € 15.

Bestellung per E-Mail an [info@vkjh.de](mailto:info@vkjh.de). Bitte angeben, ab welcher Ausgabe Sie beziehen möchten. Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsschluss schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.